

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidenten Leipzig und des Stadtrats zu Droitzsch

**Abonnementspreis:** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1.80 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beilage. — Die Einzelnummer kostet 20 Wfg. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig:** Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72306

**Insertionspreise:** Die 10. Spalte, Kolonelle 35 Wfg., bei Platzvorschrift 40 Wfg., Stellenangebote 10 Wfg., Kolonelle 25 Wfg. Familiennachrichten von Privaten die 10. Spalte, Kolonelle mit 50% Nachschlag, Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10. Spalte, Kolonelle 40 Wfg., bei Platzvorschrift 50 Wfg., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Ausleger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Deutsch-polnische Annäherung in Genf.

### Unterredung zwischen Stresemann und Salecki.

SWD. Genf, 9. März.

In der Mittwochsitzung des Völkerbundsrates, die 25 Minuten dauerte, wurden 6 Tagesordnungspunkte erledigt. Besonders interessant war der Bericht einer Sachverständigenkommission über den Mädchenhandel. Es handelt sich hier um das Ergebnis einer unparteiischen, dreijährigen Enquete, die besonders in Lateinamerika auf Kosten des amerikanischen Bureaus für Sozialhygiene vorgenommen wurde. Der Bericht bietet eine ungeheure Fülle von authentischen Tatsachenmaterial über den Mädchenhandel, ohne jedoch auf die tiefsten sozialen Ursachen der Prostitution und des Mädchenhandels einzugehen.

Der Nachmittag war sitzungsfrei, weil an ihm die verschiedensten Zusammenkünfte stattfanden. Um 5 Uhr erschien der polnische Außenminister in einer Unterredung mit dem Reichsaussenminister in dessen Hotel. Anschließend erhielt Dr. Stresemann den Besuch seines französischen Kollegen Briand. Die Unterredung Salecki-Stresemann wurde wie bisher alle ähnlichen Besprechungen für streng vertraulich erklärt. Das über den Gang der Verhandlungen veröffentlichte Kommuniqué läßt jedoch erkennen, daß eine gewisse Verständigung über die schwebenden deutsch-polnischen Probleme erzielt wurde. Das Kommuniqué lautet:

Der Reichsaussenminister empfing am Mittwoch in Genf den polnischen Außenminister Salecki und hatte mit ihm eine Unterredung, in der insbesondere die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen Gegenstand der Besprechungen waren. Auf Grund dieser Unterredung werden die beiden Außenminister ihren beiden Kabinetten Vorschläge unterbreiten, von denen keine Veröffentlichung der gegenwärtigen Schwierigkeiten erhoffen.

Der deutsche Gesandte in Polen, Genosse Ulrich Kauscher, war nur bei einem Teil der Unterredung anwesend.

Wie die Tel.-Union aus Genf berichtet, weist man in deutschen Delegationskreisen darauf hin, daß der Verlauf der Unterredung als befriedigend bezeichnet werden könne. Es scheint, daß in der Unterredung die gesamten deutsch-polnischen Beziehungen eingehend erörtert wurden, ohne daß hierbei jedoch bereits irgendwelche konkreten Vereinbarungen getroffen worden sind. Man darf jedoch annehmen, daß die in dem offiziellen Kommuniqué über die Ministerunterredung erwähnten Vorschläge, die die beiden Außenminister dem Kabinett vorlegen wollen, im großen und ganzen die folgenden drei Gesichtspunkte umfassen: 1. Wichtige Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. 2. Die von der polnischen Regierung vorgenommenen Ausweilungen bleiben bestehen, neue Ausweilungen werden nicht vorgenommen. 3. Das Niederlassungsrecht wird im Rahmen der allgemeinen Handelsvertragsverhandlungen erledigt.

### Erörterung der deutsch-französischen Fragen.

Noch keine positiven Ergebnisse.

W. Genf, 10. März.

Über die gestrige einstündige Unterredung zwischen Dr. Stresemann und Briand verlautet gegenwärtig, daß neben einer Reihe

von Einzelfragen hauptsächlich die künftige Behandlung der großen politischen Probleme erörtert worden ist. Briand dürfte hierbei noch einmal darauf hingewiesen haben, daß er gegenwärtig durch innerpolitische Rücksichten an der Führung materieller Verhandlungen verhindert sei; jedoch kann angenommen werden, daß der gesamte Komplex der deutsch-französischen Beziehungen insbesondere im Zusammenhang mit der Beilage zwischen den beiden Außenministern eingehend behandelt worden ist. Dr. Stresemann dürfte hierbei insbesondere den bekannten deutschen Standpunkt in der Frage der Rheinlandräumung dargelegt haben. Wenn auch in den gestrigen Verhandlungen der beiden Außenminister keinerlei positive Ergebnisse erzielt worden sind, dürfte doch feststehen, daß hierbei das politische Programm für die Verhandlungen der kommenden Monate erörtert und in tatsächlicher Hinsicht bereits vorbereitet worden ist. Gegenüber französischen Pressevertretern betonte Briand gestern abend die Bedeutung der Teilnahme Deutschlands und Polens an den gegenwärtigen Verhandlungen des Völkerbundsrates, wodurch für den deutschen und französischen Außenminister die Möglichkeit zu direkter Führungnahme und Erörterung der aktuellen Fragen gegeben sei. Die Sachfrage entwickelte sich günstig. Briand betonte, daß mit einer Einigung in den nächsten Tagen zu rechnen sei.

### Der Völkerbundsrat.

W. Genf, 9. März.

Die heutige Vormittagsitzung des Völkerbundsrates war nur von kurzer Dauer. Auf der Tagesordnung stand eine Reihe wenig bedeutungsvoller Punkte. Eingangs erklärte Chamberlain, daß auf der letzten britischen Reichskonferenz darauf hingewiesen worden sei, daß der Abschluß von Verträgen unter den Auspizien des Völkerbunds wesentlich erleichtert würden, wenn eine Veränderung in der Form vorgenommen werde. Er wies darauf hin, daß bis zum Verfall der Vertrag sämtliche internationalen Staatsverträge in der Form von Abkommen zwischen den Staatsoberhäuptern abgeschlossen worden seien. Die Regierungen des englischen Weltreiches hätten nun den Wunsch ausgedrückt, daß in Zukunft wieder die früher übliche Form in Anwendung gebracht werde. (Nach den Beschlüssen der letzten britischen Reichskonferenz ist ja nur noch der König Vertreter des gesamten britischen Imperiums. Bis die Frage der Vertragsunterzeichnung endgültig geregelt ist, behält die englische Regierung das Recht, für das gesamte Imperium außenpolitische Verträge zu unterzeichnen. Red.)

Sodann wurde ein Bericht des Sachverständigenkomitees für den Kampf gegen den Frauenhandel entgegengenommen. — Entsprechend dem Antrage des Transittkomitees wurde dann die Einberufung der dritten internationalen Verkehrs- und Transitkonferenz zum 23. August nach Genf beschlossen.

Zum Schluß erstattete der Londoner rumänische Botschafter Titulescu Bericht über die rechtliche Lage derjenigen Staaten, die ihre Beiträge zum Völkerbund nicht entrichtet haben. Es handelt sich hierbei in erster Linie um China. Titulescu erklärte, daß der Verpflichtung zur Beitragszahlung keine so weittragende Bedeutung beigemessen werden könne, als daß im Falle der Nichtzahlung ein Ausschluss des betreffenden Mitgliedsstaates automatisch in Betracht kommen könnte. Nur wenn auf die Abgeschlossenheit geschlossen werden könne, die übernommenen Verpflichtungen gegenüber dem Völkerbund zu verletzen, könne ein Ausschluss auf Grund des Artikels 18 in Erwägung gezogen werden. Diese Gelegenheit wird dem Völkerbund in der Septembertagung beschaffen. Kurz nach 11 Uhr wurde die öffentliche Sitzung geschlossen. In der anschließenden Geheim Sitzung werden die Präsidenten der Transittkommission und der Konferenz für Hilfsmassnahmen bei Naturkatastrophen sowie der Kommissar zur Durchführung des Artikels 107 des Lausanner Vertrages ernannt werden.

### Besitzbürgerblock und Inflationsoxyer.

Dem Rechtsausschuß des Reichstages liegen gegenwärtig über 2½ Duzend Anträge auf Abänderung der Aufwertungsgehalte vor. In Kreisen der Regierungsparteien sind auch schon seit geraumer Zeit Versuche im Gange, gegenüber den Anträgen zu einer einheitlichen Stellungnahme zu kommen. Viel Hoffnung brauchen sich allerdings die Inflationgeschädigten nicht zu machen; denn der gegenwärtige Reichsjustizminister Bergl, der einst die Wahlen für die Deutschnationale Partei mit der Aufwertungsparole machte, hat inzwischen kategorisch erklärt, daß die Grundlage der Aufwertungsgehaltebildung nicht verschoben werden kann. Diese Erklärung entspricht durchaus der Demagogie, die sich die Deutschnationale Partei gegenüber den Geschädigten erlaubt hat. Es ist immerhin sehr interessant, wie die übrigen Regierungsparteien den Vorschlag der Deutschnationalen an den Inflationgeschädigten mitverantworten wollen.

Am Mittwochnachmittag traten die Führer der Regierungsparteien im Reichstag zu einer Besprechung zusammen, die sich in der Hauptsache damit befaßte, bis zu welcher Grenze die Aufwertungsbestimmungen — vor allem für die Arbeitsbesitzer — günstiger gestaltet werden können. Diese Verhandlungen befinden sich zunächst im allerersten Stadium. Es wird zunächst versucht, eine Verständigung zwischen den Regierungsparteien herbeizuführen, um dann mit der Regierung selbst einen Weg zur Erfüllung der dringendsten Wünsche zu finden. Wahrscheinlich wird das monatlang dauern. Vorläufig wird mit diesen Verhandlungen nur der Zweck verfolgt, die Anteilhaber zu beruhigen.

### Den Bürgerblock aktionsunfähig?

SWD. Die Rebellion der Arbeiterschaft gegen den Regierungsentwurf für das Arbeitszeit-Notgesetz ist an der Reichsregierung nicht spurlos vorübergegangen. Der ungeheure Druck von unten gegen die unmögliche Vorlage hat vor allem den christlichen Gewerkschaftsführern stark zugekehrt und sich von ihnen auf das Reichsarbeitsministerium übertragen. Das Ministerium ist deshalb gegenwärtig dabei, seinen Entwurf abzuändern. Daher der am Mittwoch vollzogene plötzliche Abbruch der Beratung der Reichsstaatsausschüsse über das Arbeitszeitnotgesetz. Eine andere Frage ist, ob die geplanten Verbesserungen für die Arbeiterschaft ausreichend sein werden. Sie bestehen allem Anschein nach im wesentlichen in der generellen Höherbezahlung aller Überstunden; man spricht von 25 Prozent Zuschlag.

Das Fiasko der Regierungsparteien bei dem ersten Anlauf zur Lösung einer größeren sozialpolitischen Aufgabe ist beifollos. Der Bürgerblock ist sozialpolitisch einfach, aktionsunfähig. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat keine Lust, dieser Komödie länger zuzusehen. Sie wird unerbitlich darauf drängen, daß ihr Initiativantrag zum Notgesetz noch in dieser Woche bei dem Etat des Reichsarbeitsministeriums im Plenum zur Beratung kommt. Der Reichstag muß endlich Farbe bekennen!

**Übtes Gesundheitszustand.** Das Befinden des Reichstagspräsidenten Lobe ist weiterhin befriedigend. In den nächsten acht Tagen wird er aber noch nicht die Klinik des Professors Borchart verlassen dürfen.

### Helft den Sozialrentnern.

Am 13. März wollen die Sozialrentner aufmarschieren, um für ihre Rechte einzutreten. Seit Jahren erwarten sie vom Reichstage, daß ihnen geholfen werde. Die Sozialrentner haben in einem Leben voller Mühe und Arbeit den gesellschaftlichen Reichtum mehrten helfen. Aus ihrer Hände Fleisch gerann der Wohlstand der Gegenwart. Sie selbst aber haben nichts als ihr eigen heimbringen können. Das wenige, was sie befaßen, raubte ihnen die Inflation. Nun haufen Millionen von ihnen in Kellerlöchern und Dachstammern. Oft einsam und verlassen, da ihre Kinder gefallen oder fortgewandert sind. Ihre Not ist groß. Wehe dem, der seinen Ehegatten verliert. Um ihn kümmert sich niemand mehr. So fand man in Halle vor einigen Tagen einen Invaliden, der angeblich an den Folgen von Schwindsucht und Krebs verstorben war, als Skelett abgemagert in seiner Wohnung tot auf. Die steigende Zahl der Selbstmorde aus Hunger beweist die Not der Sozialrentner, denn diese stellen den höchsten Prozentsatz derjenigen, die freiwillig in den Tod gingen.

So ist es denn kein Wunder, daß die Arbeitslosenverbände, nachdem sie sich organisiert haben, öffentlich ihre Rechte fordern. Die Arbeiterbewegung muß ihnen dabei helfen. Denn die Forderungen der Sozialrentner sind zugleich die Forderungen der Arbeiterschaft. Jeder Arbeiter wird einmal Invalide. Jeden kann der tödliche Zufall verunglücken lassen. Darum müssen die Forderungen der aus dem Arbeitsprozeß Ausgeschiedenen nachdrücklich an den gegebenen Stellen vertreten werden.

Was fordern die Sozialrentner? Die deutsche Sozialversicherung muß ausgebaut werden. Die Vorstufentage, die in den letzten Jahren erfolglos, müssen aufgehoben werden. Betrachten wir darum einige Forderungen.

In der Unfallversicherung sind zwar im Jahre 1925 die Leistungen wieder auf einen Stand gesetzt worden, der die Goldwährung zur Grundlage der Rentenberechnung machte. Dabei sind aber eine Reihe von Härten entstanden, die namentlich die Altrentner schwer treffen. Insbesondere sind die Unfallrentner, die vor dem 1. Juli 1914 verunglückten, schwer geschädigt. Trotzdem heute die Mark an Kaufkraft gegenüber der Friedensmark eingebüßt hat, erhalten diejenigen Unfallrentner, die nach dem 1. Januar 1910 verunglückten, keine Erhöhung ihrer früheren Rentenbezüge. Die vorangehenden Jahrgänge erhalten nur ungenügende Aufbesserungen. Die Renten bis zu 10 Prozent, die nur bei recht erheblichen Verletzungen gewährt werden, können jetzt ohne Zustimmung des Verletzten abgefunden werden. Die Witwen von solchen Unfallrentnern, die nicht an den Folgen eines Unfalles starben, die aber zu den sogenannten Schwerverletzten über 50 Prozent gehörten, erhalten keine Witwenrente.

Eine Verbesserung der Unfallgesetzgebung, die auch die Berufskrankheiten unter den Schutze der Unfallversicherung stellt, wird von den Berufsgenossenschaften und den zuständigen Behörden glatt sabotiert. Es hat den Anschein, als ob dieser wichtige Fortschritt im Ausbau der Unfallversicherung dadurch aufgehoben werden soll, indem man alle Vergiftungen, um die es sich im wesentlichen handelt, als bereits vor dem Jahre 1925 erfolgt ansieht. Leider hat der Gesetzgeber einen Stichtag festgesetzt, von dem an erst Berufskrankheit zum Berufsunfall wird.

Eine weitere ungläubliche Härte bildet die Herabsetzung des Jahresarbeitsverdienstes beim Vorliegen mehrerer Unfälle. Ein Arbeiter, der durch zwei Unfälle erblindet, bekommt nicht dieselbe Rente, wie ein Arbeiter, der durch einen einzigen Unfall völlig erblindet, obgleich in beiden Fällen 100 Prozent Erwerbsunfähigkeit vorliegt. Die Sozialrentner fordern, daß alle Unfallrenten, ganz gleich, wann sie erfolgten, nach den heute geltenden Tariflöshen berechnet werden. Der Jahresarbeitsverdienst muß voll und nicht nur zu zwei Drittel angerechnet werden. Den Unfallblinden sind die höchsten Pflegezulagen zu gewähren. Die Witwen von solchen Schwerverletzten, die besonderer Pflege bedürfen, müssen eine Witwenrente erhalten.

Die Knappschaftsinvaliden sind im Vorjahre durch eine Neuregelung der Knappschaftsversicherung um eine Reihe wichtiger Rechte gebracht worden. Diese Verbesserung des ReichsKnappschaftsgesetzes muß wieder beseitigt werden. Insbesondere müssen die Anspruchsfristen für Arbeiter über Tage verkürzt werden. Die Anrechnung des Grundbetrages aus der Invalidenversicherung auf die Knappschaftsrente muß aufgehoben werden. Den Witwen und Waisen sind die vollen Renten aus dieser Versicherung zu zahlen.

Die Invalidenversicherung muß sozialer gehandhabt werden. Die Altersgrenze von 65 Jahren muß wesentlich herabgesetzt werden. Die Kürzung der Renten beim Vorliegen mehrerer zusammenfassender Renten muß aufgehoben werden. Die Renten müssen so weit erhöht werden, daß sie einem jeden Bezüher ermöglichen, ohne Fürsorgezuschüsse seinen Lebensunterhalt angemessen zu bestreiten. Die Mittel hierfür können aus den laufenden Beiträgen leicht bestritten werden.

Die Krankenversicherung muß so ausgebaut werden, daß eine Aussteuerung der Mitglieder nicht erfolgen kann. Den Invaliden, die ihre Versicherungsbeiträge weiterhin ordnungsgemäß bezahlen, muß auch nach dem Bezuge einer In-



# Steuerverwaltung - Steuereinnahmen.

## Die Ueberlastung der Finanzämter.

Im Haushaltsauschuss des Reichstages begann am Mittwoch die Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums. Abg. Dr. Oberfohren (Dln.) trat als Berichterstatter für eine starke Verringerung der Finanzämter ein und nahm daran Anstoß, daß von den 990 Beamten 200 allein in Bayern seien. Ein einziges hessisches Landesfinanzamt erachte er für genügend. Abg. Dr. Herrk (Soz.) sprach sich als Berichterstatter gegen Einsparungen an Personal bei den Finanzämtern aus, weil die Ueberlastung noch zu groß sei. Dieser Ueberlastung müsse jedoch ein Ende gemacht werden. Bayern, Hessen und Bremen übertrügen ihren Finanzämtern völlig abseits liegende Aufgaben.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler erklärte, die Ueberlastung der Beamten sei so groß, daß in letzter Zeit wieder mehrere tausend Ausschüsse eingestellt werden mußten. Notwendig seien vor allem neue Veranlagungs- und Vollstreckungsbeamte. Der Minister kündigte eine Vereinfachung der Arbeiten der Reichsfinanzverwaltung und eine Verminderung der Zahl der Finanzämter an.

Im Laufe der Aussprache kritisierte Abg. Steinopf (Soz.) den unangenehm militärischen Ton, der sich in der Zollverwaltung breit mache, und sprach sich gegen die Kündigung älterer Angestellter aus; diesen dürfe man nicht allein wegen ihres Alters den Übergang zum Beamtentum verwehren, wenn ihre Leistungen genügen.

Der Reichsfinanzminister versprach die Vorlegung einer Nachweisung aller vom Reiche gegebenen Kredite und ihrer Rückzahlungsfristen. — Die Einzelberatung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums folgt am Donnerstag.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler hat im Ausschuss gefordert, daß ihm 2000 neue Beamte zur Verfügung gestellt werden sollen, weil nur so ein ordnungsgemäßer Gang der Arbeiten in der Finanzverwaltung gewährleistet werden könnte. Dazu wird der Reichstageszeitung aus parlamentarischen Kreisen geschrieben, über die Notwendigkeit der Beamtenerhöhung herrsche völlige Einmütigkeit im Reichstag. Von Sachverständigen werde berichtet, daß die Steuereinnahmen bei reiflicher Durchführung der Gesetze um weit über 100 Millionen steigen würden, während die 2000 Beamten, selbst wenn man sie, was ein hoher Durchschnitt wäre, mit 5000 pro Mann und Jahr einsetzt, nur 10 Millionen Mehrausgaben verursachen würden. Eine geregelte Durchführung der Steuerhebung sei geradezu eine Vorbedingung für eine zukünftige Senkung der Steuerlast.

## Regierungsbildung in Thüringen.

### Links, rechts oder Mitte?

C. F. In Thüringen ist man jetzt eifrig dabei, eine Regierung zustande zu bringen. Das ist nicht so einfach. Die Wahlen am 30. Januar haben zwar den Ordnungsparteien eine ganz empfindliche Niederlage gebracht und ihre Herrschaft gebrochen, doch ist der Erfolg, den die Sozialdemokratie durch einen Zuwachs von rund 8000 Stimmen gehabt hat — alle übrigen Parteien haben mit Ausnahme der neu aufstretenden Wirtschaftspartei schwere Verluste erlitten — nicht groß genug, um allein den Kurs in Thüringen bestimmen zu können.

Die Mehrheitsverhältnisse liegen in Thüringen ähnlich wie in Sachsen und in anderen Ländern. Keine der sozialwirtschaftlichen Klassengruppierungen kann gegen die andere regieren. Die politische Beeinflussung der Arbeitermassen durch die Sozialdemokratie als die maßgebende Vertreterin der Arbeiterinteressen ist heute so groß, daß sich die Kräfte der Klassen auch in Thüringen die Waage halten, so daß die Entscheidung, welche Politik führend sein soll, von den kleinen Splitterparteien, den Demokraten und Aufwärtlern, die drei Mandate besitzen, abhängen. Diese drei Abgeordnete haben es also in der Hand, über einen Rechts- oder Links- oder Mittelkurs zu entscheiden. Dabei sind die Demokraten nicht etwa wie die Sozialdemokraten strenglich aus dem Wahlkampf hervorgegangen, sondern sie haben gegenüber der letzten Reichstagswahl fast 40 Prozent ihrer Stimmzahl verloren. Um überhaupt Fraktionsstärke zu erlangen, mußte sich der Aufwärtler ihnen anschließen.

In den letzten Tagen hat sich nun der von dem sozialdemokratischen Landtagspräsidenten bestimmte Unterhändler, der Abg. Brill (Soz.) bemüht, eine Linkregierung auf Grund des Ergebnisses des Wahlausganges zustande zu bringen. Er ist gescheitert; einmal an der Auffassung der beiden Demokraten über die Anwendung der parlamentarischen Demokratie; wonach der stärksten Partei der gesetzlichen Opposition die Führung der Landespolitik zu übertragen ist, und dann durch die bornierte Haltung der Kommunisten, die zwar eine sozialdemokratische Minderheitsregierung „dulden“ wollten (die mit Unterstützung der Kommunisten keine Mehrheit hat), nicht aber eine Regierung, an der auch Demokraten beteiligt sind. Dabei konnte der Unterhändler der Sozialdemokraten — und das ist das Größte an der Haltung der Demokraten und Kommunisten — während der Verhandlungen mit diesen beiden Parteien eine vollkommen sachliche Uebereinkunft mit dem von der Sozialdemokratie aufgestellten Arbeitsprogramm feststellen. Die Kommunisten hatten zwar, um ihre Existenzberechtigung vor ihren Mitgliedern zu beweisen, auch wieder „Mindestforderungen“ aufgestellt, mußten jedoch selbst zugeben, daß ihre Forderungen in dem sozialdemokratischen Arbeitsprogramm nicht nur aufgehen, sondern dieses in ihrer Zielsetzung und in Einzelheiten noch weiter geht als kommunistische. Das hat die kommunistischen Demagogen natürlich nicht abgehalten, tagaus und tagein zu behaupten, die sozialdemokratischen Führer bereiteten eine große Koalition vor.

So haben sich diese beiden Parteien zunächst einmal sehr gut in die Hände gearbeitet, um aus ihrer Verlegenheit herauszukommen, dann aber auch die Geschäfte der Reaktion vor sich zu führen. Denn das Ergebnis ihrer bisherigen Haltung ist, daß vorläufig die von ihnen so bekämpfte „Ordnungs“-Regierung noch geschäftsführend weiter im Amt bleibt, vielleicht bis zu dem Tage, wo sich herausstellt, daß unter der gegenwärtigen Mehrheitsverhältnisse eine Regierungsbildung unmöglich ist und der neu gewählte Landtag wieder aufgelöst werden muß.

Nach dem Scheitern des sozialdemokratischen Unterhändlers war dann ein Landhändler mit der Regierungsbildung beauftragt worden. Er hatte von den Parteien des Ordnungsbundes den Auftrag, nur mit den Demokraten auf der Grundlage zu verhandeln, eine „nichtmarxistische Regierung“ zu bilden. Auch er ist gescheitert und hat seinen Auftrag an den Landtagspräsidenten zurückgegeben, da den Demokraten eine nochmalige Koalition bis zu dem nationalsozialistischen Diktator doch eine zu starke Belastung sei und ihren vollen politischen Wertverlust bedeuten würde.

Wenn nun auch der jetzt beauftragte völkische Abgeordnete Bauer, wie zu erwarten ist, zu keinem positiven Ergebnis gelangt, bleibt nur noch als letzter Versuch, der Zweimännerfraktion der Demokraten die Regierungsbildung zu übertragen. Sie sollen dann einmal zeigen, ob sie eine „Regierung der Mitte“, auf die sie sich festgelegt haben, zustandbringen, einer Mitte, die es in

## Wirtschaftsverbände und Steuer- veranlagung.

### Ein Erlass des Reichsfinanzministers.

Der Reichsminister der Finanzen hat nach dem demokratischen Zeitungsobit in einem Erlass an die Präsidenten der Landesfinanzämter darauf hingewiesen, daß die Mitwirkung der Berufsvereinigungen und Berufsverbände bei den Veranlagungsarbeiten nicht dazu führen dürfe, daß die Vorkläufe dieser Verbände ohne weiteres als maßgeblich anerkannt würden. Die Mitwirkung dürfe unter keinen Umständen dazu führen, daß sich die Finanzbehörden gewissermaßen die Führung aus der Hand nehmen ließen und die Forderungen der Verbände — und wäre es auch nur um des Friedens willen — ohne weiteres hinnehmen.

In dem Erlass des Reichsfinanzministers heißt es weiter: Angehörige der Berufsverbände gehören auch in weitem Umfang der Steuer- und Bewertungsausschüssen an. Es ist Pflicht des Ausschussmitgliedes, ohne Ansehen der Person, lediglich nach sachlichen Gesichtspunkten zu urteilen. Die Mitglieder haben auch die Verhandlungen des Ausschusses strengstens geheimzuhalten. Es ist hienach insbesondere — wie es in bestimmten Bezirken vorgekommen ist — unzulässig, daß die Steuerzuschussmitglieder ihre Stimme nach irgendwelchen Weisungen, die sie von dritter Seite vor den Ausschüssen erhalten haben, abgeben und daß sie über den Gang der Sitzungen und die Art der Abstimmung Mitteilungen machen. Aufgabe des Finanzamtsvorstehers wird es sein, nötigenfalls die Ausschussmitglieder auf ihre Pflicht und auf die Straffolgen bei einer Pflichtverletzung hinzuweisen. Wird die Schweigepflicht verletzt, so ist die Einleitung des Strafverfahrens zu prüfen. Sollten sich in Zukunft Fälle ereignen, in denen die Mehrheit der Ausschussmitglieder ihre Stimmen nach bestimmten Weisungen abgibt und infolgedessen die Gleichmäßigkeit der Veranlagung oder der Bewertung gefährdet ist, so ist unverzüglich darüber zu berichten, damit das Reichsfinanzministerium die nötigen Maßnahmen treffen kann. Der Finanzamtsvorsteher hat in der Ausschussprüfung zu prüfen, ob in solchen Fällen die Sitzung abbrechen und bis zum Empfang näherer Weisungen zu verlagern ist.

Der Erlass ist offenbar in erster Linie die Folge von Praktiken der Landhändler, die überall, wo es ihnen möglich war, in unangenehmer Weise in den Veranlagungs- und Bewertungsausschüssen im Interesse des Grundbesitzes gearbeitet und teilweise einen unerhörten Druck auf die Finanzämter ausgeübt haben. Der Erlass ist deshalb in dieser Hinsicht nur zu begrüßen. Es fragt sich nur, inwieweit die Bürgerblockmehrheit Herrn Köhler die Durchführung seiner Anordnungen gestalten wird.

validenrente das Krankengeld ausgezahlt werden, wenn sie erkranken. Die gesamten Sozialrentner sind auf Kosten der öffentlichen Fürsorge oder der Landesversicherungsanstalten bei den zuständigen Krankenkassen zu versichern.

Solange es nicht möglich ist, die Renten aus den Versicherungsarten soweit zu erhöhen, daß die Sozialrentner einen ruhigen Lebensabend verleben können, muß die öffentliche, gehobene Fürsorge einsehen. Deren Leistungen müssen zu Pflichtleistungen erhoben werden. Eine Prüfung der Bedürftigkeit darf nicht stattfinden. Die Mittel hierfür müssen den Gemeinden aus Reichsmitteln zugesprochen werden.

Dies sind kurz zusammengefaßt die Wünsche der Sozialrentner Deutschlands. Sie sind gewiß bescheiden und entsprechen durchaus den gegebenen Möglichkeiten. Nur der rückständige Standpunkt eines Unternehmers kann davon sprechen, daß Deutschland zu einem Rentnererzeugungsstaate umgewandelt worden sei, der durch seine hohen Rentenleistungen den Arbeitswillen zerstöre und die Weiterentwicklung Deutschlands unterbinde. Der Kampf der deutschen Unternehmer geht seit einigen Jahren auf den Aufbau der Sozialpolitik hinaus, die angeblich Deutschland auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig mache. Stein um Stein haben sie aus dem Bau der deutschen Sozialversicherung bereits herausgehoben. Die Unternehmer rüsten zum Generalangriff auf die Sozialversicherung. Schon darum müssen die Bestrebungen der Sozialrentner unterstützt werden, die sich zum Gegenangriff rufen. Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages sind die Sozialdemokraten dabei, die Forderungen der Sozialrentner zu vertreten und durchzusetzen. Die Massenforderungen der Sozialrentner am 13. März werden diesem Beginn der Sozialdemokratie den nötigen Nachdruck geben. Darum: Sozialrentner heraus!

## Beginn in Berlin — Ende in Essen.

### Der R.A.D.-Abgeordnete Schlicht ausgeschlossen.

Berlin, 9. März.

Der Reichstag hat seine Arbeiten wieder aufgenommen. Das Haus ist schwach besetzt. Fortsetzung der Debatte über den Etat des Reichsarbeitsministeriums. Die Weisheitsfragen sind die Sitzungen des Bismarck in Weimar. Bei den Kommunisten beherrscht der eben abgeschlossene Parteitag noch völlig das Feld. Die anderen haben andere Schmerzen und jeder denkt mit einigem Schaudern der kommenden Wochen, die vor ihm liegen.

Nach den bisherigen Dispositionen wird bis zum 9. April durchgetagt. Woche für Woche. Tag für Tag. Die Arbeiten für den Reichshaushalt sind, dank der vielwöchigen Regierungsrufe, weit im Rückstande geblieben. Trotzdem wird das Etatgesetz rechtzeitig, also bis zum 31. März, fertiggestellt. So will es die Verfassung, und der Reichstag ist ihr eifriger Interpret. Also werden Gewalttaten gemacht, und wenn es sein muß, werden die Nachstunden gefürzt. Daneben geht der Kampf um die Arbeitslosenversicherung, des wichtigsten Gesetzes der Gegenwart. Ohne dessen Fertigstellung kommt der Finanzminister in große Not. Und das soll verhindert werden. Wenigstens von Seiten des Bürgerblocks.

Inzwischen haben sich in den Fraktionen des Reichstages einige Veränderungen vollzogen. Die Völkischen sind, wie schon mitgeteilt, in ihre Atome zerfallen. Für die Arbeiten des Reichstages sind sie praktisch ausgeschlossen. Damit vereinfacht sich der gesamte Apparat. Denn selbstverständlich hat die kleinste Fraktion, die sich obendrein den Kampf gegen den Parlamentarismus zum Ziele setzt, die längsten Reden geschwungen. Und die langweiligsten obendrein. Reventlow, der sich nunmehr mit Hülfe ausgesöhnt, wirkte besser, als das beste Einflüsterungsmittel. Seine Reden bringen auch die aufgeregtesten Reden binnen kurzem zur Raison. Inbes das Gesetz von der Erhaltung der Energie besagt, daß im Weltraum kein Gläubchen an Energie verloren geht. Die Kraft geht nicht von der einen Form in die andre um. Und es wäre doppelt schlimm, wenn die parlamentarischen Kraftquellen irgendeine Minderung erfahren würden. Hier wirkt sich das Gesetz von der Erhaltung der Rebeenergie dialektisch aus. Was auf der Rechten verloren geht, häuft sich auf der Linken an. So ist denn am gestrigen Tage die Fraktion der kommunistischen Linken um ein weiteres Mitglied angewachsen.

Wie schon mitgeteilt, wurden auf dem kommunistischen Parteitag drei Abgeordnete mit dem Bannstrich gefaßt. Niederlegung der Mandate. Der Ausschluß war ohnedies gewiß. Unter diesem Triumphspruch befand sich der Reichstagsabgeordnete Schlicht. Sein ganzes Verbrechen wurde darin festgestellt, daß er als oppositioneller Delegierter auf dem Parteitag weiste und obendrein geredet hat. Er hat sein Mandat nicht niedergelegt. Damit sind die kommunistischen Linken auf elf Mann angewachsen. Nach vier Ausschüssen, dann würde dem parlamentarischen Gesetz von der Erhaltung der Energie Genüge getan. In dieser Art wurde denn der „Demokratie“ in der kommunistischen Partei zum „Siege“ verholfen und so wird weiter „normalisiert“, bis nur noch einige Trümmer übrigbleiben.

Die nächsten Ausschlußkandidaten stellt die Thälmanngruppe. „Du hast es so gemocht. Georges Dandin!“ Vorläufig freilich ist Leddy noch persona grata im Zentralkomitee, aber er ist auf die äußerste Linke gerutscht. Ewert und Ernst Meyer beherrschen nämlich das Feld. Jetzt hängt alles davon ab, ob der „rote Präsident“ der Fraktion „Schmierlappen“ beitreten will. Den „Apparat“ haben die beiden ersteren in der Hand. Und mit des Geschickes Wächten ist kein ewiger Bund zu schließen. Das haben die Scholem und Urbahn recht gut erkannt und die Gruppe der Reserveleutnants um Dengel will Karriere machen, um jeden Preis.

Das Zentralkomitee ist beinahe auf sämtliche Mitglieder der R.A.D. erweitert worden. 35 Mitde und 18 Kandidaten. Wird das Debatten geben? 53 Zentralisten, zusammengesetzt von rund 6 Gruppen, ohne die „Ananen“. Darunter 4 wackelige Brandlerianer. Paule Böttcher freilich ist schmählich durchgefallen, wie wir das bereits vorhergesagt. Trotz der Wahl-Inflation. Auch sonst sind unsere Erwartungen enttäuscht. Ewert und Ernst Meyer haben die Mehrheit erlangt. Nach dem ersten Heidelberg folgte die Sezession der Leuten. Und Clara Jettin, die einstige Kampfgewinnin Kurt Meyers, steht vor den Toren.

Kur für Paul Böttcher hat es noch nicht gefaßt. Denn Paule ist ein ehrenwerter Mann. Er hat kein pater peccavi abgelegt, er schwört auch weiterhin auf den Brandlerkurs. Die Selbstkasteiung Ernst Meyers hat Abhilfe abgelehnt, hat nein gesagt, aus Disziplin. ... Doch Paule ist ein ehrenwerter Mann. Er sieht die weitere Entwicklung schau voraus. Denn er sah nicht umsonst an dem Ministerialrat, und solche Gaben sind in absehbarer Zeit nur vom Hause Müller-Wels zu beziehen. Er weiß, daß seine Zeit noch kommen wird und wartet ab, ein treuer Fröblich, bis herbeiführt sein Chef aus der Zeit der Arbeiter- und Bauernregierung die Absolution erhält. Denn Paule ist ein ehrenwerter Mann.

Immerhin hat er einen seiner Widersacher zu Boden geschlagen. Am Ausgange der Diskussion über das Herold Ewert trat die beiden Leipziger Meisterkämpfer Bogt und Ströbel in den Ring. Sie redeten in Hieroglyphen, wie Mahlow schrieb, die niemand zu dechiffrieren vermag. Wir haben alle die bisher bekannten Chiffrechlüssel angepaßt — mit heiligem Bewußtsein — uns ist es dennoch nicht gelungen. ... Wahrscheinlich auch den Eingeweihteren nicht, und die Leipziger Delegation ist zurückgekehrt, zerschunden und zerzaust, wie weilsand Don Quixotte, der Ritter von der traurigen Gestalt, nach dem Kampfe mit den unglückseligen Hülfsen jener Mühle. Ein Prominenter ist auf dem Bruchselbe der Schlacht zurückgeblieben. ...

Und die Treue ist doch ein leerer Wahn.

Thüringen gar nicht gibt; denn Landbund, Deutsche Volkspartei und die neue Wirtschaftspartei sind keine Parteien der Mitte. Die Wirtschaftspartei, die bei der letzten Wahl die Aufgabe hatte, die rebellierenden Wähler des Ordnungsbundes aufzufangen, hat gerade jetzt erst einen völkischen Abgeordneten als Hospitant in ihren Kreis aufgenommen. Außerdem steht in der Führung dieser Partei ein Mann, der bei der vorletzten Wahl von den vaterländischen Verbänden als Kandidat präsentiert und auch gewählt worden war. Der Gedanke, daß die Sozialdemokratie mit diesen sozialreaktionären Parteien eine Regierung bilden könnte, erscheint in Thüringen so absurd, daß er mit Ausnahme der Kommunisten, die eine solche Koalition schließlich herbeiwünschen, sonst von niemand weiter ernstlich diskutiert wird.

Die thüringische Sozialdemokratie, die noch zu keiner Zeit sich vor der Verantwortung gedrückt hat, mühte ihre ganze Vergangenheit verteidigen, wenn sie eine detaillierte Koalition eingehen würde. Es ist vielmehr der einmütige Wille vorhanden, als die stärkste Partei des Landes und als die alleinige Siegerin im letzten Wahlgange die politische Macht auszuüben. Sie wird aber an keiner Regierung teilnehmen, die sich nicht gleich von vornherein für durchgreifende Maßnahmen zur Hebung des Notstandes bei der arbeitenden Bevölkerung entscheidet.

Weimar, 9. März.

Der Thüringer Wahlprüfungsausschuss hat die Wahl des völkischen Abgeordneten Wünsche für ungültig erklärt. Auf Antrag der Parteien der Einheitsliste ist jetzt gegen diesen Entscheid das Wahlprüfungsgericht angerufen worden.

## Moskau und Essen.

Die Moskauer kommunistische Presse rühmt die sachliche Arbeit des Essener Parteitag der R.A.D. Das Auftreten der oppositionellen Redner hätte deutlich gezeigt, daß die Opposition in der Partei keine Wurzeln geschlagen hat. Mit besonderer Genugtuung weisen die Moskauer Sozialblätter darauf hin, daß „nach der Liquidierung des Ruth-Sowjet-Kurses“ die R.A.D. begonnen hat, wichtige Positionen in der Gewerkschaftsbewegung einzunehmen. Auch der Widerstand der „Ultras“ könne die Aktivität der Parteizellen nicht lähmen. Die Blätter äußern auch ihre Freude über das starke Interesse, welches der Parteitag bei der deutschen Arbeiterschaft gefunden habe.

In Deutschland hat man zwar von dem besonders „harten Interesse“ der deutschen Arbeiter für die Kommunistenversammlung gemerkt, aber in Moskau weiß man das selbstverständlich viel besser.

S.W. Berlin, 10. März (Radio).

Die rote Fahne — nach den Worten des Moskauer Vertreters zum Kommunistenparteitag des „Zentralorgan der Kommunisten für Südwesteuropa“ — tritt heute in Bezug auf die Haltung der Kommunisten in Mecklenburg einen geradezu kläglichen Rückzug an. Gestern schrieb die rote Fahne, daß die kommunistischen Landtagsabgeordneten Mecklenburg-Schwerins sich vor dem Forum der Zentrale in Berlin wegen ihrer Haltung bei der Wiederwahl der Regierung noch zu verantworten hätten. Heute ist das gleiche Blatt von der „Richtigkeit des Vorgehens der kommunistischen Schweriner Landtagsfraktion“ überzeugt. Die rote Fahne hat also innerhalb 24 Stunden sehr viel dagelernt. Wahrscheinlich haben die Mecklenburger kommunistischen Abgeordneten sie inzwischen davon überzeugt, daß in erster Linie ihre Freiheit mit auf dem Spiele steht, wenn sich die Kommunisten in Mecklenburg nicht zu einer vernünftigen Politik entschließen können.

## Die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich.

S.W. Das Reichskabinett nahm am Mittwochmorgen den Vortrag des aus Paris zurückgekehrten Ministerialdirektors Dr. Pöffe über die dort zustande gekommene Verhandlungsbasis für die Fortführung der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen entgegen. Dr. Pöffe reist bereits am Donnerstag wieder nach Paris zurück, so daß angenommen werden kann, daß sich das Reichskabinett mit der Verhandlungsbasis einverstanden erklärt hat.



## Holland und China.

SPD. Amsterdam, 9. März.

Das Zentralorgan der niederländischen Sozialdemokratie, 'Het Volk', wendet sich entschieden gegen eine Teilnahme Hollands an den Kämpfen um Schanghai. Das Blatt schreibt, daß unter dem Vorwande eines Hilfsleistungsbefehles das niederländische Kriegsschiff 'Sumatra' vor Schanghai erschienen ist und nunmehr die Niederländer mit den Japanern gemeinsam den östlichen Teil des Stellungsbereiches um die europäische Niederlassung begeben, also die Besucher auf die Besuchten schießen sollen. Alle offiziellen Erklärungen, daß die Niederlande sich an dem Konflikt nicht beteiligen, seien demnach Fiktionen gewesen. Man müsse aber auch mit der Rückwirkung dieses bewaffneten Auftretens auf die indonesischen Chinesen rechnen.

III. London, 9. März.

Wie Reuters aus Peking meldet, herrscht in der Sowjetbootschiff in Peking Unruhe über das Schicksal der Frau Borodin, der Gattin des Sowjetretters in Kanton, da es Tschangsunshang abgelehnt hat, sich mit den Sowjetvertretern über diese Angelegenheit zu besprechen.

III. London, 9. März.

Nach einer Timesmeldung aus Kanton begibt sich der Oberbefehlshaber der Südtropen, General Tschangtaichet, persönlich nach Kanton, um einer Konferenz beizuwohnen, deren Zweck es sei, die Spaltung im Kuomintang zu befeitigen.

## Die spanische Tanagernote überreicht.

II. Paris, 9. März.

In der heutigen Nachmittagsitzung der französisch-spanischen Tanagerkonferenz hat die spanische Delegation die Antwort ihrer Regierung auf die französische Note überreicht. Die spanische Antwort läßt die Tür für weitere Verhandlungen offen, obwohl der Madrider Standpunkt noch immer stark von der Auffassung Frankreichs und Englands abweicht. Die spanische Regierung verlangt nicht mehr die Einverleibung Tangers in die spanische Zone, hält aber ihre Forderung auf Verwahrung Tangers durch spanische Beamte aufrecht und fordert weiter, daß der Vertreter des Sultanats nicht mehr vom Sultan, sondern vom Vizekönig der spanischen Zone ernannt werden soll. Die Konferenz blühte leicht für einige Tage unterbrochen werden, um der französischen Delegation Zeit zu geben, die spanische Note zu prüfen.

## Zur Lage in Litauen.

### Abgelehnte Misstrauensanträge.

Kowno, 8. März.

Nach Schluß der Aussprache über die Regierungserklärung im litauischen Sejm brachten die sozialdemokratische und die volksozialistische Fraktion gefordert Misstrauensvoten ein. Für beide Anträge wurden je 38 Stimmen abgegeben. Da also die erforderlichen 48 Stimmen nicht aufgebracht wurden, sind die Misstrauensvoten abgelehnt.

## Die Kownoer Sieben.

Ein von einigen Professoren der litauischen Universität unter Führung des Rektors unterzeichnetes Memorandum an Bolshemars erregt in Kowno viel Aufsehen. In dem Schriftstück wird erklärt, daß der Umsturz vom 17. Dezember außerordentliche Verhältnisse hervorgerufen habe, die das Land in den Abgrund stürzen. Alle Wege zu einer besseren Zukunft seien versperrt und selbst die Unabhängigkeit des Landes sei bedroht. Ferner richten sich die Verfasser des Memorandums gegen den Kriegszustand, der tief in die Rechte der Bürger eingreife. Zum Schluß wird darauf hingewiesen, daß die jetzigen Verhältnisse zu einem wirtschaftlichen Zusammenbruch führen werden, der die Zurückeroberung Wilnas nur erschweren dürfte.

## Verhaftung eines russischen Kuriers in Wilna.

II. Wilna, 9. März.

Auf dem Bahnhof von Wilna wurde gestern ein sowjetrussischer diplomatischer Kurier verhaftet, der sich auf der Durchreise nach Warschau befand. Bei der Durchsichtung seines Gepäcks fand man 30000 Flugblätter in russischer, weißrussischer und polnischer Sprache, herausgegeben von der Dritten Internationale und der Gesellschaft zum Schutze der politischen Gefangenen. Der Kurier ist einstweilen auf freien Fuß gesetzt worden. Die Flugblätter wurden beschlagnahmt.

## Zuckersteuer und Branntweinabgabe.

SPD. Der Wirtschafts- und Finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates erklärte sich am Dienstag mit dem Gutachten der Arbeiterschüsse hinsichtlich Wenderung der Zuckersteuer und der Trinkbranntweinabgaben einverstanden. Nach den Vorschlägen des Arbeitsausschusses soll die Zuckersteuer von 21 auf 14 Mark herabgesetzt werden. Die Erhöhung der Abgabe auf Trinkbranntwein, der sogenannten Destillatenerinnahme, von 280 auf 380 Mark wurde abgelehnt mit der Begründung, daß infolge der Erhöhung der Verbrauchsabgaben ein Rückgang des Verbrauchs zu erwarten sei. Der Arbeitsausschuss erwartet durch die Beibehaltung des Steuerfußes von 280 Mark eine allmähliche Besserung der Gesamterträge aus der Spirituswirtschaft. Weiter nahmen die Arbeiterschüsse eine Entschärfung an, in der einer mäßigen Erhöhung des Zuckerzolls zugestimmt wird.

## Protest gegen die Mieterhöhung.

II. Hamburg, 9. März.

Die sozialdemokratische Bürgerwirtschaftsfraktion hat den Senat ersucht, den Hamburger Vertreter im Reichsrat anzuweisen, gegen die vom Reichskabinett beschlossene Verordnung über die zwanzigprozentige Mieterhöhung Einspruch zu erheben und dagegen zu stimmen. Gestern Abend fanden 16 sozialdemokratische Protestversammlungen statt, in denen entsprechende Entschlüsse gefaßt wurden.

# Die Auslandspolitik der Woche.

## Genf-London-Moskau. — Das französische Militärgesetz. — Poincarés Finanzpolitik.

Die Verhandlungen des Völkerbunds rats selbst, die wir neben den größeren Unterhaltungen der Geheimdiplomatie nicht übersehen wollen, sind in den wesentlichsten Punkten noch in der Schwebe. Der ungarisch-rumänische Streitfall über die schiedsgerichtliche Lösung des Konflikts aus der rumänischen Agrar-gesetzgebung ist einer Kommission zur Behandlung überlassen worden; ebenfalls der Schuldkonflikt in polnisch Oberschlesien, der wahrscheinlich vor den Haager Gerichtshof kommen wird. In den dänisch-polnischen Fragen hat sich einiges geklärt, so daß die Möglichkeit einer Einigung besteht und die Anleihe doch noch in Ordnung kommt. Eine Entscheidung, die der Völkerbunds-rat bereits in seiner ersten Sitzung fällte, ist kaum bemerkt worden und dennoch recht interessant. Der Rat hat nämlich den Antrag der Mandatskommission, daß die Urheber von Eingaben und Beschwerden an die Kommission gehört werden dürften, abgelehnt. Damit ist der Charakter der völkerbündlichen Mandats-politik auch öffentlich noch deutlicher in seiner imperialistischen Tendenz, mit allen Praktiken moderner Kolonialpolitik behaftet, unterstrichen worden.

Von den Beratungen hinter den Kulissen geht Deutschland un-mittelbar die Unterredung zwischen Stresemann und Za-leski am stärksten an; ihr Ergebnis ist die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen. Die englische Vermittlung und Interessiertheit bei dieser Verhandlung glaubt Herr Zaleski noch durch dokumentieren zu müssen, daß er den Weg zu Stresemann via Chamberlain nahm.

Der arbeit eifrig in Genf mit den Mitteln und Zielen, die wir am Montag angaben. Ein deutscher Erfolg dieser Taktik ist die italienische Ratifizierung des Vessarabien-Vertrages. Daß der Italiener Scialoja ausgerechnet die Genfer Atmosphäre wählte, um diesen Beschluß des italienischen Ministerrats zu publizieren, bedarf keiner Erklärung. Das am 28. Oktober 1920 von der Völkerbündlichen Konferenz in Paris beschlossene Protokoll, das die rumänische Annetion Bessarabiens garantiert, war bisher nur von England und Frankreich ratifiziert worden. Die Rechts-gültigkeit des Protokolls sollte jedoch erst hergestellt sein, wenn von den vier Protokollanten mindestens drei ratifiziert hätten. Diese Zahl ist jetzt erreicht worden, und es bleibt sich auch sonst ziemlich gleichgültig, ob Japan nunmehr dem Beispiel Italiens folgen wird; freilich würde dies die so überaus herzlichen russisch-japanischen Beziehungen um einiges trüben. Italien hat trotz seinen engen Ban-den zu Rumänien eine Ratifizierung des Protokolls bisher abge-lehnt und auch in dem rumänisch-italienischen Schiedsvertrag nicht gewährt. Man möchte es mit Sowjetrußland nicht gänzlich ver-derben. Aber schließlich sind die englischen Bedürfnisse stärker für Italien, ist die Zusammenkunft von Livorno für Mussolini wä-rtiger gewesen als das Glückwunschkriegsgramm Tschischerins. Schon im Herbst vorigen Jahres hatte Mussolini dem rumänischen Mi-nisterpräsidenten Averescu in Aussicht gestellt, daß das Bessarabien-protokoll „möglichst rasch“ von Italien ratifiziert werden würde. Rußland hatte hieraufhin am 8. Oktober vorigen Jahres eine scharfe Note an Italien gerichtet. Genügt hat das natürlich nicht. Herr Chamberlain braucht seine Gefühlen, und das muß die ganze Welt zu sehen kriegen, wenn sie sehen soll. Die Front-stellung Italiens gegen Rußland konnte zur Zeit nicht stärker ge-funden werden als in der Ratifizierung des Bessarabiensabkommens. Hier gibt Chamberlain die Antwort auf die Note Ottinows, die in schriftliche Form zu stellen er vor dem Parlament ablehnte.

Im Sommer vorigen Jahres sah es schier so aus, als ob Paul-Boncour jeden Tag aus der Sozialistischen Partei Frankreichs herausgeschmissen werden würde. Die Genossen Zyromski und Brade, führende Mitglieder des Parteivorstandes, warfen Paul-Boncour den Fehdehandschuh hin, brachten den „Fall“ Paul-Boncour sogar vor das Forum der Internationale, und wegen der Prochführung für die Kutte des Medienburgers holte sich Paul-Boncour einen Rüssel vom Parteivorstand. Er selbst hatte für all dies nur die eine Erklärung übrig, daß er, soferne die Interessen der französischen Nation in Widerspruch mit denen der Inter-nationale gerieten, sich für die Nation entscheiden würde. Die Worte wurden protokolliert, über den Fall Paul-Boncour die Akten geschlossen, und der brave Mann ist heute einer der angesehensten Mitglieder der sozialistischen Kammerfraktion.

In den Heeresgesetzen hat er versucht, beides, die Nation und die Internationale, unter einen Hut zu bringen. Das erste dieser Gesetze, für das Paul-Boncour die Berichterstattung hatte, ist am 7. November von der Kammer angenommen worden. Der Gedanke der „bewaffneten Nation“ hat auf den ersten Blick etwas Bedenkliches für sich. Ja, es steht in dem be-schlossenen Gesetz mancher Satz, der bis zur Wörtlichkeit der be-kannten Schrift von Jean Jaures entnommen ist. Aber zwischen diesem Buch, schon damals in der internationalen Parteibibliothek heftig umstritten, und jetzt, liegt eine Erfahrung, die einiges gelehrt haben. Sollte der imperialistische Weltkrieg, und Jean Jaures, der seine Schrift schrieb als Kampfanlage, gegen den französischen Imperialismus, dieser große Friedens-kämpfer des Proletariats, der ihm im Kampf sein Leben opferte, er wäre der letzte gewesen, der die Lehre des Weltmordens nicht begriffen hätte. Der imperialistische Krieg zwischen imperia-listischen Mächten, und Frankreich gehört zu ihnen ebenso wie Deutschland, kennt keinen „Verteidigungskrieg“, für den, selbstverständlich nur für den, das Gesetz zur „Organisation der Nation für den Kriegsfall“ vorgesehen ist. Nicht nur, daß den Massen der in den Krieg getriebenen Länder physisch gar nicht ins Bewußtsein kommen kann, wer der „Angreifer“ ist, dieser „Verteidigungsfall“ ist nicht einmal theoretisch zu sehen; denn Frankreich ist nicht Abessinien, nicht Mexiko, kein Objekt für den Imperialismus, sondern imperialistisch aktive Macht. Und die Väter des angenommenen Gesetzes werden schon gewußt haben, weshalb sie die Anwendbarkeit des Gesetzes nicht nur auf den Fall eines „offiziellen Angriffs“ beschränkten, sondern auf die „in der Sitzung des Völkerbundes vorgesehene beson-deren Fälle“ erweiterten.

Nun läßt sich beim besten Willen das angenommene Gesetz auch seiner inhaltlichen Fassung nach nicht mit Jaures's-tischen Gebanten gängen rechtfertigen. Denn die spezielle Aus-führung der allgemeinen Phrasen des Gesetzes wird in fast jedem Artikel besonderen Verordnungen des Ministeriums über-

lassen. Und eines der schlimmsten Dinge, die in dem Gesetz ent-halten sind, ist jener Passus, der auch die Beschlagnahme der Gewerkschaftskassen für die Mittel der Kriegsführung zuläßt. Sehen wir einmal den Fall, daß die Forderung der Amster-damer Gewerkschaftsinternationale nach dem Generalkrieg für den Kriegsausbruch organisatorisch in Angriff genommen würde und somit auch der französischen Partei und den Gewerkschaften be-stimmte Aufgaben zufiele, dann könnten sie im Falle des Kriegs-ausbruchs sich von der Regierung die Gelder für ihre organi-satorischen Pflichten holen gehen!

Das erste der vier Heeresreformgesetze ist ja ein Gesetz der Phrasen, bringt ja keine unmittelbare Veränderung in der Struk-tur des französischen Militarismus. Nachdem nun die nationale Einheitsfront hergestellt worden ist (gegen das Gesetz stimmten nur die Kommunisten und die drei Abgeordneten der Lafont-Gruppe), ist die Bahn frei für die drei anderen Gesetze, die eine völlige Rationalisierung der französischen Armee vorsehen. Und in der gleichen nationalen Einheitsfront werden diese Gesetze mitamt der Vorlage über die neuen Festungs-bauten und über spätere Flottenprogramme Annahme finden.

Das ist Jaures' Vermächtnis? Wie, die ganze französische Imperialistenklasse und Kapitalistenklasse, die den Marokkorkrieg führte, heute in Syrien noch schreien läßt, Truppen nach China geschickt hat und die französischen Arbeiter auspowert, die ist auf einmal bei Jaures gelandet? Wir glauben, nicht der Generalkrieg der französischen Armee sei zu Jaures gekommen, sondern Paul-Boncour hätte die Sozialisten dem Generalkrieg nähergebracht. Wenn im Mai 1925 die Genossen Otto Bauer, Theodor Dan und Ludwig Czech auf der Exekutivtagung der SWI. eine Erklärung abgaben, die feststellte, daß zu jener Zeit die französische Marokko-politik eine Tendenz habe, die einstmals zur Spaltung der sozia-listischen Parteien führte, so erscheint uns die Haltung der fran-zösischen Genossen, sonst so prächtige Kerle, wenn es sich um Steuern und Vertrauensvoten handelt, zu den Heeresgesetzen als nicht min-der gefährlich. Hier für eine Klärung zu sorgen, verbietet den französischen Genossen selbst. Wenn wir uns mit dem Werke Paul-Boncour etwas ausführlicher befaßten, so nicht nur deshalb, weil der Kampf gegen den Imperialismus ein Kampf ist, der die ge-samte sozialistische Arbeiterinternationale angeht, sondern auch deshalb, weil Paul-Boncour in Genf den Abrüstungsschwandel besorgt. Und nichts ist gefährlicher für die Arbeiterklasse in jedem Lande, als wenn sie die dort besorgte Aufrüstung als Abrüstung be-grüßt. Gerade deshalb, weil uns Sozialisten jede auch nur so kleine wirkliche Beschränkung der vorhandenen Rüstungen will-kommen ist, dürfen wir das Gegenteil einer Sache nicht für die Sache selbst ausgeben.

So ist es denn auch kein Wunder, daß Poincaré aus dieser nationalen Einheitsfront den größten Nutzen zieht, der sich nur irgendwie herauswirtschaften läßt. Die Intervention des Ge-nossen Aurioi wegen der provisorischen Schuldverge-lung mit England und Amerika hat mit einem glänzenden Kammerstieg von Poincaré geendet. Monatslang wurde verhandelt, daß Frankreichs Währung so fest stünde, daß eine Stabilisierung des Frankens gar nicht notwendig sei, und die französischen Finanzen so in der Ordnung seien, daß man auf das Ausland pfeifen könnte. Wir haben an dieser Stelle schon einmal des längeren nach-gesehen, daß an eine Vereinigung der französischen Finanzmiserie und Stabilisierung der Währung ohne große Hilfe des anglo-amerikanischen Finanzkapitals gar nicht zu denken sei. Wenn Poincaré nunmehr unter Umgehung des Parlaments sich über provisorische Schuldverpflichtungen mit Amerika und England ver-ständigt hat, so hat er hiermit eingestanden, daß er schließlich doch die Unterstützung des Auslandskapitals benötigen wird; und aus seiner Erklärung in der Kammer vom Dienstag läßt sich ja deut-lich abgesehen, daß er die Bedingung einer endgültigen Ueberein-kunft mit Amerika und England um so schärfer stelle, je länger er sich um die provisorische Regelung herumgedrückt hätte.

Der Faden zwischen Frankreich und dem Auslandskapital ist aufgenommen worden. Amerika hat natürlich, um sich die Chancen für die Endregelung nicht zu heben, die Rebi'spersu-über Frankreich noch nicht aufgehoben. Aber es werden sich schon Wege über Holland und die Schweiz finden lassen, auf denen sich das amerikanische Finanzkapital in Frankreich schon jetzt ein-finden. Inwiefern an künftigen Anleiheplänen auch Deutsch-land interessiert sein wird, läßt sich zur Zeit noch nicht über-sehen; immerhin, man sieht in Genf am grünen Tisch, und die Reihe des englischen Staatsbankpräsidenten Montagu Norman nach Berlin und Paris scheint uns nicht so nebenläufig zu sein, wie sie die Kommunisten hinzustellen versuchen. Politisch ist Herr Poincaré jetzt die Möglichkeit gegeben, auf lange Frist hinaus den ernstlichen Konfliktstoff aus der Regierung der Union Sacree zu bannen, den die Diskussion über die Ratifizierung der Schuldenabkommen gebracht hätte. Und bis dahin läßt sich noch vieles machen. Unter dem Burgfrieden ist noch keiner Regierung Angst geworden.

## Der Hungerstreik in Sofia.

SPD. Sofia, 10. März, (Radio).

Der Hungerstreik der politischen Gefangenen in Sofia dauert nunmehr den 10. Tag an. Am Mittwoch wurde der hier bestehende Unabhängige Informationsdienst verboten. Sämtliche Redak-teure wurden verhaftet, da sie das Kabinett aufgefordert hatten, die teilweise mit sehr hohem Fieber danieliegenden Gefangenen nicht weiter zu quälen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Georg Fuchs Leipzig

Verantwortlich für den Interaktenteil:

Hugo Seyffand in Leipzig

Druck u. Verlag: Leipziger Buchverlagsgesellschaft Leipzig

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

Comby Bell

die neue vornehme 5 Pfg.-Zigarette

der Perusa-Zigarettenfabrik Georg Metzger G.m.b.H. München







Gustav Silberstreif im Süden.

Unter Palmen, jetzt im Süden, Wandelt jetzt Herr Streifemann. Im ihm webt der Robestrieden...

Seine Silberstreifstrawatte Umter allerletzten Schid. Wohlhängt er in der Matte, Unter der polierten Platte...

Alle Welt beim Luch bebt er Durch sein blondes Fröngemilch. Er, vom Volk der Denk- und Dichter, Von Klambund und Joethen spricht er...

Während er den Frieden feiert, Tief im Innern tönt: Hurra! Und, wenn heimwärts wird gefeuert, Denkt, von Flaschenbier besuert, Er nur an den Westretat...

Paul Erik Muckalla.

Wiederzusammentritt des Reichstags. Fortgesetzte Debatte über den Etat Dr. Brauns.

Berlin, 9. März.

Die Sitzung wird um 3 Uhr vom Vizepräsidenten Graefe mit der vom Hause mit Beifall aufgenommenen Mitteilung eröffnet, daß das Befinden des Präsidenten Lohse sich wesentlich gebessert habe...

Die zweite Lesung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums wird fortgesetzt.

Hg. Lambach (Df.) wendet sich gegen die Bestrebungen, das Reichsarbeitsministerium abzubauen. Die sozialpolitische Gesetzgebung müsse einheitlich gestaltet und die gleichberechtigte Eingliederung der Arbeitnehmer in das politische, wirtschaftliche und soziale Leben gesichert werden...

nur das Wirtschaftsleben vergewaltigen würde. Die internationale Sozialpolitik sei bisher unbefriedigt gewesen. Dem deutschen Arbeitnehmer im Auslande müsse die Sicherheit gegeben werden, daß er den von ihm gewünschten Arbeitsplatz einnehmen könne.

Hg. Czetelny (Dem.) vermißt die Mitarbeit des Reichswirtschafts- und des Reichsarbeitsministeriums bei der Rationalisierung der Betriebe. Während das Reichsministerium für Wirtschaftlichkeit sich dieser Aufgabe mit großem Fleiß und Geschick annähme, sei bei den führenden Staatsmännern die propagandistische Mitarbeit zu vermissen...

Verständigung herbeizuführen. Wenn hier nicht schleunigst eine Umkehr erfolge, so werde Deutschland bald von schweren sozialen Kämpfen, Streiks und Ausperrungen erschüttert werden.

Hg. Selzer-Dresden (Wirtsch. Bg.) warnt vor einer Überspannung der Sozialpolitik. Man solle nicht der Reichsbahn durch Kanalbauten Konkurrenz machen, sondern lieber die Arbeitslosen bei Straßenbahnbauten beschäftigen...

Hg. Schwarzer (Bayr. Vp.) versichert, daß mit der neuen Regierungsbildung die Sozialpolitik nicht zum Stillstand kommen werde. Der Haushalt des Arbeitsministeriums habe sich ja auch gegen das Vorjahr nicht verschlechtert...

Kommunisten verhindern Nothilfe

Dresden, 9. März.

Im Dezember 1926 nahm der Landtag einen sozialdemokratischen Antrag an, der 10 Millionen Winterbeihilfe für Rentner, Fürsorgeempfänger, Erwerbslose usw. verlangte. Drellt und ungehemmt schob die Regierung diesen Antrag beiseite. Sie brachte dem Landtag eine Vorlage, in der statt der 10 Millionen nur 1 Million für die genannten Zwecke angefordert wurden...

Diese törichte, arbeitserfindliche Abstimmung versuchten die Kommunisten durch Verdrehungen als „Arbeiterverrat der Sozialdemokraten“ zu entlarven.

Nun stand im Landtage die zweite Beratung der Vorlage auf der Tagesordnung. Jetzt mußten die Kommunisten Farbe bekennen, ob sie auch im Plenum gegen die höheren Sätze für die Notleidenden stimmen würden. Das getrauten sich die Kommunisten nicht, sie wollten aber auch verschleiern, daß sie bei der Abstimmung im Ausschuss gegen die Interessen der Notleidenden gestimmt hatten...

in einem Eiertanz noch einmal, die Sozialdemokraten wegen ihrer Zustimmung zu den 3 155 000 Mark „als Verräter zu entlarven“, um gleich darauf unter dem schallenden Gelächter des Landtages zu erklären, daß die Kommunisten heute ebenfalls für den Antrag stimmen würden.

Da Schminkle an dem Gelächter merkte, daß er sich nicht zum Eiertänzer eignet, versuchte er, seine Blamage durch ein Mittel zu verdecken, das für einen Kommunisten mindestens neu ist. Dr. Schminkle spielte sich als Anstandsdame auf, tadelte, daß die sozialdemokratische Presse „so höfliche Worte gegen die Kommunisten“ anwende...

Mit dieser Blamage war es den Kommunisten offenbar noch nicht genug, denn nach Schminkle versuchte auch Böttcher sein großes Maul im Tone der Anstandsdame, er schimpfte über die angeblichen Schimpfereien der Sozialdemokraten und beschimpfte im gleichen Atemzuge die Sozialdemokraten als Agenten der Bourgeoisie. Zum Schluß überbot sich Paul Böttcher selbst, indem er klassisch wurde und Goethe zitierte...

Der Spott ist dem großen Paul schlecht bekommen, er bezog wieder einmal eine gründliche Abreibung durch den Genossen Liebmann — und wurde dabei merklich kleinlaut.

Der häßliche Streik war, wie unser Redner feststellte, um so widerwärtiger, als eigentlich die Arbeitervertreter in dieser Sache im Interesse der Notleidenden hätten zusammenstehen müssen. Statt dieser praktischen Einheitsfront inszenierten die Kommunisten

Stellenangebote

Für die Geschäftsstelle des Reichsbanners wird ein mit dem Kassenswesen durchaus vertrauter zuverlässiger Hilfsarbeiter gesucht. — Bewerbungen mit Angabe über die Zugehörigkeit zum Reichsbanner und die bisherige Tätigkeit sind bis zum 26. März an die Geschäftsstelle des Reichsbanners Leipzig C I, Gellertstraße 7, 9, III. zu richten.

Verkäufe

Bottbezug ... 3.-, Seit-Inlett ... 8.-, Diwandcke ... 8.-, Herrenhemd ... 1.40, Mand. Kohlgartenstr. 10.

Original Mosberg Maurer- und Zimmerer-Hosen stark Eckerdt, Sophienstraße 10.

Von Herrschaften wenig getragene Herren- u. Damen-Garderobe Maßarbeit, neu, neue Garder. zu sehr bill. Preis. Neue Kontinental-Anzüge sehr billig.

Friedmann Rankt. St. 13, I. Ein- u. Berl.-Geld.

Pa. Pa. Schweineköpfe frisch eingetroffen. Pfund 50 Pfg. Vorzeiger dieses zahlt von 5 Pfund an nur 45 Pfg. per Pfund! Nur bei Paul Müller, Markthalle Stand 18, Erdgeschoss.

Damen-Handtaschen



Beuteltasche in groß Auswahl Leder u. M. 2.- an Koffertasche Hochleder u. M. 4.50 an Beuteltasche mod. Formen, Nappaleider, rund M. 4.20 breit M. 9.20 u. 15.-

Karl Blaich KOFFER- u. LEDERWARENFABRIK / GEGR. - 1893 Windmühlenstr. 32 Ecke Emilienstr.

Emil Wehner Fleischermeister Eisenbahnstr. 46 ff. Aufschnitt, Fleisch- und Wurstwaren in bek. Güte

Bon Herrschaften wenig getragene Garderobe Herren, Damen, 5 Schuhe billig, perf. Grund. Eilenstr. 2, T. 88027 Ein- u. Westfögelch.

Auf Kredit Schlafstühle Büden mit 5 Mark Kuponen Scherbel Schumannstr. 10, 10.00, 10.00, 10.00

Jede Woche frisch eintreffend: la Koch- und Brat-Hühner in größter Auswahl, Pfund von 1.30 M. an. Jeden Abend von 5 Uhr an Warmes Schwarzfleisch



Der Mode-Mantel

in der vornehmen Art des Herrenschmittes, aus besten Stoffen exakt gearbeitet, ist in meiner Auswahl in entzückenden Variationen vorhanden. Dreierlei ist hier vereint: Schönheit, Güte, Billigkeit!

- Mäntel aus Herrenstoffen in modernen Farben uni und kariert... 15 (85 69 39)
Mäntel Shetland, Kasha, die große Mode... 19 (79 59 29)
Mäntel aus Wollriips, Charmelaine mit u. ohne Seiden-Besatz... 19 (98 79 39)
Mäntel Veloutine K-Seide, Ottomane in mod. Formen und Farben... 39 (110 89 69)

Franz Ebert

Größtes Spezialhaus für Damen, Backfisch- und Kindergarderobe in Sachsen

Kleiderschränke 58.-, Betten m. 3 Teil. Aufst. 58.-, Mäntel m. 58.-, Tisch, Stühle, Küchenschrank, über 10 Platten, Schreiner Tischlerei, Pl. Schmiedelstr. 7.

Gebr. Kleiderschränke Küche, Chaiselong, Badentafel, u. Schloß, nimmich, Flurgard, Auszug, u. 600 Stuhl, Turnerstr. 10, 10.00

Reformbett bestes Material mit 10-Stahlmatratze 20 Mark Reformbettvertrieb Leipzig-Pl. Weissenfelder Str. 38

Schreibische 68.- eigene Anfertigung, daher so billig. R. Hahn, Tischlerstr. Rudolgensartenstr. 13.

Gebrauchte Küche bill. Brüderstr. 11, III. 7.

Kaufgesuche

Raninfelle roh u. gegerbt kauft F. Bazzinaki, Leutzsch, Fr. Ebert-Str. 68.

Diverses

Haarschneiden Lust 50 Wfa. halblang 70 Wfa. Sternwartenstraße 20, Ecke Nürnberger Str.

Alte Hüte verlohnen sich umsupressen. 2.00 an in einigen Tagen. Von neuen Hüten nicht zu unterscheiden. Hüte-Umpresserei Helene Lauckner Promenadenstr. 15

Wohnungen

Schlafstelle lücht anst. d. Herr. mögl. in Lind. Str. u. L. 100 Pl. d. 81. Obermannstraße 1.



diesen Kräfte, weil sie glaubten, sie könnten dadurch Geschäfte für ihre Partei machen — was ihnen wieder einmal gründlich vorbehalten ist.

Nachher erfuhr die kommunistische Komödie ihre Krönung! Die Sozialdemokratie hatte den Antrag auf 10 Millionen Mark als Minderheitsantrag aufrecht erhalten. Nach mehrmaliger unklarer Abstimmung ließ der Präsident über den Minderheitsantrag namentlich abstimmen. Der Antrag wurde mit 46 gegen 46 Stimmen abgelehnt, weil der Kommunist Ewert bei der Abstimmung fehlte!

So verhinderten die Kommunisten, daß den Notleidenden 10 Millionen als besondere Unterstützung bewilligt wurden, durch die Schuld der Kommunisten bewilligte der Landtag nur 3 Millionen Mark!

Das ist kommunistische Praxis!

## Gegen Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft und Mietzinserhöhung.

Sitzung vom Mittwoch, dem 9. März 1927.

Zur Verhandlung kam zunächst die Vorlage betreffend Bewilligung eines

einmaligen Sonderzuschusses an Bezirksverbände und Gemeinden

zur Gewährung von Winterbeihilfen an notleidende Bedürftige.

Der Haushaltsausschuß beantragt, die Regierung zu ersuchen, 3 155 000 Mark, insbesondere für Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, bereitzustellen und unerwartet zur Verabschiedung des Haushaltsplanes zu veranlassen.

Frau Schilling (Soz.)

gab den Anstaltsbericht und erinnerte dabei an den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, für diese Zwecke 10 Millionen Mark zu bewilligen. Der Antrag ist vom Landtag in der Sitzung vom 18. Dezember 1926 auch zum Beschluß erhoben worden, im Ausschuß sind aber, mit Ausnahme der Kommunisten, sämtliche bürgerlichen Parteien mit Einfluß der Aufwärtler umgefallen und haben sich dann auf die 3,15 Millionen geeinigt.

Der Kommunist Dr. Schminde machte nach echter Demagogik mit dem Genossen Uebmann zum Vorwurf, daß er im Ausschuß erklärt habe, wenn die 10 Millionen nicht durchzubringen sind, würden die Sozialdemokraten für die 3 Millionen stimmen, und setzte davon, daß damit ein „Umfall“ der SPD. vorbereitet werden sollte. (Gelächter bei den Soz.) Die Kommunisten hätten das nicht mitgemacht, weil sie erst wissen wollten, wie die stets schwankenden Aufwärtler stimmen würden. Im Plenum würden sich vorerst die Kommunisten dann auch für die 3 Millionen stimmen. Dr. Schminde beschwerte sich dann in erregter Tone über die „hässliche“ Kampfesweise der sozialdemokratischen Presse, und insbesondere der Leipziger Volkszeitung, gegenüber den Kommunisten (Große Heiterkeit bei den Soz.), wodurch zerstört werde, was die Kommunisten erreichen wollten, die Einheitsfront der Arbeiterklasse. (Gelächter und Juchzen bei den Soz.)

Abg. Müller, Mittweida (Soz.)

begründete den Minderheitsantrag Schilling auf Aufrechterhaltung der 10 Millionen Mark und prangerte dabei an, daß die bürgerlichen Parteien nichts für ihre einstigen Klassengenossen übrig haben. Was die Mann im Ausschuß erklärt hat, ist nichts anderes, als was Schminde heute im Plenum gesagt hat. Die Ausschüsse der kommunistischen Abgeordneten sind nichts weiter als ein Versuch, durch Spiegelsprüche die Sozialdemokratie in den Augen der Arbeiterschaft herabzusetzen. Die Kommunisten sind doch sonst in ihren Ausdrücken nicht zimperlich, sie haben auf dem Essener Parteitag die Sozialdemokratie als den härtesten Feind bezeichnet und hier spricht man von einer Einheitsfront; so stellt man damit eben die Tatsachen auf den Kopf.

Finanzminister Weber wiederholte, daß die Erhöhung auf 10 Millionen nicht tragbar sei. Es wären keine Mittel da. Auch wäre die Auswirkung in finanzpolitischer Beziehung nicht zu übersehen.

Nach weiteren Auseinandersetzungen zwischen SPD. und SPD. wurde der sozialdemokratische Minderheitsantrag: Bewilligung von 10 Millionen, mit 46 gegen 46 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag hätte eine Mehrheit gefunden, wenn der Kommunist Ewert nicht gefehlt hätte.

Mit der Linken stimmten die beiden Nationalsozialisten, während die Fasziaten sowie die Aufwärtler mit Ausnahme des Herrn Götting, der sich gedrückt hatte, mit dem Bürgerklub gingen.

Die Einstellung von 3 155 000 Mark wurde dann einstimmig bewilligt.

Ein Antrag Böttcher hatte

Mahnahmen gegen die Gewerbesteuer im künftigen Winter

erzucht. Der Ausschuß empfahl die Annahme.

Abg. Siegnoth (Soz.)

begründete im Minderheitsgutachten, die Arbeiten, soweit dies möglich ist und die Einrichtungen dazu vorhanden sind, in eigener Regie vorzunehmen oder nur an solche Firmen zu vergeben, die sich verpflichten, unter Einhaltung der tariflichen Bestimmungen Gehilfen von den Arbeitsschweifen dazu anzufordern. — Siegnoth bemerkte, daß man sich, nachdem vor Jahren eine Gemeinwirtschaftsstelle für Sachsen errichtet worden ist, jetzt vollständig den privatwirtschaftlichen Zielen verschrieben zu haben scheint, wie die vollständige Schwendung der Regierung beweise. Der Antrag selbst sei zum großen Teile gegenstandslos geworden, da inzwischen das Frühjahr herangekommen sei.

Nach längerer Aussprache wurde das Minderheitsgutachten mit 47 gegen 44 Stimmen angenommen. Im übrigen wurden die Ausschüsse zum Beschluß erhoben.

Die weitere Tagesordnung wies 14 Anfragen und Anträge auf, die sich sämtlich mit

Wohnungs- und Mieterfragen

beschäftigen. Sie sollen gemeinsam zur Aussprache gestellt werden.

Der Demokrat Dr. Kautner, der einen Antrag auf Beschleunigung der wirtschaftlichen Interessen der Mieter durch Uebergangsbestimmungen bei einer einmaligen Lockerung der Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume begründete, bekannte sich als Anhänger der freien Wirtschaft, fügte aber hinzu, letztere sei nicht möglich, so lange es an den unumgänglichen Voraussetzungen fehle. Im Augenblick bestehe kein grundsätzlicher Anlaß, von diesem Standpunkte abzugehen. Ueber die Mietzinshöhe liege sich noch viel leichter reden als über die Kündigungsfrage. Mindestens müßte für die Gewerbetreibenden eine ausgiebige Karenzzeit eingeführt werden.

Für die Volkspartei erklärte Abg. Müllig, daß in Sachsen, nachdem die anderen Länder vorangegangen wären, die Zwangswirtschaft nicht länger zu halten sei und eine Lockerung erfolgen müsse, daß aber Härten nach beiden Seiten vermieden werden müßten. Es müßte für einen reibungslosen Uebergang gesorgt werden. Uebergriffe der Hausbesitzer dürften nicht geduldet werden. (Lachen links.) Das Bauprogramm vom Reich, Staat und Gemeinden müsse so schnell als möglich durchgeführt

werden, aber nicht in Eigenregie, sondern in freier Wirtschaft. Ein Teil der Mietzinssteuer müsse dem Hausbesitzer überfallen werden.

Der Kommunist Renner sprach sich gegen die Forderungen der Hausbesitzer aus und begründete einen Antrag, jede Veränderung der Bestimmungen über den Mietzins oder die Mietpreisbildung dem Landtag vor ihrer Veröffentlichung zur Kenntnisnahme und Beschlußfassung zu unterbreiten. Ein weiterer Antrag fordert, daß jede Durchbrechung der Mietzinsbestimmungen (ganz gleich welcher Art) und jede Erhöhung des Mietpreises während des Jahres 1927 zu unterbleiben hat.

Die sozialdemokratischen Anträge

wenden sich gegen die Herausnahme der Geschäftsräume aus dem Mietzins sowie gegen die beschlossene Mietzinsänderung. Eventuell soll der Gesamtertrag der Mietzinsänderung für den Wohnungsbau verwendet werden. Ein dritter Antrag ersucht die Regierung, im Rahmen des von den Gewerkschaften aufgestellten Programms ein Wohnungsbauprogramm für Sachsen aufzustellen und dem Landtag vorzulegen, um den dringenden Wohnungsbedarf zu decken, und dafür zu sorgen, daß im Jahre 1927 rechtzeitig mit dem Wohnungsbau begonnen und dieser auf gemeinschaftlicher Grundlage durchgeführt wird.

Ein anderer Antrag Arzt und Genossen (Soz.) verlangt eine Änderung des Gesetzes über den Geldentwertungsausgleich dahingehend, daß bei unbelasteten Grundstücken und bei einer Belastung bis zu 10 Prozent des Preiswertes nicht mehr als 20 Prozent des Nutzungswertes, bei einer Belastung bis zu 20 Prozent nicht mehr als 25 Prozent, bei einer Belastung bis zu 30 Prozent nicht mehr als 30 Prozent des Nutzungswertes erhoben wird.

Abg. Müller, Pianitz (Soz.)

Trotz den Protesten der Gemeinden und der Mieterklasse ist man in Regierungskreisen gewillt, dem konzentrierten Angriff des organisierten Hausbesitzes auf die Zwangswirtschaft nachzugeben. In den Hausbesitzerorganen wird mit der Auflösung des Landtages gedroht. Mit einer solchen Parole sind wir jederzeit zu einem Wahlkampf bereit. Die Antwort würde so ausfallen, daß die Wirtschaftspartei keine Gelegenheit mehr finden würde, zwei Ministerposten zu besetzen. Jede Lockerung der Zwangswirtschaft muß die härtesten Nachteile für die Mieterklasse zur Folge haben. Der Kampf der Hausbesitzer um die Aufhebung der Zwangswirtschaft ist doch lediglich aus der Absicht heraus geboren, entsprechende Mietzinsänderungen vornehmen zu können. Tatsächlich war überall dort, wo die Lockerung der Zwangswirtschaft erfolgt ist, die nächste Folge eine Mietpreiserhöhung. Die Vorgänge in den anderen Ländern haben auch die bisher gleichgültigen Gewerbetreibenden fertig gemacht. Wenn Herr Müllig erklärt, daß die Hausbesitzerorganisationen solche Uebergriffe nicht zulassen werden, so steht diese Behauptung mit der Praxis in Widerspruch.

Nicht eine Lockerung oder Aufhebung der Zwangswirtschaft, sondern Ausbau und Erweiterung ist das Gebot der Stunde.

Die Zwangswirtschaft kann erst dann fallen, wenn sozialer Wohnraum vorhanden ist, daß jeder genügend Wohnraum zur Verfügung hat.

## Mitglieder-Verammlungen

der SPD. Groß-Leipzig

Wahren und Möckern

Donnerstag, 10. März, abends

8 Uhr, im Goldenen Anker.

Gohlis und Cunitzsch

Freitag, den 11. März, abends

8 Uhr, im Gohlschloßchen.

In allen Verammlungen wird Gen. Kunzi, Ungarn, über:

**Die politischen Aufgaben der Arbeiterklasse in der Gegenwart** sprechen.

Genossen und Genossinnen, erscheint zahlreich!

Die kommende Mietpreiserhöhung ist angesichts der Tatsache, daß heute schon der Arbeiter ein Gehalt bis ein Drittel des Lohnes für die Miete aufwenden muß, ein brutaler Weise sanktionierter Wucher. Allerdings ist der Tariflohn im Jahre 1926 nach den Berechnungen des Statistischen Amtes um 0,8 bzw. 1,1 Prozent gestiegen, indessen ist auf der anderen Seite die Inbeziffer von 139,8 auf 144,3 Prozent gestiegen, so daß also in Wirklichkeit ein Sinken des Reallohnes anzudeuten ist. Und da will man nun noch die Mieten erhöhen! Eine solche Absicht sollte alle sozial denkenden Kreise verbinden zum Kampf gegen eine derartige Ausbeutung der Mieterklasse.

Bei der außerordentlich ausgeprägten Wohnungsnot in Sachsen hätte man von der sächsischen Regierung längst ein umfassendes Wohnungsbauprogramm erwarten können, wie es unser Antrag will. Sofortiges Handeln, kein ausschließendes Verhandeln, weil die Wohnungsnot inzwischen zur Wohnungsnotkatastrophe geworden ist! Beseitigt man die Wohnungsnot, so entfällt man die Polizei-, Gefängnis- und Fürsorgekosten von Reich, Ländern und Gemeinden.

Unser Antrag stellt eine Mindestforderung und seine Durchföhrung ist bei gutem Willen und Zusammenfassung aller Kräfte möglich. Die besonderen Verhältnisse der Wohnungsnot machen besondere Maßnahmen bezüglich der Kreditbeschaffung notwendig. Wir werden im Ausschuß dafür arbeiten, daß das Wohnungsbauprogramm, das auch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm ist und eine Milderung der Erwerbslosigkeit bedeutet, zur Annahme gelangt.

Frau Dr. Ullrich-Beil (Dem.) begründete einen Antrag ihrer Fraktion, unverzüglich ein Wohnungsbauprogramm für den Zeitraum von mindestens der nächsten fünf Jahre vorzulegen, das nicht nur in diesem Jahre erstmalig wieder erreichten Friedensjahresbedarf von 18 000 Wohnungen deckt, sondern die Möglichkeit schafft, den Wohnungsbedarf aus den Kriegs- und Nachkriegsjahren in Höhe von 45 000 Wohnungen zu erfüllen. Auf die Reichsregierung soll eingewirkt werden, daß sie ungehindert die Finanzierung des Wohnungsbaues (unter Umständen im Wege der Anleihe) in die Hand nimmt.

Herr Entenlein von der Wirtschaftspartei forderte in einem Antrage, daß auch die Handwerker mit einem gewissen Mindesteinkommen für ihre gewerblichen Räume von der Mietzinssteuer befreit werden; der Deutschnationale Grelmann will in einem Antrage den Hausbesitzern, wenn sie einen bestimmten Betrag zur Erhaltung von Altmwohnungen verwenden haben, einen Teil der Mietzinssteuer auftragen, und sein Parteifreund Pagenstcher verfocht einen Antrag auf Befreiung der Geschäftshäuser und Werkwohnungen von der Mietzinssteuer.

Schluß der Sitzung abends 7 Uhr. — Nächste Sitzung: Donnerstag, 10. März, vormittags 11 Uhr: Schuländerungsgeleß, Anleihegesetz; Mieterschutzantrag gegen Arbeitsminister Eisner; Entscheidung der Schlichter Haack, Brandt und Winckler von ihren Posten; Weiterberatung der heutigen Tagesordnung.

## Suchtman für Jürgens? Anträge und Anklage des Staatsanwalts.

Berlin, den 9. März.

Der Landgerichtsdirektor Jürgens, ehemaliger kommissarischer Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofs, hat heute sich vom Oberstaatsanwalt Jordan, dessen Frau freundschaftlich in seinem Hause verkehrte, Dinge sagen lassen müssen, die für einen Untersuchungsrichter tief beschämend waren und in die persönliche Ehre eines Mannes scharf eingriffen. Jürgens hat auch aus seiner Entrüstung gegen die „Ausfälle“ des Staatsanwalts kein Hehl gemacht. Wie es auch sonst Angeklagte tun, hat er dem Staatsanwalt empörte Zwischenrufe zugerufen — allerdings in einer Weise, wie es nur ein Landgerichtsdirektor auf der Anklagebank sich erlauben darf.

Der Oberstaatsanwalt war unerbittlich. In schnellender Sachlichkeit ging er die belastenden Tatsachen durch. Nur an einer Stelle zitterte seine Stimme vor innerer Erregung: als er den Untersuchungsrichter Jürgens brandmarkte, der es in eigener Sache nicht verstanden hat, den Tator für die Behörden unberührt zu lassen.

Der Oberstaatsanwalt Jordan hatte starke Stellen in seiner Rede. Man hätte gewünscht, daß seine Beweisführung während des Prozesses nicht so lendenlamm gewesen wäre. Die ungeschickte Art seiner Fragestellung hat der Anklage Blößen gegeben, die schwerlich allein durch die Rede gutgemacht werden konnten. Diese war aber so unpsychologisch, wie in Reden von Staatsanwälten auch sonst nicht anders zu sein pflegen. Anstatt den Nachweis zu führen, daß Frau Jürgens aus ihrer ganzen abnormen hysterischen seelischen Veranlagung heraus die fingierten Einbrüche gut zu vertrauen waren und daß Herr Jürgens aus einer gewissen ihm eigenen Psychologie heraus ihm die zur Last gelegten Verbrechen wohl hätte ausführen können, begnügte sich der Staatsanwalt allein mit der Aufzählung von Indizien, die alle auch so oder anders bewertet werden konnten.

Trotzdem: die Argumente des Oberstaatsanwalts Jordan sind nicht mit einer Handbewegung lotumachen. Sein Staatsanwaltskollege aus Steint ist pöbellich erkrankt. Soll das etwa eine diplomatische Krankheit gewesen sein? So hatte der Anküger seinen leichten Stand. Er sprach in einer ihm feindlichen Atmosphäre: die bürgerliche Presse, der Zuhörerraum, — wer weiß, ob nicht auch schon ein Teil der Richter, — sind unbedingt gegen ihn und seine Anklage eingestellt. Das Gericht ist aber um die Aufgabe, vor die es sich gestellt hat, nicht zu beneiden. Spricht es den Landgerichtsdirektor Jürgens frei, so bedeutet dies eine ungeheure Blamage für die Justiz. Bezüglich des den Landgerichtsdirektor, so bedeutet dies die Anerkennung, daß ein prozessualer Landgerichtsdirektor schwere Verfehlungen hat ausüben können müssen. Morgen abend wird aber die Entscheidung fallen müssen.

## Das Mädchen des Anklagevertreters.

„Am ersten Tage des Prozesses“ so begann der Staatsanwalt seine Rede. Hat der Angeklagte Jürgens behauptet, daß der ganze Prozeß nichts anderes als eine politische Hexe gegen ihn bedeute. Dies ist ein Irrtum. Als am 20. Februar 1926 in einem Berliner Abendblatt die erste Nachricht über ein Verbrechen gegen den Landgerichtsdirektor Jürgens erschien, hatten bereits wochenlang Ermittlungen gegen ihn stattgefunden. Der Stargarder Untersuchungsrichter hatte bereits die Eröffnung der Stargarder Voruntersuchung angeordnet und einen Haftbefehl erlassen. Am 20. Februar war Frau Jürgens bereits festgenommen. Zwölf Stunden später erfolgte die Verhaftung ihres Mannes. Von Politik ist in diesem Prozeß keine Spur.

Der Weineid.

Frau Jürgens war im Prozeß Regel zweimal vernommen worden. Im März 1926 unedlich. Im Juni 1926 erfolgte die eidlische Vernehmung. Die Angeklagte hatte ausgesagt, daß sie von der Mäglichkeit, das Patent auf die Evaporator-Gesellschaft zu verkaufen, ihrer Schwiegermutter beim Vertragsabschluss Mitteilung gemacht habe, daß sie damals jedoch noch keine Ahnung gehabt hätte, wieviel sie bekommen würde. Die damalige eidlische Aussage der Angeklagten werden jedoch durch drei Urkunden widerlegt. Erstens durch die Speisekarte im Hotel Savoy, wo die Verhandlungen mit den Herren Rosenberg und Berg stattgefunden haben: aus den Zahlen, die auf diese Karte geschrieben wurden, geht hervor, daß die Summen, die von der Evaporator-Gesellschaft gefordert werden sollten, ungenügend festgelegt worden waren. Zweitens aus einem Briefe vom 20. April, in dem es hieß: „Ich bleibe morgen noch hier, mit meiner Vollmacht kann die Sache gemacht werden.“ Drittens aus dieser Vollmacht, in der genau die zu fordernden Summen angegeben waren. Somit steht der Weineid fest. Die Wichtigkeit des Falles ist durch das Motiv erwiesen: die Behauptung, die fernerzeit der Schwiegermutter gegenüber aufgestellt worden war, sollte durch die eidlische Aussage vor dem Richter gebrochen werden. Es folgen die Vertragsurteile.

Der größte Teil der Stargarder Zeugen hat aber im Gerichtsprotokoll die Anklagen gegen Frau Jürgens zurückgenommen; somit sind die ihr in diesen Fällen zur Last gelegten Betrügereien nicht aufrecht zu erhalten. Es bleiben aber noch zwei Fälle vollendeten und ein Fall verurteilten Betrugs. Beim Oberregierungsrat Falk hat die Angeklagte zwei- bis dreitausend Mark erbeten unter dem Vorwand, daß sie Prozeßauslagen zu begleichen habe und daß die Rückzahlung aus den Summen erfolgen würde, die sie von der Evaporator-Gesellschaft zu erhalten habe. Aus dem Briefwechsel zwischen Frau und Herrn Jürgens und zwischen diesem und der Evaporator-Gesellschaft ist jedoch zu ersehen, daß Frau Jürgens Auszahlungen überhaupt nicht zu erwarten hatte. Vom Landgerichtsrat Koch im hat Frau Jürgens unter dem Vorzeichen, in vier Wochen zurückzahlen, 250 Mark geborgt. Der Zeuge hat vor Gericht gesagt, daß er das Darlehen natürlich nicht gegeben hätte, wenn er gewußt hätte, daß Frau Jürgens und der Angeklagte solche Schulden hat. Schließlich der verurteilte Betrug. Frau Jürgens hat in der Kreispartalle einen Scheck einlösen wollen, der in der Stargarder Stadtbank gedeckt werden sollte. Eine Deckung war jedoch nicht vorhanden; diese sollte aus dem Gehalt ihres Mannes erst später erfolgen.

Der Stargarder Versicherungsbetrag.

Es steht fest, daß der Scheck nur zwischen 10,15 und 11 Uhr stattgefunden haben konnte. In dieser Zeit sind aber verschiedene Personen die Treppe hinauf- und heruntergegangen und haben nichts Verdächtiges bemerkt. Was das Aufheulen des Hundes betrifft, so sind die aus dem Fallbucher gemachten Zeugen wie auch die Ehefrau selbst nicht als besonders glaubwürdig zu betrachten. Charakteristisch ist es aber, daß den Polizeibeamten schon im ersten Moment der Tator als im höchsten Maße eigenartig vorgekommen ist. Die Tätigkeit der Polizeihunde kann nicht als irgendwelche beweisend bezeichnet werden. Was das Öffnen des Schreidürchlasses betrifft, so ist es nicht anzunehmen, daß die Diebe sich Serienstückel mitgebracht haben; mit Dietrichen ginge es doch viel leichter, Schlösser zu öffnen. Das zerfallene Glas am Bilde des ersten Mannes, der gestohlene Vogel, die umgelegte Büste, der geöffnete Gashahn sprechen aber gegen Frau Jürgens. Wenn es Kommunisten gewesen wären, so hätten sie viel größere Zerstörungen vorgenommen. Die Angeklagte hat den Versicherungsbetrag beantragt, weil sie eben nicht imstande war, sich von ihren Kostbarkeiten zu trennen.

Der Angeklagte Jürgens selbst hat hier keine Hand im Spiel gehabt. Die Angelegenheit mit dem Drohbrief ist außerst verdächtig. Das Aufsuchen und Hinstellen der Büste, das Aufräumen am Tator legen direkt den Verdacht der Betrug-



Schleierung der Spuren nahe. In Pommern weiß jeder Bauer, daß, wenn Einbrüche vorkommen, der objektive Tatbestand bis zur Ankunft der Polizei gewahrt werden muß. Hier lag aber eine bewußte Verdunkelung des Tatbestandes vor. Jürgens hat aber auch seine Hände von vornherein im Spiel gehabt. Er hat die Schreidischtbladen einfach offen gelassen, bevor er ins Kasino gegangen war, damit seine Frau den Einbruch fingieren könnte. Deshalb hat er auf den Fragebogen, den er für die Versicherungsgesellschaft ausfüllen mußte, geschrieben: „Die Schlüssel waren im Schlafzimmer“, während er sie in Wirklichkeit mitgebracht hatte.

#### Der Kollberger Fall

bedeutet nur eine Doublette des Stargarder. Vernichtend ist hier für den Angeklagten die Pistole, die im April vorigen Jahres in der Nähe der Wohnung gefunden wurde. Der Angeklagte behauptet, er könne sich nicht entsinnen, wo die von ihm als gestohlen gemeldete Pistole gekauft worden sei. Das ist ein Unsinn. Natürlich weiß man, wo man Pistolen gekauft hat. Hat aber der Angeklagte die Einbrüche fingiert, so hat er sich der falschen Anschuldigung schuldig gemacht, indem er Unbeteiligte verdächtigt. Schlichtlich

#### Der Meinel des Angeklagten.

Bei seiner eidlichen Aussage, daß die Schmutzfäden der Frau bei den Einbrüchen gestohlen worden seien, steht ihm der § 157 zur Seite. Er hätte sich strafbar gemacht, wenn er eingestanden hätte, daß die Einbrüche nicht fingiert worden waren. Unwahr war aber seine Behauptung, daß er zwar wohl gewußt hätte, daß Kugel Schulden hinterlassen hatte, daß dieses ihm jedoch erst richtig be-

kanntgeworden sei, als die Klagen in seine Personalakten gelangten. In Wirklichkeit stammten aber alle diese Klagen aus Verbindlichkeiten, die nach dem Tode Kugels eingegangen waren. Ebenso unwahr war die andere Behauptung, daß er nicht gewußt habe, welche Forderungen von der Evaporator-Gesellschaft zu erwarten seien. Der veröffentlichte Briefwechsel hat ergeben, daß ihm dieses bekannt sein mußte. Endlich bedeutet sein Schreiben an den Reichsanwalt Reumann, in dem er seine Frau als Opfer der Kommunisten hinstellt, die bei ihr in Verbindung mit seiner dienstlichen Arbeitslosigkeit eingebrochen hätten und deshalb eine Entschädigung verlangt, einen verlustigen Betrag am Reichskassens.

Der Oberstaatsanwalt stellt dann die bereits gemeldeten Strafanträge.

Nach einer kurzen Pause hielt darauf als erster der Verteidiger RA Dr. Werthauer sein Plädoyer. Er warf dem Staatsanwalt vor, daß dieser die Aussagen der Zeugen in einer Weise verwende, die dem sonst Unschlüssigen widerspreche, nämlich er deute sie alle in einer dem Angeklagten ungünstigen Weise. Die Anklage könne nicht von Jürgens verlangen, daß er seine Unschuld an den Einbrüchen nachweise. Es sei Aufgabe des Staatsanwalts, den Nachweis für die Schuld des Angeklagten zu erbringen. Ebenso ungerichtlich erscheine die Anklage wegen Meinel. Es sei völlig unnötig anzunehmen, daß ein Richter, der sich selbst dahin geäußert hat, daß er seine Aussagen äußerst vorsichtig machen müsse, damit die Schwiegermutter nicht irgendwas einhalte, selbst einen Falschheid begehen würde, geschweige denn einen Meinel. Der Angeklagte sei freizusprechen. Die Plädoyers der übrigen Verteidiger folgen morgen.

## Die Forderungen der Berliner Metallarbeiter.

SPD. Das Berliner Metallartel hat in seiner Sitzung vom 3. März zu der Kündigung des Rahmentariffs Stellung genommen und folgende Forderungen dem Verband Berliner Metallindustrieller überreicht:  
1. 40-stündige Arbeitswoche; Überstunden sollen nur gemacht werden, wenn der Arbeitgeber mit der gesetzlichen Betriebsvertretung verhandelt und ein Einverständnis erzielt wird. Für diese Überstunden soll ein Zuschlag von 25 Prozent gezahlt werden. Für weitere Überstunden an den Wochentagen, die die im § 9 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 vorgesehene Höchstgrenze überschreiten und für Sonntagsarbeit soll ein Zuschlag von 50 Prozent gezahlt werden. Für alle Arbeiten, die im stehenden Arbeitsprozeß hergestellt werden, wird verlangt, daß die Akkordarbeit verboten wird. Ferner wird für alle im stehenden Arbeitsprozeß Beschäftigten eine Pause von zehn Minuten pro Stunde verlangt. In Bezug auf Urlaub wird gefordert, daß jeder, der drei Monate in einem Betrieb beschäftigt ist, Anspruch auf Urlaub hat. Der Urlaub soll betragen für die Arbeitnehmer, die drei Monate im Betrieb beschäftigt sind, drei Arbeitstage, über ein Jahr sechs Arbeitstage, über zwei Jahre sieben Arbeitstage, über drei Jahre acht Arbeitstage, über fünf Jahre zehn Arbeitstage, über sieben Jahre zwölf Arbeitstage und über zehn Jahre achtzehn Arbeitstage. Für die Akkordarbeit wird gefordert, daß bei Beginn der Arbeit sofort der Preis der Arbeit auf dem Akkordzettel verzeichnet sein muß. Bei der Festsetzung des Akkordpreises soll die Leistung eines Arbeitnehmers durchschnittlicher Leistungsfähigkeit und unter Zugrundelegung einer Arbeitsstunde von fünfzig Minuten als Berechnungsgrundlage dienen. In Zeitlohn müssen alle die Arbeiten hergestellt werden, die wegen ihrer Eigenart oder der damit verbundenen Lebensgefahr nicht im Akkord hergestellt werden können.

## Lohnabbau in der Zigarrenindustrie?

SPD. Die Reichstariifverhandlungen für die Zigarrenindustrie sind gescheitert. Der Reichsverband deutscher Zigarrenhersteller lehnte nicht nur jede Lohnherhöhung rundweg ab, sondern verlangte auch noch Lohnabbau. So sollten die Bezirkszuschläge für das Untermaingebiet um 50 Prozent und die für Hamburg, Lübeck, Schleswig-Holstein, Mecklenburg und die Regierungsbezirke Köln und Düsseldorf um 20 Prozent ermäßigt werden. Außerdem verlangten die Fabrikanten Lohnabbau für die Zigarillos-Arbeiter und Berücksichtigung der Ferienbestimmungen. Die Tabakarbeiter verlangen eine Lohnherhöhung um 10 Prozent und außerdem eine Abgeltung der Mißleistung, ferner Wiederherstellung des Achtstundentages und pro Jahr acht Tage Ferien.

## Wächung, Wäsche und Sticker!

Die Verhandlungen haben gestern vor dem Schlichtungsausschuß stattgefunden. Der Spitzenlohn wurde auf 48 Wfg. festgelegt und wird nächsten Lohnstag erstmalig zur Auszahlung gebracht. Akkordlöhne müssen der prozentualen Erhöhung entsprechend 9 Prozent Zuschlag erhalten.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband, Bezirks-Filiale Leipzig.

## Zunahme der Arbeitslosigkeit im sächsischen Zimmereergewerbe.

An den Erhebungen des Zentralverbandes der Zimmerer über die Arbeitslosenverhältnisse im sächsischen Zimmereergewerbe, Stichtag 26. Februar, beteiligten sich 26 Mitgliedschaften mit 15 773 Mitgliedern. Davon waren 6030 gleich 38,25 Prozent sämtlicher Mitglieder arbeitslos, gegen den letzten Stichtag im Vormonat eine Zunahme der Arbeitslosigkeit von 238 gleich 1,77 Prozent.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Wirtschaftsbezirksleitung Erfurt, teilt mit, daß die Lohnverträge für die Staatsarbeiter in Thüringen und für die Gemeindearbeiter in der Provinz Sachsen und in Thüringen gekündigt worden sind.

Die Verkehrsarbeiter von Groß-Hamburg haben den Tarifvertrag sowie das Lohnabkommen zum 31. März gekündigt und gleichzeitig Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit unter Gewährung einer Lohnherhöhung und Neuregelung der Urlaubszeiten eingereicht. Da die bis jetzt zwischen den beiden Organisationen (Deutscher Verkehrsverband und Hochbahn u. G.) geführten Verhandlungen zu keinem Ergebnis geführt haben, so wurde beiderseits beschlossen, die Angelegenheit dem Hamburger Schlichter zu übergeben.

# 200 000 Textilarbeiter im Streit.

## Zum Streit in Polen.

WTB. Warschau, 9. März.

Der größte Teil der Textilarbeiterchaft von Lodz und seiner weiteren Umgebung ist gestern in den Ausstand getreten. Man schätzt die Zahl der streikenden Arbeiter in Lodz allein auf 80 000. Auch in Zyrardow, Bielitz und Kattowice ruht die Arbeit in einem Teil der Textilfabriken. Hingegen wird in der Textilindustrie von Warschau und Blaschke normal gearbeitet. Zu Ruheörungen ist es nirgends gekommen.

T. L. Der Streit in der polnischen Textilindustrie ist von den drei Arbeiterverbänden Polens, dem sozialistischen Arbeiterverband, dem national-polnischen und dem christlich-demokratischen Arbeiterverband, mit bemerkenswerter Einstimmigkeit beschlossen und durchgeführt worden, nachdem die Lohnherhöhungsforderungen der Arbeiter durch die Industriellen rüchlos zurückgewiesen worden sind.

Die Arbeiter hatten eine 20prozentige Erhöhung der bestehenden Löhne verlangt und bewachten dadurch einen annähernden Ausgleich ihres Verdienstes mit der seit der letzten Lohnherhöhung um über 30 Prozent gestiegenen Löhnerhöhung. Die Industriellen schlagen statt dessen eine Erhöhung von 0,5 bis 6 Prozent vor, die sich jedoch nur auf diejenigen Arbeiter beziehen sollte, deren Tagesverdienst den Betrag von 5 Zloty (ungefähr 200 Wfg.) nicht überschreitet. Die Vertreter der Arbeiter wiesen jedoch diese Vorschläge zurück und antworteten mit der Proklamation des Streiks. Auf dem Gebiet der Stadt Lodz wird der Streit durch eine Aktion der Angestellten der gemeinsamen Betriebe unterstützt, und die in der Textilindustrie beschäftigten Bureauangestellten sind ebenfalls in den Ausstand getreten.

Im Laufe der letzten Monate haben bereits wiederholt Lohnbewegungen unter der polnischen Arbeiterchaft, besonders in der Textilindustrie, stattgefunden; doch haben sich die Arbeiter bisher stets mit Kompromissen und halben Zugeständnissen ablassen lassen, weil sie den Versicherungen der Regierung, die eine energische Bekämpfung der Teuerung und weitgehendsten Schutz der sozialen Einrichtungen versprochen, Vertrauen entgegenbrachten. In der Tat war die Regierung, die im Mai 1923 aus Ruher kam, kraft ihrer besonderen Stellung durchaus in der Lage, einen Druck auf die Industrie auszuüben, und sie fand daher zum Anfang Unterstützung der arbeitenden Klassen, denen sie nicht zuletzt ihre Existenz zu verdanken hatte. Aber es zeigte sich allmählich, daß die Regierung ihre Machtposition in ganz entgegengesetzter Richtung ausübte und bestrebt war, die Großindustrie und die Großgratier durch entsprechende wirtschaftliche und soziale Politik für sich zu gewinnen.

So trägt sich die Regierung schon längst mit der Wächung, dem Drängen der Unternehmer auf Abschaffung des 8-Stunden-Arbeits-tages und anderer mißsam erklärter sozialer Einrichtungen nachzugeben, und es kostet den Vertretern der Arbeiter im Parlament umgabar Mühe, diese tagtäglich erneuerten Angriffe abzuwehren. Denn noch zögert die Regierung Willkür, sich offen zu der Rechte zu bekennen, wenn ihre Taten auch schon längst von reaktionärem Geist erfüllt sind — und die Zeit ist nicht fern, wo Willkür keine Macht, die er mit Arbeiterblut im Namen der Demokratie erlangt hat, auf die Reaktion und die Unternehmer stützen wird. Der Streit, der jetzt in der Textilindustrie ausgebrochen ist, ist ein deutlicher Beweis für die Vereinfachung der Arbeiter, ihre Forderungen trotzdem durchzusetzen.

WTB. Lodz, 10. März.

Der Streit der Textilarbeiter hat sich gestern auf den ganzen Lodzer Kreis ausgedehnt. Schätzungsweise werden heute über 160 000 Arbeiter. Auch die Arbeiter der Textilindustrie von Biela und von Bielitz haben sich dem Streit angeschlossen. Hier dürften etwa 40 000 Arbeiter die Arbeit bereits niedergelegt haben. Verhandlungen sind einstweilen nicht zu erwarten, da die Arbeitgeber Zugeständnisse verweigern.

## Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund

hat gemeinsam mit den Organisationen der am Reichstariifvertrag beteiligten Behörden-Angestellten (WfA-Bund, Gesamtverband der deutschen Angestellten-Gewerkschaften, Gewerkschaftsbund der Angestellten) die Forderungen der Beamtenchaft dem Reichstag in einer ausführlichen Eingabe unterbreitet. Die Bezüge der Beamten sind, wie in der Eingabe betont wird, abgesehen von der Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses, die die eingetretene Mietssteigerung aber nicht ausgleich, seit Dezember 1924 auf der gleichen Höhe geblieben. Die Steigerung der Lebenshaltungskosten beträgt nach dem Reichsindex vom Dezember 1924 bis Februar 1927 7,35 Prozent. In dieser Zeit kommen jedoch die wirklichen Verhältnisse nicht ausreichend zum Ausdruck. So sind im Laufe des Jahres 1926 in Berlin die Kleinhändlerpreise bei Brot um 10,5 Prozent, Erbsen um 63 Prozent, Kartoffeln um 21,4 Prozent, Rindfleisch um 4,8 Prozent, Hammelfleisch um 10,8 Prozent, Zucker um 16,1 Prozent, Milch um 11,5 Prozent gestiegen. In derselben Zeit stieg die Wohnungsmiete im Reich durchschnittlich um 15,2 Prozent. Das Gehalt eines ledigen Beamten der Besoldungsgruppe 3 (Anfangsgehalt) betrug im Januar 1927 im Vergleich mit der Vorkriegszeit nur noch eine Kaufkraft von 65,8 Prozent, Besoldungsgruppe 3 (Endgehalt) 60,3 Prozent, Besoldungsgruppe 5 (Anfangsgehalt) 68,5 Prozent (Endgehalt) 65,8 Prozent, Besoldungsgruppe 7 (Anfangsgehalt) 80,4 Prozent, (Endgehalt) 61 Prozent.

Angesichts der geschilderten Verhältnisse wird der Reichstag ersucht, bei der Beschlußfassung über § 11, Absatz 2 des Gesetzes vom 1. März 1927 eine Erhöhung des Zulags zum Grundgehalt für die unteren und mittleren Gruppen (I—IX) in der Weise vorzunehmen,

daß für die genannten Beamtengruppen eine sichtbare Erleichterung ihrer wirtschaftlichen Notlage und eine Annäherung an die Vorkriegsleistung der Gehälter eintritt. Zur Angleichung des Wohnungsgeldzuschusses an die Mietsteigerung wird eine Erhöhung des zur Auszahlung gelangenden Betrags des Wohnungsgeldes um über 25 Prozent über die Tarifhöhe gefordert.

## Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Am 5. März tagte in Chemnitz eine Konferenz von Ortsgruppen des Reichsbundes der Beamten und Angestellten öffentlicher Betriebe (RBA), Mitgliedschaft im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Die stark besuchte Konferenz nahm mit hohem Interesse die Mitteilung entgegen, daß seit Gründung des Reichsbundes seine Mitgliederzahl um 60 Prozent zugenommen habe. Damit sei der Beweis erbracht, daß der Gedanke des Zusammenschlusses der Beamten, Angestellten und Arbeiter in eine gemeinsame große und leistungsfähige Organisation marschiere. Nach einem großzügigen Referat des Reichsbundleiters, Kollegen Lehn (Berlin) sprach sich die Konferenz für bestmögliche Errichtung eines Landessekretariats für den RBA, aus, um durch weiteren Ausbau der Organisation die Interessen der Beamten und Angestellten noch wirksamer vertreten zu können. Durch die erfolgte Wahl des Landesauschusses des RBA, haben die bereits bestehenden Ortsgruppen schon den ersten Schritt zur Schaffung des Landessekretariats getan. Bei weiterer treudriger und tatkräftiger Mitarbeit der Kollegenschaft selbst, sowohl in der Agitation als auch im Ausbau der Beamtengewerkschaft, ist der weitere Aufstieg des RBA verbürgt.

Nach Erörterung des Besoldungsproblems wurde folgende Entschlieung einstimmig angenommen: Bezüglich der Erhöhung der Besoldungsbezüge und hinsichtlich der Arbeitszeit erklärt die Konferenz, daß die dazu gestellten Anträge des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes an die Reichsregierung das richtige treffen. Sie erklärt ferner, daß eine gleichmäßige Dauererhöhung der Gehälter der unteren und mittleren Beamten unbedingt erforderlich und nicht länger hinauszuschieben ist, wenn die Reichsregierung nicht das Odium auf sich laden will, die Beamtenschaft noch weiter zu brüskieren, dem Artikel 151 der Reichsverfassung zum Trotz. Die Konferenz richtet an die gesamte Beamtenschaft und Angestelltenchaft der öffentlichen Verwaltungen und Betriebe den Appell, sich zusammenzuschließen in der freien Gewerkschaftsbewegung, Seite an Seite mit den Arbeitern.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns mitgeteilt: Die Tarifverhandlungen für die kaufmännischen Angestellten des Großhandels in Leipzig sind gestern gescheitert. Die Verbände haben den Schlichtungsausschuß angerufen.

# Talent zum Erben



glaubt jeder Mensch zu haben. Wenn es aber dahin kommt, und die Erben um den Notar herumsitzen, halb noch betäubt, halb erwartungsvoll gespannt, da können Überraschungen erlebt werden. Mancher Reichtum wird da zu Seifenblase, von mancher Goldkante bleibt nichts als ein trauriger Inflationsrest. Kommt aber des Glückes Füllhorn angefaßt, drängen sich gleich Tausende von Mitgiftjägern herzu, und Brichte werden zu Verschwendern und Verprasern. Dem Schicksal der Testamentsöffnung bleibt jeder gewachsen, der

## Greiling-Schwarz-Weiß zu 4 S caucht.

Zum Erben muß man noch wiser sein, als zum Sterben. Der edle Genuß einer so vollkommenen und gepflegten Marke wie Greiling-Schwarz-Weiß aber macht weltüberlegen, befornnen und waise. Durch den Genuß einer so stilvollen und persönlichen Zigarette wie Greiling-Schwarz-Weiß ist man vor Überraschungen bei diesen und bei allen anderen Gelegenheiten geseit.



### Landesverratsprozesse.

Der vierte Straffenat und der fünfte Straffenat des Reichsgerichts liegen miteinander in edlem Wettstreit. Verblüfft der vierte Senat die staunenden Zeitgenossen jede Woche mit einer neuen Variante des Feldzuges gegen die Freiheit der Literatur, so löst der fünfte Senat jede Woche mindestens einen armen Schüler, der sich entweder mit einem Reichswehrsoldaten oder mit einem Franzosen oder Belgier in ein Gespräch einließ, auf viele Jahre hinter Zuchthausmauern verschwinden. Dieser Tage spielten sich gleich zwei längere Verhandlungen wegen Landesverrats vor dem Reichsgericht ab.

Der erste Fall. Der Polizeiwachtmeister Reul verkehrte in Wiesbaden oft mit französischen Offizieren. Natürlich unterhielt man sich auch über militärische Verhältnisse. Im Herbst 1925 wohnte Reul den Manövern der Reichswehr in Thüringen bei. Er gab sich als Kriminalbeamter der Heeresverwaltung aus und suchte angeblich nach Spionen. Nach Wiesbaden zurückgekehrt, gab er seinen französischen Freunden eine Karte des Manövergeländes und einen Manöverbericht, da sie dafür Interesse zeigten. Weiter erfährt man nichts, da sich die Verhandlung hinter verschlossenen Türen abspielte. Ein Major vom Reichswehrministerium war als Sachverständiger erschienen. Der Angeklagte, der Deutschnationaler und Stahlhelmmann ist, will an den Manövern nur als Schlachtenbummler teilgenommen haben. Trotzdem der Reichsanwalt nicht nachweisen konnte, welcher Art die den Franzosen übermittelten Aufzeichnungen seien, beantragte er die ungeheuerliche Strafe von 10 Jahren Zuchthaus! Der Senat verurteilte den Beamten zu 7½ Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrenrechtsverlust und lebenslänglicher Stellung unter Polizeiaufsicht wegen — verjüngten Verrats militärischer Geheimnisse!

Das folgende Landesverratsverfahren richtete sich gleich gegen vier Arbeiter. Der eine von ihnen, der 40 Jahre alte Weilkämper, ist nicht zurechnungsfähig. Schon als Kind hat er die Schule wegen Schwachsinn verlassen müssen, ohne die erste Klasse zu erreichen. Allerdings glaubte der Gerichtsvollzieher, daß der Paragraph 51 in diesem Falle nicht angewendet wäre. Weilkämper hat bei der französischen Regie einen leichten Dienst als Schaffner versehen, mit den Franzosen und Belgiern stand er sich sehr gut. Wie er erklärte, sei er veranlaßt worden, mit den Franzosen und Belgiern einen Friedensbund gegen den Stahlhelm, der eine Gefahr für die Bevölkerung wäre, zu bilden. Nun habe er für diese Gründung Anhänger gewonnen und das lege die Anklage als Landesverrat aus. Die ganze Sache sei sehr harmlos. So harmlos ist es allerdings nicht gewesen. Weilkämper ist dem französischen und belgischen Spionagedienst in die Hände gefallen, der durch ihn, den Schwachsinnigen, Bekanntschaften vermittelt haben wollte. Der Schriftsetzer Schuchard soll versucht haben, im Jahre 1925 Nachrichten, die im Interesse der Landesverteidigung geheim zu halten waren, an einen Franzosen weiterzugeben. Er ist wie der dritte Angeklagte Essers durch Weilkämper mit Franzosen bekannt gemacht worden. Das war auch kein Wunder, weil er ebenfalls bei der Regie beschäftigt war. Man kann ihn nicht beschuldigen, irgendwelche Nachrichten an französische Spione weitergegeben zu haben. Der vierte Angeklagte, der 50 Jahre alte Invalide Heinrich Peters, erscheint am schwersten belastet. Er soll von 1921 bis 1925 in München-Gladbach ununterbrochen vollendeten Landesverrat verübt haben, indem er wichtige Nachrichten über Reichswehr, Polizei und Wehrverbände den Franzosen ausliefern. Dabei ist Peters selbst eine Militärvereinsfunktion und Ehrenmitglied vieler Kriegervereine. Doch sprach man Peters zum Teil frei, zum anderen Teil stellte man gegen ihn aus formaljuristischen Gründen das Verfahren ein. Essers erhielt 10 Monate Gefängnis, Schuchard 1 Jahr 9 Monate Zuchthaus, 5 Jahre Ehrenverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Der Schwachsinnige Weilkämper wurde wegen verjüngten Verrates militärischer Geheimnisse zu 3 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrenrechtsverlust und lebenslänglicher Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt!

Am Freitag findet vor dem 5. Straffenat schon wieder ein Landesverratsprozeß statt.

### Polizeinachrichten

**Unbekannter Toter.** Am 9. März früh wurde in der Nähe des Bahnhofs Anauthain die Leiche eines unbekannten Mannes gefunden, der sich ohne Zweifel durch einen Eisenbahnzug hat überfahren lassen. Man fand bei dem Toten eine schwarze Mantelfahe, sechs Schlüssel an einem Ring und eine Geldbörse mit 12 Pfennigen. Bekleidet war er mit einem braunen Jackett, ebensolcher Hose, schwarzer Strickjacke mit grünem Kragen, schwarzwollenen Strümpfen, Leinwandhemd, Tricotunterhose und braunen Schuhen. Es handelt sich um einen etwa 21 bis 24 Jahre alten schwächlichen bartlosen Mann mit länglichem Gesicht und dunkelblondem Haar. Angaben über den Toten werden schnellstens an das Polizeipräsidium erbeten. Seine Kleidungsstücke befinden sich in der Anatomie.

**Wer vermag Angaben zu machen?** Am 25. Februar, kurz vor 12 Uhr nachts, ist ein Kraftwagen auf einen Hausen Steine gefahren, der, ohne beleuchtet zu sein, vor dem Grundstück Schachstraße 1 lag. Es wurde festgestellt, daß dort zwar an einem Eisenstab eine große Laterne angebracht war, die aber nicht brannte. Wenige Zeit später war sie von dort entfernt worden. Dem Eigentümer des Kraftwagens ist durch das Auffahren auf den Steinhäufen ein Schaden von etwa 180 M. entstanden. Das Kriminalamt bittet Zeugen des Vorfalls sowie solche, die über den Verbleib der Lampe — eine Laterne mit großen runden Scheiben — Angaben zu machen vermögen, sich recht bald zu melden.

Unser, wieder sehr billige Preise bietendes

# Lebensmittel

Angebot soll unseren Kunden zur Orientierung dienen und den Hausfrauen, welche noch nicht unsere Kunden sind, zeigen, welche Ersparnisse sich beim Einkauf in unserer Lebensmittel-Abteilung erzielen lassen. Dieselbe ist auf das Modernste eingerichtet (eigene Kühlanlagen), wird von ersten Fachleuten geleitet und bietet durch große Umsätze die Gewähr, daß die Käufer stets frische Waren erhalten.

### Kolonialwaren

Perlböhen . . . . . Pfd. 18	Mischobst getrockn. Pfd. 80 70 58
Schokoladenpulver . . Pfd. 90	Ringäpfel . . . . . Pfd. 70
Grüne Erbsen . . . . . 3 Pfd. 95	Prünellen . . . . . Pfd. 1.20
Linsen . . . . . 3 Pfd. 85	Sultaninen . . . 1 Pfd. 1.00 78 55
Haferlocken . . . . . 4 Pfd. 95	Kokosnuß geraspelt . . Pfd. 60
Pflaumen getr. . . . . 3 Pfd. 1.00	Mandeln süß und bitter Pfd. 2.20

### Wurstwaren

Berliner Blutwurst . . Pfd. 80	Speck fett. geräuchert . . Pfd. 1.10
Hallische Leberwurst . Pfd. 80	Salamiwurst . . . . . Pfd. 1.75
Hausmacher-Sülze . . Pfd. 95	Cervelatwurst . . . . . Pfd. 1.90
Mecklb. Knackwurst . Pfd. 1.20	Nuß-Schinken . . . . . Pfd. 1.95

### Konserven

Gewürfelte Karotten . . 1/1-kg-Dose 38	Gemüse-Erbsen . . . . . 65
Wirsingkohl . . . . . 32	Erbsen mit Karotten . . . . . 70
Weißkohl . . . . . 32	Dicke Bohnen . . . . . 75
Spinat . . . . . 48	Prinzebohnen . . . . . 95
Kohlrabi . . . . . 48	Erbsen fein . . . . . 1.35
Schnittbohnen . . . . . 65 50	Kaiserschoten . . . . . 1.65

Pfifferlinge . . . . . 1/1 Dose 88

### Schokolade und Konfitüren

Vollmilch-Schokolade . . 3 Tfl. & 100 gr 95	Vollm. Blockschokolade . . 1-Pfd.-Block 1.40
Milchnuß-Schokolade . . 3 Tfl. & 100 gr 95	Pralinen . . ca. 1/2 Pfd. Kart. 55
Schmelz-Schokolade . . 3 Tfl. & 100 gr 95	Pralinen . . ca. 1 Pfd. Kart. 1.05
Speise-Schokolade . . 3 Tfl. 85	Husten-Mischung . . Pfund 70
Block-Schokolade . . 1-Pfund-Block 95	Blockmalz . . . . . Pfund 70
	Bonbon-Melange . . Pfund 60
	Keksbruch . . . . . Pfund 60

Creme-Schokolade . . . . . 5 Tfl. & 100 gr 95

Blutapfelsinen . . . . . 10 Stück 60

Rindertalg Pfund 60

Tafelreis . . . . . 4 Pfund 1.00

Molkereibutter 1/2 Pfd. 95

Feinste Molkereibutter 1/2 Pfd. 1.00

Frische Eier 10 Stk 1.05 90

Vollreis, 5 Pfund 1.00

Amerik. Schmalz, 1 Pfd. 78

Coros Speisefett, 1 Pfd. 57

Margarine 1 Pfd. 65, 54, 50

Alpenmilch undezuck. 4 Ds. 95

Cassler-Rippenspeer, 1 Pfd. 1.45

Braunschw. Mettwurst per Pfd. 1.65

### Kolonialwaren

Erbswürste . . . . . Stück 10	Kaffee gebrannt . . 1/2 Pfd. 1.30 1.20
Eierschnittnudeln . . . Pfd. 45	Perikaffee gebrannt . . 1/2 Pfd. 1.40
gebr. Malzkaffee . . . Pfd. 28	Feinsle gebr. Kaffees 1/2 Pfd. 1.70
Harigriß-Makkaroni . . 1-Pfd. 50	Tee ausgewogen . . . 1/2 Pfd. 95
Korn gebrannt . . . . Pfd. 24	Ceylon-Tee ausgewog. 1/2 Pfd. 1.25
Gierle gebrannt . . . . Pfd. 26	Kaiserauszugmehl 1/2-Pfd.-Bl. 1.30

### Diverse Käse

Frühstückskäse 3 Stück . . 50	Steinbuscher Käse Vollfett . . Pfund 95
Limburger Käse . . . Pfund 65	Emmentaler . . . . . Schachtel 95
Tilsiter Käse halbfett, Pfund 95	Schweizerkäse . . . . . Pfund 1.40
Dän. Gouda halbfett, Pfund 95	Harzer Käse . . . . . Kiste 1.18

### Delikatessen

Kronen-Sardinen 1/2-Ltr.-Dose 48	Appetit-Sild . . . . . Dose 95 60
Rollmops . . . . . 1/2-Ltr.-Dose 48	Heringsfiletstücke 1 Remoul. Dose 1.00 60
Delikatess-Heringe 1/2-Ltr.-D. 48	Salzgurken . . . . . 2-Ltr.-Dose 1.90
Odensenmaulsalz 1 Pfd.-Dose 75	Essiggurken 2-Ltr.-Dose 2.45 1-Ltr.-Dose 1.75
Andovis . . . . . 1 Pfd. 1.95	Königskrebse . . . . . Dose 2.60
Sardinen in Öl 1 kg-Dose ca. 38 Flasche . . . . . 2.75	Aalbricken . . . . . Dose 1.25

Bratheringe . . . . . 1 Ltr.-Dose 65

### Früchte — Konserven

Apfelsmus . . . . . 1/2-kg-Dose 65	Kirschen mit Stein . . . . . 1.35
Pflaumen mit Stein . . . . . 75	Mirabellen . . . . . 1.40
Birnen weiß . . . . . 95	Erdbeeren . . . . . 1.45
Gem. Früchte . . . . . 95	Pflirsche . . 1/2 Frucht, geschält 1.95
Preißelbeeren . . . . . 1.20	Aprikosen . . . . . 1/2 Frucht 1.95
Reineclauden . . . . . 1.25	Hawai-Ananas in Scheiben Dose 1.90 1.75 1.60 1.10 75 60

Messina-Blutapfelsinen	Kiste 80 Stück 11.00	Kiste 100 Stück 11.00	Kiste 150 Stück 11.00	Inhalt
------------------------	----------------------	-----------------------	-----------------------	--------

Zitronen . . . . . 10 Stück 65 45

Erdbeer-Konfitüre 1.45

Rhein. Apfelkraut 2.50

# ALTHOFF

Besuchen Sie unseren Erfrischungsraum // Wir liefern Torten und feines Gebäck frei Haus



Leipziger Angelegenheiten

Leipzig, 10. März.

Wer kennt sie?

Wenn man heute das gelbe Haus des Polizeipräsidenten in der Wackerstraße aus zivilen Gründen ansuchen muß, geht man nicht mehr mit so gemischten Gefühlen hin wie in den wilhelminischen Zeiten.

Aber trotzdem nimmt selbst der flüchtige Besucher aus dem Polizeipräsidium einen Eindruck mit, der ihn mit bildhafter Schreilichkeit auf die Unhaltbarkeit unserer Gesellschaftsordnung hinweist.

Und die Antwort wäre so einfach. Hinter den unglücklichen Opfern und den arbeitslosen Schwächern, die von der Polizei fotografiert, gemessen und laut ihrer Fingerabdrücke festgesetzt wurden.

Wer also ist es? Die Gesellschaftsordnung, die den ungeheuren Gegensatz zwischen Reichtum und Armut mit allen Mitteln aufrecht erhält.

Eröffnung der Leipziger Siedlungswoche.

In Verbindung mit der Baumesse findet vom 9. bis 11. März eine Leipziger Siedlungswoche statt, die vom Rat der Stadt Leipzig und dem Magistrat mit Förderung durch den Deutschen und Preussischen Landvolktag die Kommunale Vereinigung für Wohnungswesen, den Reichsverband der Wohnungsfürsorgegesellschaften, den Reichsstadtebund, den Sächsischen Gemeindegewerbe- und Handwerksverband, den Sächsischen Bauernverband und andere Körperschaften veranstaltet wird.

Die Siedlungswoche wird bereichert durch die Internationale Städtebauausstellung in Halle 7 auf der Technischen Messe. Die Schau enthält ein reiches Material über Wohnungsbau und Siedlung aus vielen Ländern.

Gestern wurde die Siedlungswoche im Festsaal des Zoo mit einem Begrüßungsabend eröffnet. Bürgermeister Dr. Hofmann begrüßte die erschienenen Gäste. Die Siedlungswoche habe, so führte er aus, ihren Mittelpunkt in der internationalen Städtebauausstellung.

Mann der Arbeit, aufgewacht...!

Der Genosse Kunft aus Wien sprach gestern im Volksbause über die politischen Aufgaben der Arbeiterklasse. Gestützt auf ein umfangreiches Wissen über die revolutionären Kräfte, so wie auf eine reiche Erfahrung in revolutionären Kämpfen, legte er dar, daß das Proletariat der mitteleuropäischen Länder es nach dem militärischen Zusammenbruch wohl verstanden hat, die es behindernden politischen Schranken beträchtlich abzubauen, nun aber stehe es vor der Aufgabe, auch die ökonomischen Schranken niederzulegen.

Die Voraussetzungen der Eroberung der Macht.

Genosse Kunft wandte sich besonders der Frage zu, unter welchen Voraussetzungen die Ablösung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch die sozialistische erfolgen könne. Marx habe sich dies so vorgestellt: Wenn sich einmal alle Produktivkräfte der kapitalistischen Gesellschaft entwickelt haben, wenn der überwiegende Teil der gesellschaftlichen Arbeit nicht mehr für die landwirtschaftliche, sondern für die industrielle Produktion geleistet wird, wenn die Produktion des Handwerkers abgelöst sei durch die technisch höchst-perfekte, aus-mächtigste konzentrierte-Produktions- und Betriebsorganisation, dann habe auch die letzte Stunde des Kapitalismus bald geschlagen.

In Deutschland war durch seine hohe industrielle Entwicklung die Voraussetzung zu einer hegemonischen proletarischen Revolution vorhanden. Da entsetzte die Frage, unter Einfluß welcher Kräfte diese Möglichkeit voran, erfüllt oder aufgehoben wurde. In Österreich ist gegenwärtig die Sozialdemokratie auf dem Wege, die politische Macht zu erobern.

Einfach dadurch, daß ihre politische Organisation ständig und rapid gewachsen ist. 1919 hatte die österreichische Sozialdemokratische Partei 332 000 Mitglieder. Diese Zahl stieg ständig und stellte sich 1923 auf 592 000. Bei vier Millionen Einwohnern 600 000 sozialistisch organisierte Arbeiter, das sei eine Machtentfaltung, die dem Bürgertum Schreden einjage.

Lehrerwahlen zum gemischten Schulausschuß.

Der Neue Sächsische Lehrerverein anerkennt seine Schwäche. Die Leipziger Volksschullehrer wählten am Mittwoch ihre Vertreter zu dem gemischten Schulausschuß. Die Liste des Leipziger Lehrervereins erhielt 1008 Stimmen. Wählerrechtig waren 1781 Lehrer, rund 500 weniger als bei der letzten Wahl im Februar 1924.

Das Wahlergebnis beweist, daß die Leipziger Volksschullehrerschaft trotz der Hülmannschen Broschüre und der Neujahrsrede des Oberbürgermeisters sich zu dem Schulschritt bekennt. Die Leipziger Volksschullehrer haben durch diese Wahl dem Leipziger

gegen, wo im Jahre 1919 bei den Wahlen zur Nationalversammlung 13 Millionen sozialdemokratischer Stimmen abgegeben wurden, ging diese Zahl 1920, wenn wir SPD, USV und KPD zusammen betrachten, auf 10 Millionen zurück und ist auch nie wieder darüber hinausgegangen. 1919 sind die Wähler in dem Gefühl, daß ausgedrückt werden müsse, zur Sozialdemokratie gegangen. Aber statt zu versuchen, diese Wähler durch Erfüllung ihrer Wünsche zu halten, entbrannte in der deutschen Arbeiterklasse der Kampf darüber, wer den richtigen Ring in Händen, wer die richtige Auffassung über die Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft hat.

Diktatur oder Demokratie?

Die Frage: Diktatur oder Demokratie, ist nicht abhängig von theoretischen Erwägungen. Eine Revolution muß eine gewisse Zeit hindurch diktatorisch vorgehen, aber wenn sie ihre eigenen Geleise geschaffen hat, hört sie auf, Diktatur zu sein. Lediglich habe, wie Genosse Kunft ausführlich darlegte, die russische Revolution unter veränderten Verhältnissen daselbst getan, was die französische Revolution von 1789 und die deutsche Revolution von 1848 leistete; sie habe den Bauern Land gegeben. Dadurch wurden 22 Millionen bäuerlicher Privatwirtschaften geschaffen. Das ist ein Wert von größter gesellschaftlicher Bedeutung.

Die Vollmachten der Revolution.

Genosse Kunft schloß: In Österreich steht die Sozialdemokratie unantastbar vor der Machtergreifung, weil dort die Arbeiterklasse einzig in einer einzigen Partei, der Sozialdemokratie, und einzig in den Gewerkschaften organisiert ist. Wenn die deutsche Arbeiterklasse die Kraft haben wird, ihre inneren Gegensätze zu überwinden, wird sie noch weit mächtvoller sein, als die Arbeiterklasse Österreichs. In einem Beispiel aus der englischen Revolution des 17. Jahrhunderts zeigt Genosse Kunft, worauf es ankommt. Ein Offizier erscheint beim König, um ihn, der vom Volke zum Lohndiener herabgestiegen war, zum Schafot zu führen. Der König fragt: Wo sind Ihre Vollmachten? Der Offizier geht aus Fenster, zeigt auf das Volk und die draußen stehenden Soldaten und antwortet: Das sind meine Vollmachten. Die Vollmachten der Revolution sind die ungeheuren Massen, die ungezählten Millionen der Arbeiter. Wenn die Arbeiterklasse einzig dasteht, wird die kapitalistische Gesellschaft ebenso zum Schafot geschleppt werden, wie jener englische König.

700 000 Versicherungen bei der Volksfürsorge.

Jeder 90. Deutsche ist bei der Volksfürsorge versichert; denn unter gemeinschaftlich-genossenschaftlichen Unternehmen hat sich schon wieder einen Bestand von über 700 000 Versicherungen. Das ist immerhin ein achtbarer Erfolg, besonders, wenn berücksichtigt wird, daß die Volksfürsorge überhaupt erst seit 1913 besteht und die Kriegs- und Inflationszeit außerordentlich hemmend wirkte. Im Januar d. J. wurden mehr als 23 000 Versicherungen abgeschlossen, und das Februar-Ergebnis wird noch besser werden. Wenn die Entwicklung der Volksfürsorge so weiter geht, wird das Verhältnis der Bevölkerungsziffer des Deutschen Reiches zur Anzahl der bei der Volksfürsorge Versicherten bald ein ganz anderes sein, und zwar ein viel günstigeres. Auf dem Gebiete der Volksober-

LASSI UNS WERBEN FEIER MIT FILM: MIT UNS DAS VOLK MITWIRKENDE: SÄNGERCHORE, REZITATIONEN SPRECHERIN: GENOSSIN KÄTE LEU, DANZIG STUNDEN SPD. GROSS-LEIPZIG



# Wo ruft die Pflicht?

## Maikomitee.

Die Sitzung des Maikomitees findet heute abends 8 Uhr im Volkshaus, Zimmer 3, statt.

## Funktionäre.

**Connewitz.** Sonnabend, den 12. März, abends 8 Uhr in der Bibliothek Vortrag für Funktionäre. In Anbetracht der Wichtigkeit ist es unbedingt Pflicht jedes einzelnen, zu erscheinen.

**Sitzung.** Die Sitzung findet nicht im Gasthof, sondern Karl-Düring-Strasse 8. II. pünktlich 1/8 Uhr statt.

**Schönefeld.** Morgen Freitag, den 11. März, abends 8 Uhr, wichtige Funktionärsitzung im Restaurant zur Börse, Stettiner Straße Umtausch der Funktionärskarten.

**L. D. H.** Die Programme für die Frauenfeierstunden müssen unbedingt bis Sonntagabend in der Filiale der Leipziger Volksgesellschaft abgerechnet sein.

## Schule.

**Elternräte der Volksschulen.** Morgen Freitag, 8 Uhr im Roten Saal der Rheinold-Festhalle. Wichtige Besprechung. Die Vertrauensleute der Lehrer sind einzuladen.

**Kinder der Jugendweibe der 48. Volksschule.** Zur Fahrt nach Großschönau (Naturfreundebaus) treffen wir uns am Sonnabend, dem 12. März, nachmittags 1/2 5 Uhr, in der Vitrine des Hauptbahnhofs. Die Eltern sind eingeladen. Nach nicht gemeldete Kinder können sich Freitagabend einfinden bei Scheller, Kabisstrasse 8, I. z. Eltern, laßt eure Kinder nicht fehlen! Die Leitung.

## Gemeinschaft Kinderfreunde.

**Stünzer Musikgruppe.** Nicht nur die Stünzer Helfer, sondern alle, die Instrumente spielen, kommen am Freitag zum Üben. Treffen 8 Uhr Ecke Gustav-Freitag- und Eisenstraße.

## WSJ.

**Bibliothekskonferenz** heute Donnerstag 1/8 Uhr Mittelsaal. **Kursus Rader** heute 7 Uhr Realschule, Wundtstraße 2a. **Sprechstunde** heute abend 1/8 Uhr in der 1. Volksschule, Vetsallogistraße 4.

## Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

**Gen. Leipzig.** Am Sonnabend, dem 12. März, nachmittags 5 Uhr, in der Geschäftsstelle, Gellertstraße 7/9, Treppe U. III. Stod. **Reiseleiterbesprechung.** Tagesordnung: Jahresprogramm Am Sonnabend, dem 19. März, in Leipzig, Volkshaus, Zeiser Straße 32: **Konferenz der Spielleiter der Spielmannszüge.** Jede Ortsgruppe mit Spielmannszug muß vertreten sein. **Abteilung IV.** Sonnabend, den 12. März 1927, Übungsabend. Zeit und Ort durch die Ausfühler.

## Mitglieder-Beranstaltungen

**Vorsdorf.** Freitag, den 11. März, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Feldblöschchen. 1. Bericht vom Unterbezirksparteitag. 2. Mitarbeiter.

Sicherung ist jetzt unsere Volkswirtschaft führend. Die freien Gewerkschaften und Genossenschaften können stolz auf ihr Werk sein, das einst vor der Gründung bzw. in seinen Anfangsjahren von allen Seiten so bitter bescholten wurde — und auch heute noch genug Gegner hat.

## Macht und Ohnmacht des Proletariats.

### Wochenendkursus für Funktionäre und Betriebsobleute.

Am Sonnabend, dem 12. März, abends 8 Uhr, und Sonntag, dem 13. März, vormittags 10 Uhr, wird der Genosse Kuntz aus Wien, der ehemalige Volkskommissar in Ungarn, über das in der Ueberstrich umrissene Thema sprechen. Er wird dabei folgende Unterthemen behandeln:

1. Die zahlenmäßige Kraft des Proletariats.
2. Seine Stellung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.
3. Die geistigen und moralischen Voraussetzungen proletarischen Aufstiegs.
4. Die geschichtliche Stellung der russischen Revolution.
5. Warum gibt es in Österreich keine kommunistische Bewegung?
6. Warum gab es in Ungarn eine Rätediktatur?
7. Die geschichtliche Stellung der deutschen Revolution.
8. Der proletarische Klassenkampf in Westeuropa.
9. Die falschlichen Methoden des kapitalistischen Klassenkampfes.
10. Der Kampf um die sozialistische Gesellschaft.

Der Genosse Kuntz ist dem Leipziger Parteigenossen kein Unbekannter. Sie haben aus seinen Vorträgen, die er gegenwärtig in Leipzig hält, erfahren, daß er nicht nur über ein großes Wissen, sondern auch über die letzte Gabe verfügt, schwierige Probleme in einfacher, lebendiger und doch wissenschaftlich präziser Weise darzustellen. Es ist daher dringend zu wünschen, daß die vorgenannte Veranstaltung eine große Beteiligung findet.

## Bevölkerungsvorgänge.

Nach dem 8. Wochennachweis des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig fanden in der Woche vom 20. bis 26. Februar 95 Eheschließungen statt. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug in der Woche vom 13. bis 19. Februar 187, davon 107 Knaben und 80 Mädchen. 49 Lebendgeborene waren unehelicher Natur. Totgeborene wurden 5 festgestellt. Gestorben sind in der Woche vom 20. bis 26. Februar 206 Personen, darunter 90 Kinder unter 1 Jahr. Unter den Gestorbenen befanden sich 103 männliche und weibliche Personen. Von den Todesfällen entfielen auf Grippe 11, Ruhr 1, Tuberkulose 17, Krebs 19, Gehirnschlag 20, Krämpfe der Kinder 1, Herzkrankheiten 34, Lungenerkrankung 34, sonstige Krankheiten der Atmungsorgane 8, Altersschwäche 12, alle übrigen natürlichen Todesursachen 44. 2 Personen erlitten tödlichen Anfall und 3 endeten durch Selbstmord.

## Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik.

Am 17. März und folgende Tage findet vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Vollbesetzung die Verhandlung der Verwaltungssache **Willing-Olympia** statt. Es ist eine Verhandlungsbauer von einer Woche vorgezogen. Zuhörerkarten sind gegen Vorlegung eines behördlichen Lichtbildausweises am 14. März 1927, vormittags von 10 bis 12 Uhr, auf der Geschäftsstelle des Staatsgerichtshofes, Zimmer 213 im Reichsgerichtsgebäude, erhältlich.

## Ausstellung der Schülerarbeiten der Staatsbauschule.

Die diesjährige öffentliche Ausstellung von Schülerarbeiten in den Gebäuden der Staatsbauschule, Leipzig S 3, Kaiserin-Augusta-Str. 32, findet am Sonntag, dem 13. März, von 11 bis 5 Uhr, am Montag, dem 14. März, von 11 bis 5 Uhr, und am Dienstag, dem 15. März, von 10 bis 4 Uhr statt. Das Schülerjahrtourneer erfolgt am Mittwoch, dem 16. März, von 4 bis 6 Uhr, in der großen Turnhalle, Replanstraße 11. Die Entlassungsfeier findet am Donnerstag, dem 17. März, vormittags 11 Uhr, im Festsaal der Staatsbauschule statt. Zum Besuche ladet die Staatsbauschule ein.

## Warnung! Der Gauvorstand des Internationalen Bundes des Krieges und der Arbeit schreibt uns, daß der bisherige 1. Vorsitzende der Ortsgruppe Leipzig, Steindorf, sich kurz vor seiner Abreise ein Postfachkonto zugelegt hat, ohne daß er dazu berechtigt oder eine Genehmigung erhalten hat. Da er weder Kassierer noch Angehöriger der Organisation war, werden alle Mitglieder gewarnt, auf dieses Postfachkonto eines Privatmannes irgendwelche Eingehungen vorzunehmen, da er mit der Organisation nichts zu tun hat und somit über den Verbleib der Gelder keine Kontrolle besteht.

Die Propagandaschau des Reichamtes dem Publikum zugänglich. Das Leipziger Reichamt veranstaltet anlässlich seines letzten vollenbesten zehnjährigen Bestehens in den Räumen des Allen Rathhauses eine Sonderausstellung. Die Propaganda des Leipziger Reichamtes, ihr Umfang und ihr Erfolg. Diese Ausstellung ist bis zum 13. März täglich von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends geöffnet.

und dem gesamten Publikum unentgeltlich, also ohne Mehrerwerb, zugänglich.

**Berichtigung der Leipziger Textilmesse.** Auf vielseitigen Wunsch ihrer Aussteller wird die Leipziger Textilmesse, für die Anfangs nur eine Dauer bis 9. März vorgezogen war, um einen Tag, also bis zum Donnerstag, dem 10. März, abends, verlängert.

**Wohlmüterverkauf an Pelovate verboten!** Von der Zentralstelle werden wir gebeten, darauf hinzuweisen, daß der Wohlmüterverkauf an Private auf der Leipziger Mustermesse verboten ist und strafrechtlich verfolgt wird. Es wird darum davor gewarnt, den Versuch zu machen, Wohlmüter von den Ausstellern zu erstehen.

**Elternabende.** 38. Volksschule. Freitag, den 11. März, abends 8 Uhr, im Schulsaal: 1. Aufklärungsvortrag des Schularztes Herrn Dr. Heise. 2. Wie erziehen wir unsere Kinder daheim und in der Schule? Herr Lehrer Grimmer.

**Eltern der 12. und 13. Volksschule, Schulentlassende!** Morgen Freitag, abends 7 Uhr, findet im Schulsaal der 12. Volksschule, Heinrichstraße, ein Elternabend statt. Veranstalter wird er von der Sozialistischen Arbeiterjugend und dient mit seinen guten Darbietungen und Vortrag der Werbung unter den Schulentlassenden.

**Unerkündliche Ferkelungsmut!** In der Nacht zum 1. März sind in der Reichenhainer Straße in Leipzig-Stötteritz zwischen der Schönbach- und Gilmstraße 10 Straßentafeln dadurch beschädigt worden, daß man die Gilmstraße an 8 der Laternen und außerdem insgesamt 16 Glasfenster zertrümmert hat. Wahrnehmungen zur Ermittlung der Täter teile man schnellstens dem Kriminalamt mit.

**Unbekannte Tote.** Am Donnerstagnachmittag wurde durch die Feuerwehr aus dem Flutnal der Leichnam eines jungen 18 bis 20jährigen Mädchens geborgen. Die Tote muß schon längere Zeit im Wasser gelegen haben. Bekleidet war das Mädchen mit einem grünen Pullover, unter dem sich ein zweiter befand, grünem Unterrock und weisem mit H. P. gekennzeichnetem Hemd. Der Name der Toten konnte noch nicht festgestellt werden.

**Freibank-Fleischverkauf.** Morgen Freitag, den 11. März, Freibank I und II freier Verkauf.

# Flugblattverbreitung!

Zur Einleitung der Werbeweche kommt ein Flugblatt von Haus zu Haus Sonnabend, den 12. März, und am Sonntag, dem 13. März, zur Verbreitung. Genossinnen und Genossen, Parteiarbeit ist Parteipflicht! Helft mit! Seid volljährig zur Stelle! Keiner darf fehlen! Bezirksvorstand der S.W. Leipzig.

# Sächsische Angelegenheiten

**Für die Reform des Ehescheidungsrechts.** Unsere Fraktion hat im Landtage folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen, auf die Reichsregierung dahingehend einzuwirken, daß 1. eine grundlegende Reform des Ehescheidungsrechts in Angriff genommen wird, 2. gleichzeitig eine Reform des ehelichen Güterrechts in die Wege geleitet wird, wobei insbesondere gesetzlich festzusetzen ist, daß das in der Ehe gemeinsam erworbene Vermögen den Ehegatten zu gleichen Teilen gehört.

## Die Oberlausitzer Parteibeiräte auf dem Vormarsch.

Nachdem der Zittauer Parteibeirat bereits vor einigen Wochen die Mutter seiner Organisation vornahm und eine günstige Entwicklung der Mitgliederzahl feststellen konnte, haben nun auch der Löbauer und der Bautzener Bezirk am Sonntag getagt, um Rückschau und Vorschau zu halten.

Aus den auf den Tagungen erstatteten Geschäftsberichten ist festzustellen, daß die Organisation innerlich so gefestigt ist, daß ihr die schlimmste Wirtschaftslage, der Parteistreit und die Spaltungsbestrebungen der KPSD-Beute nicht das geringste anhaben konnten. Im Gegenteil konnte auf den Tagungen ein außergewöhnliches Interesse für die Politik der Partei im Reich und in Sachsen festgestellt werden. Das Interesse an der Entwicklung der Partei befand sich auf der außerordentlich hohen Stufe von Parteimitgliedern, die neben den Delegierten erschienen waren.

Der Löbauer Bezirk konnte berichten, daß in seinem Bezirk nicht eine einzige Ortsgruppe der KPSD, zuhause gekommen ist. Ein Beweis guter organisatorischer Arbeit und der Pflichttreue der Parteimitglieder. Der Bezirk zählt zur Zeit 2453 männliche und 814 weibliche Mitglieder. Mit dieser weiblichen Mitgliederzahl nimmt der Bezirk zahlenmäßig die dritte, prozentual jedoch mit 33,63 Prozent organisierte Frauen die erste Stelle im Bezirk Ostsachsen ein. Dieses gute Verhältnis ist darauf zurückzuführen, daß sofort bei der Errichtung des Parteisekretariats der Frauenbewegung höchste Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Im Bautzener Bezirk ist die Frauenbewegung im Aufbau begriffen. Alle Werbende, die jetzt veranfaßt werden, sind außergewöhnlich stark besetzt und haben gute Erfolge zu verzeichnen. Als Ergebnis der Tagungen kann ein fortschreitender Ausbau der Organisation verzeichnet werden, der zu den besten Hoffnungen bei der bevorstehenden Werbeaktion berechtigt.

## Kleinabnehmer-Tarife der K. G. M.

Am 26. v. M. hat im Finanzministerium unter dem Vorsitz des Finanzministers eine Besprechung mit Vertretern der Landwirtschaft, des Handwerks und des Lohnsüßers- und Lohnverlegergewerbes über die Kleinabnehmer-Tarife der Alltagsgesellschaft Sächsische Werke stattgefunden. Nach eingehender Aussprache, in der die Wünsche der Abnehmer vorgetragen wurden, erklärten die Vertreter der Alltagsgesellschaft Sächsische Werke, daß folgende Ermäßigungen für die Kleinabnehmer in Aussicht genommen sind und sobald durchgeführt werden sollen:

1. Bis zur Beschaffung geeigneter Meßeinrichtungen werden die Höchstbelastungen im Wege entgegenkommender Schätzung ermittelt, daß an Stelle der dem Anschlußwert entsprechenden höchsten Belastung die mutmaßlich geringere tatsächliche Höchstbelastung tritt.
  2. Die Benutzungsgebühren werden nicht mehr auf das Jahr, sondern auf den Monat berechnet, so daß nicht mehr nach 300 Jahresbenutzungsstunden, sondern nach 25 Monatsbenutzungsstunden der niedrige Kilowatt-Stundenpreis eintritt.
- Damit wird namentlich den bescheidenen Betriebsverhältnissen

der Landwirtschaft und des Saisongewerbes Rechnung getragen. Wenn es sich in einzelnen Fällen ermöglichen läßt, auf Grund von sogenannten Dreifachordnungen die gleichzeitige Inanspruchnahme der Elektrizitätsversorgungsanlagen herabzusetzen, so soll dies im gleichen Maße auch bei Festlegung der monatlichen Benutzungsgebühren Berücksichtigung finden. Von den Vertretern der Kleinabnehmer wurden solche Ermäßigungen mit dem Wunsch begehrt, daß sich die städtischen und privaten Elektrizitätswerke dem Vorgehen der Alltagsgesellschaft Sächsische Werke anschließen möchten.

## Was die Dresdner Papier-Ausstellung 1927 alles bringt.

Von der Vielseitigkeit der diesjährigen Papier-Ausstellung der Jahreschau Deutscher Arbeit Dresden kann man sich einen Begriff machen, wenn man sich einmal die einzelnen Sondergruppen betrachtet, die allein vom Zentralverband Deutscher Kartonnagen-Fabrikanten (Berlin) zur Ausstellung gelangen. Es kommen hier zur Ausstellung Zulieferer in Leder, Holz, Strohpappen, toh, farblich, lackiert mit allerlei Verzierungen, mit Prägnung und Druck. Dann die verschiedensten Arten von Schachteln wie halt-, Gültel-, Schieber-, Kappen-, Zigaretten-, Apothekerschachteln, rund edig, Streifen usw. Ferner die einzelnen Bezugskartonnagen für die verschiedensten Gebrauchsgegenstände, für Tische, Strümpfe, Krawatten, Taschentücher, Schuhe, Geschäftskartonnagen, Luxuskartonnagen aller Art, Halbtaseln, Bonbonnieren. Man wird ferner sehen Hülsen für Elemente, Kästen für Radio und Anoden für Glühbirnen, gewickelte und gegogene Hülsen, Versandrollen mit und ohne Beschluß, Holzstoffkästen, Westpappkartons, Futarkartons in rund und edig. Die Galanteriekartonnagen wie Papierkerbe, Handschuh- und Schmuckkästen dürften allerdings neues bringen. Von besonderem Interesse ist natürlich auch die Imitation alter Truhen, Waffen, usw. Ferner Hartpapiergefäße, Papiermache, Standgefäße und Leuchtwaren. Man sieht auch gegossene Papp-Emballagen wie Flaschen, Schachteln, dann Haspelbreiten, Mutterarten, Bureauartikel, Spiele und Puppenmodelle, Prägeartikel wie Teller, Becher, Kalender und Sargverzierungen Zigarettenkästen und imprägnierte Papierwaren (wasser- und feuchtig) wie Dosen, Becher und dergl. Daß endlich auch die Koffeln- und Scherzartikel nicht fehlen, ist selbstverständlich. — Man darf nun bei all dem nicht etwa annehmen, daß diese Gegenstände ähnlich wie im Verkaufsladen oder bei Messeständen lediglich aufgestapelt würden, vielmehr wird alles unter eine bestimmte Idee gestellt, wie es bei den Ausstellungen der Jahreschau von jeher Sitte war.

## Von den sächsischen Sparkassen.

Die Spareinlagen bei den öffentlichen Sparkassen Sachsens haben mit dem Ende des Jahres 1926 eine Höhe von 169,9 Millionen Mark oder 8,7 Prozent des Bestandes am Ende des letzten Friedensjahres (1913: 1951,2 Millionen) erreicht. Von Ende 1924, wo sie erst 21,7 Millionen betragen, stieg die Einlagensumme in feiler Kurve über 72,6 Ende 1925 auf mehr als das Doppelte der letzten Jahre. Auf den Kopf der sächsischen Bevölkerung berechnet, sind das rund 34 Mark gegenüber einem Reichsbuchschnitt von etwa 49,80 Mark. Sachsen steht damit zwischen Thüringen (40,14 Mark) und Bayern (81,80 Mark). Im Dezember war der Ueberfluß der Einzahlungen über die Auszahlungen, wie stets vor dem Weihnachtsest gering, er betrug nur 3,8 Millionen Mark, während im November 8,2 Millionen gemeldet werden konnten. Die Einlagen auf Giro-Scheine und Konto-Korrentkonto im sächsischen Gironetz erreichten Ende 1926 die Höhe von 221,4 Millionen Mark (1925: 182,4; 1924: 122,1).

## Ein nationaler Rechtsanwalt.

Vor dem Plauener Schöffengericht stand als Angeklagter der Kaufmann Walter Dietel aus Plauen wegen Vergehens gegen das Republikstrafgesetz. Er soll in einer Volkswirtschaft öfter „Schwarzrosen“ gerufen haben. Er wurde freigesprochen, da es sich nicht genau feststellen ließ, ob die Beleidigungen vom Angeklagten gesellen sind. Sein Verteidiger, Dr. Arthur Müller, ein bekannter Rechtsrat, hielt bei der Verhandlung eine Schmähe auf die Verfassung und die führenden Republikaner. Dabei sagte er u. a. „die derzeitige Verfassung sei gegründet auf Hoheverrat, Hoheverrat seien die, die die Revolution gemacht und uns die Farben Schwarz-Rot-Gold beschert haben und jene, die herrschen sind im Reichsbanner usw.“ — Hörtentlich interessiert sich der Staatsanwalt und der Vorsitzende des Gerichts für die Rede des Rechtsanwalts.

Für den Achtundsten. In Borna, Obereritz und Sten wurden Anträge unserer Fraktionen, die die Gemeinden verpflichten, bei Gemeindearbeiten den Achtundsten einzulassen, und die Regierung zu ersuchen, daß sie wirken, daß der Achtundsten tag wieder eingeführt wird, angenommen.

Ein Bezirkskrankenhaus in Freiberg. Das Stadtverordnetenkollegium von Freiberg genehmigte den Bau des Bezirkskrankenhauses, dessen Kosten auf rund 1 Million veranschlagt werden. Davon tragen Stadt und Gemeinden des Bezirksverbandes Freiberg je die Hälfte. Von den eingehenden Projekten wurde dem des Stadtbauamtes Freiberg der Vorzug gegeben, das zum ersten Male in Deutschland die auf der Höhe allgemein als neuzeitlich und richtunggebend anerkannten Ideen verwirklicht. Das Krankenhaus soll Raum für 120 Betten haben. Daneben können noch Kranke in dem alten Bau untergebracht werden.

Rückgang der Zahl der Betriebsstilllegungen. Im Februar hat sich die Zahl der Anzeigen der Betriebsstilllegungen von 62 im Januar auf 56 vermindert. Die meisten Anzeigen entfielen auf die Metallindustrie.

Dresden. Die Spielplätze der Stadt. Nach einer Mitteilung des Rates betrug am 31. Dezember 1926 die Fläche der öffentlichen städtischen Spielplätze im Dresdner Stadtgebiet rund 783 000 Quadratmeter, die der Volksgel- und Reichswahlplätze 128 000 Quadratmeter, die der Vereinsplätze rund 783 000 Quadratmeter und die Fläche Dresdner Spiel- und Sportanlagen außerhalb der Stadtgrenze rund 160 000 Quadratmeter. Seit Ende 1925 ist ein Zuwachs von 118 900 Quadratmeter Fläche eingetreten. Das sind zusammen 1 804 000 Quadratmeter, so daß bei 808 000 Einwohnern auf jeden rund 3 Quadratmeter entfallen.



**Kukirool-Vorkaufsstellen:** Drogerien Atmann & Co., Burstr. 25; Eugen Bornmüller Nikolalstr. 55; Drogerie Dittlerich, Moltkestr. 34; Ida-Drogerie, Elisabethstr. 2; Hohenzollern-Drogerie, Dittlerichstr. 2; Drogerie Hiltzsch, Nachstr. 52; Humboldt-Drogerie Pfaffenwieserstr. 10; Erich Jahr Nürnbergstr. 89; Drogerie A. Niedlich Nachstr. 10; Burgstr. 10; Carl Stasch, Nitzschstr. 7; Joh. Oehlms Buchenstr. 45; Kanstädter-Drogerie, Kanstädter Steinweg 19; Sachsenhof-Drogerie, Johannisplatz 1; Heinrich Volzts Nachstr. 8; Gertrabenstr. 8; in Leipzig-Kannawitz: Schwan-Drogerie Südstr. 48; in L.-Lindenberg: Friesen-Drogerie, Albertinstraße 72; Hugo Hontzschel, Gundorfer Straße 44; in L.-Möckern: Hans Mähder, Hallsche Str. 28; in L.-Wustla: Herm Fuhs Nachstr. Eisenbahnstr. 47; Max Hilbert, Eisenbahnstr. 55; in L.-Reuditz: Stephan-Drogerie, Dresdner Str. 36; in L.-Schönefeld: Drogerie z. Goldenen Becher, Stettiner Str. 108; in L.-Vohlfahrtstr.: Drogerie Gust Liepert Nachstr. Eisenbahnstr. 118; in L.-Park: Parfümerie Allner, Stecker Passage.



# Aus der Umgebung

Unbekannter Toter.

Auf der von Leipzig nach Gera führenden Eisenbahnstrecke wurde am Mittwochfrüh zwischen den Stationen Großschöcher und Krausbach der zerstückelte Leichnam eines Unbekannten aufgefunden. Die angefertigten Ermittlungen haben ergeben, daß ein Unfall nicht vorliegt; man rechnet bestimmt damit, daß der junge Mann, der ein Alter von 21 bis 23 Jahren hat, freiwillig aus dem Leben geschieden ist. Der Tote hat folgende Merkmale: Dunkelblondes Haar, graue Augen, volles Gesicht, absteigende Ohren. Der Unbekannte trug braunen Anzug, Turtleneckhemd, Militärhörnchen, Strickjacke, buntes Leinwand und grünen Kragen. Außerdem fand man bei dem Leichensmilben ein mit „E“ gezeichnetes Taschentuch, ein Schlüsselbund und 20 Pfennig. Das Polizeipräsidium Leipzig bittet um Angaben, die zur Identifizierung des Unbekannten führen können.

Die Mitglieder der Steuerauslässe werden nochmals darauf hingewiesen, daß die Vorträge über Gewerbe- und Einkommensteuer bestimmt am Sonntag, dem 13. März, vormittags, im Volkshaus Leipzig, im ehemaligen Konsumvereinslokal, stattfinden. Die Wichtigkeit der Themen erfordert einen ebenso zahlreichen Besuch wie bei den ersten Vorträgen.

**Großsch. Stadthausprojekt.** Aus einer uns zur Verfügung gestellten amtlichen Niederschrift über eine vom Stadtrat und von den Stadtverordneten abgehaltenen gemeinsamen nicht öffentlichen Sitzung zu obenstehendem Projekt entnehmen wir folgende: Zur Beratung stand die Wiederherstellung des alten Stadtverordneten-Sitzungssaales, die Verlegung der Stadtkasse, der Steuerkasse und der Stadtbank. Genosse R. Schuderth wünscht eine chronologische Darlegung der ganzen mit der Verwendung des Bauplatzes zusammenhängenden Frage, insbesondere die finanzielle Seite. Der Bürgermeister kommt diesem Wunsche in eingehender Weise nach, schildert die unakzeptablen Raumverhältnisse im Rathaus und empfiehlt als Ausweg die Verwendung der Ratkellerräume zu städtischen Bureauzwecken, und diese Lösung ist dann mit dem Stadthausprojekt zu verknüpfen. Was die ganze Sache, Umbau des Rathauses und der Stadthaus-Neubau, zusammen kosten wird, läßt heute noch nicht genau gesagt werden. Er stellt heute die zwei Fragen auf: 1. Ob man glaubt, die verwaltungstechnischen Bedürfnisse im Rathaus glücklich lösen zu können, wenn die Stadtbank in den Neubau kommt und der Ratkeller hier bleibt? 2. Ob man glaubt, mit dieser Lösung die Erhaltung des Rathauses auf die Dauer festlegen zu können? Er glaube dies nicht; es wird nur ein Fortwursteln und kein Fortwärtkommen sein. — Der hinzugezogene und um seine Meinung befragte Stadtbauinspektor äußert

sich dahingehend, daß er schon vor längerer Zeit die Verwendung des Rathauses zu Verwaltungszwecken empfohlen habe, und daß unüberwindliche Hindernisse für die Verlegung der Bank in den Neubau nicht bestehen. — Genosse Stadtrat Bahrdt vertritt die Meinung, daß der jetzige Zustand mit dem großen Sitzungszimmer des Rathauses und mit den Expeditionsräumen des Stadtrats kein Dauerzustand sein kann, und daß man auf Einziehung des Rathauses eben zuzukommen muß. Er sei dafür, daß dann in dem Neubau zur Erhaltung des Wohnungsbaues etwas mit geschaffen wird, was Einnahmequellen verspricht. — Genosse Stadtrat Doll Kähler erklärt, nach den heute dargelegten Schwierigkeiten der Stadterwaltung zu der Überzeugung gekommen zu sein, daß man ohne Benutzung der Ratkellerräume nicht auskommt. — Genosse R. Schuderth wünscht zu wissen, wie das ganze große Bauprogramm finanziert wird. Diese Frage sei gewiß nicht so einfach zu lösen und von Klärung verschiedener Fragen, insbesondere der beabsichtigten Auswertung der Erdgeschosse, abhängig. Die brennendste Frage ist zweifellos Schaffung von Wohnungen. Diese könne aber nur durch Hineinlegen konzentrierter Betriebe gefördert werden. Er sei ferner der Ansicht, daß durch Konzentrieren der Stadterwaltung Abhilfe geschaffen wird, und die Aufhebung des Rathauses nicht aufzuhalten sei. — Nach weiteren Ausführungen beraten die Fraktionen getrennt und nach Wiederzusammentritt wird der Antrag des Bürgermeisters: „Die städtischen Kollegien beschließen, den Ratkeller einschließlich der Wohnung für die Stadtbank, Stadtkasse und Steuerkasse freizumachen und die Räumlichkeiten am 1. April 1927 auszusprechen, unter der Bedingung, daß der frühere Stadtverordneten-Sitzungssaal seinem ursprünglichen Verwendungszweck wieder zugeführt wird. Ueber die Kostenfrage ist erst dann Entscheidung zu fassen, wenn genaue Unterlagen vorliegen“, vom Rat gegen 2 und vom Stadtverordnetenkollegium gegen 4 Stimmen genehmigt. — Hierauf wird über die Aufteilung der Erdgeschosse im Stadthaus-Projekt abgestimmt. Der Antrag schlägt vor, das Erdgeschoss so aufzuteilen, daß Bad, Gastwirtschaft, Ordienstankasse und Bücherei hineinkommen, und zu versuchen, auch Witz- und Bademeisterwohnung mit unterzubringen. Dieser Antrag wird vom Rat gegen 1 und vom Kollegium gegen 3 Stimmen angenommen.

**ma Laucha, Stadtverordnetenversammlung.** Vor Eintritt in die Tagesordnung liegt ein Einspruch des Rates gegen den abendlichen Beschluß der Stadtverordneten vom 27. Februar, einen Zuschlag zur Grund- und Gewerbesteuer zu erheben, vor, da der Rat eine schwere Schädigung der Stadt darin erblickt. In dieser Sitzung hatten Bürgerliche und Kommunisten einen Zuschlag zur Grund- und Gewerbesteuer abgelehnt. Es wird sofort in die Beratung über diesen Punkt eingetreten. Die Bürgerlichen suchen die Angelegenheit so hinzustellen, als käme ihnen diese Sache zu unvorhofft, und ersuchten um eine kurze Unterbrechung der Sitzung, damit sie sich noch einmal aussprechen können. Nach Wiedereröffnung der

Sitzung geben die Bürgerlichen die Erklärung ab, daß sie auch heute der Grund- und Gewerbesteuer nicht zustimmen können. Die Kommunisten lehnen grundsätzlich jede Steuer ab, obwohl sie ihre Parteifreunde in Laucha für Zuschläge in Höhe von 12 1/2 Prozent ausgesprochen haben. Der Bürgermeister macht nunmehr den Vorschlag, einen Einigungsaußschuß, bestehend aus 4 Ratsmitgliedern und 8 Stadtverordneten, einzusetzen und die Stadtverordnetenversammlung um zwei Stunden zu vertagen. — Da auch dieser Ausschuß zu keinem endgültigen Resultat kam und auch in der darauffolgenden Stadtverordnetenversammlung keine neuen Vorschläge kamen, wird die Angelegenheit nunmehr die Gemeindefammar beschäftigt. Der Bürgermeister gibt nunmehr die Erklärung ab, daß nach seiner Meinung das Wohnungsbauprogramm und der Bau der Straßenbahn nicht durchgeführt werden könnten, da die Stadt für diese Zwecke eine größere Anleihe benötige und der Kreisaußschuß nicht so ohne weiteres die Anleihe genehmigen würde, da der Haushaltsplan durch Verweigerung der Zuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer nicht balanciert werden könnte. — Die Stadtverordneten beschließen trotzdem gegen eine Stimme, in die Tagesordnung einzutreten. Als 1. Punkt steht die Beschlußfassung über das Wohnungsbauprogramm für 1927. Ueber das für und Wider ist schon in der letzten Sitzung genug geredet worden. Die Bürgerlichen machten allerlei Anstrengungen, um ja für sich noch herauszuholen, was irgend möglich war; es war aber vergeblich. Die Linksparteien genehmigten mit 10 Stimmen gegen 0 Bürgerliche das von der Verwaltung vorgelegte Bauprogramm. Es sollen demnach 50 Wohnungen in diesem Jahre erstellt werden. Die Häuser bleiben im Eigentum der Stadt und sind als Hochhäuser gedacht. Auch gegen diesen Beschluß wollten die Bürgerlichen Protest bei der Kreishaupmannschaft einlegen. Die Bürgerlichen wollten die Wohnungen an das Privatkapital verschachern, und nur die Zahlungsfähigen sollten in den Genuß kommen, eine bezahlte Wohnung zu bekommen. Bei dem Bauprogramm der Stadt sollen die Mieten nicht höher werden als in den Häusern in der Markt- und Lindnerstraße. — Dieses Programm läßt sich aber nur durchführen, wenn der Kreisaußschuß der Stadt die Anleihe genehmigt. Gegen 5 Stimmen der SPD wird beschlossen, 2000 Mark herbeizustellen, um bei Aufgabe einer Wohnung im Bedarfsfalle eine Entschädigung zu gewährleisten. Einstimmig sind die Stadtverordneten mit dem Vertrag mit der Straßenbahn einverstanden. Es soll aber verlußt werden, eine Vergütung hinsichtlich der Wohnkassen und Schülerkassen zu erreichen. — 50 000 Mark schenken die Kommunisten den Hausbesitzern und Industriellen und verweigern damit der Stadt die Mittel, die sie zur Durchführung ihrer Sozialaufgaben brauchen. Ob in Zukunft die Vermögensfreiheit, die kostenlose Totenbestattung, Arbeitsstellen usw. aufrechterhalten werden können, bleibt dahingestellt. Die Arbeiterschaft mag sich deshalb bei den Kommunisten bedanken, wenn in Zukunft derartige Einrichtungen abgebaut werden müssen.

## Amliche Bekanntmachungen.

### Bekanntmachung.

Das Polizeipräsidium hat im Einvernehmen mit dem Rate der Stadt Leipzig am 4. März 1927 eine Verordnung über Fremdentourfahrten erlassen, die am 14. März 1927 in Kraft tritt.

Die Verordnung wird zur Einsichtnahme in den Räumen der Verkehrsabteilung des Polizeipräsidiums, Dittichring 8a, I. Stock, Zimmer 2, vom 10. März 1927 an ausgelegt werden. (V. R. IIb 551)

Leipzig, den 8. März 1927.

Das Polizeipräsidium.

**Großsch.** Die Spülung des Rohwasser des Häußlichen Wasserleitung Abnet Montag, den 14. März 1927, Mitt. Stadtrat Großsch., am 10. März 1927.

## Der proletarische Klassenkampf in der Gegenwart

von A. Gurland

Inhalt:

- I. Der Mechanismus der kapitalist. Produktion und der Weltkrieg.
- II. Der Kapitalismus nach d. Kriege.
- III. Nation, Staat und Arbeiterklasse
- IV. Im Kampf um die Macht.
- V. Proletarische Einheit.

Preis 75 Pfg.

Alle Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Leipziger Buchdruckerei A.-G. Abteilung Buchhandlung Tauchaer Straße 19/21.

Eine schnelle Wirkung ergibt m. Übermeyer's



Im Gesicht, dies besagt Herr W. M. Bachmann in Koblenz, indem er schreibt: „Weil diese Herba-Seife meine Tochter die roten Flecken bannen ist, so habe ich auch eine ganz kleine Hautkrankheit, die ich, sowie meine Frau, den besten Dank, Meiner Schwieger, welche im Gesicht rote Flecken hatte, auch auf der Nase, sind die Flecken vergangen.“ Herbol, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

MILD AROMATISCH

REEMTSMA CIGARETTEN

# GIDON

4 PFENNIG

## Deutscher Erfinder-Schutzverband

München 7

Erfinder und Fabrikanten!

Donnerstag, den 10. März, abends 8 Uhr, im Künstlerhaus, Nikischplatz 2.

Vortrag:

### Die praktische Verwertung von Erfindungen

Referent:

Oberingenieur Dörge, München

Eintritt frei! Damen u. Gäste willkommen.

## Gewerkschaftl. Anzeigen

### Gewerkschafts-Kartell Leipzig

Boltzhaus, Reiter Straße 22, Fernruf 34021

Deutscher Tabakarbeiter-Berband, Freitag, 11. März, abends 7 1/2 Uhr, Ostentische Tabakarbeiter-Versammlung im Volkshaus, Café links und Mitte. Tagesordnung: 1. Bericht von den getätigten Tarifverhandlungen; wie lassen sich die Leipziger Tabakarbeiter zu dem reaktionären Vorkoch der Unternehmer. Referent: Kollege S. Gufana vom Hauptverband. 2. Aussprache hierzu. — Kollegen und Kolleginnen! Anbeachte die Situation der Arbeiter und Arbeiterinnen die Pflicht, unbedingt zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Feinst. Raff. Saft * Vfd. 80 s. Arbeitsloie 80 s. Natallien-Nahe 34. Sofgebde. Stadalenenhr. 2. Täglich frisch.	Saat-Kartoffeln eingetroffen Kollertrom. Dönnmiller-Plaue. Ball-Nieren-Schmeieren, Stegmied. 4 Vfd. 35 s. Mäitor. Johannplatz 17.	Pa. Kartoffeln rot u. weiß, zu bill. Pre., entl. frei Haus verl. im Hofe Lind. Denriclstraße 18.
---	---	--

Meine Schwiegermutter ist zufrieden, seitdem wir

Feinkostmargarine

## Blauband

frisch gekirnt

benützen

1/2 Pfund 50 Pfg.

Nach längerem Leiden, jedoch plötzlich und unerwartet, schloß unser lieber, treusorgender Vater, Schwieger- und Großvater, der

## Buchbinder Cölestin Person

heute abend im Alter von 73 Jahren seine Augen für immer.

Leipzig-Neustadt, Mariannenstraße 9, IV., den 9. März 1927.

In tiefer Trauer

Otto Koch und Frau geb. Person  
Otto Person und Frau geb. Wilhelm nebst Enkelkindern.

Tag und Stunde der Beisetzungsfeier wird noch bekanntgegeben.

Nachruf!

Nachdem wir unseren zweiten Vorsitzenden

## Herrn Oskar Dabler

welcher so plötzlich von uns schied, zur letzten Ruhe beigesetzt haben, rufen wir ihm für seine langjährige Tätigkeit ein „Habe Dank!“ in sein frühes Grab nach.

Leicht sei ihm die Erde!

Gartenverein „Neu-Brasilien“ e.V.  
Leipzig-Kleinzschocher.



# Aus Nah und Fern.

## Die Erdbebenkatastrophe in Japan.

Blättermeldungen aus der heimgekehrten Provinz Tansu beschreiben das traurige Schicksal der Flüchtlinge, die durch das Erdbeben heimlos geworden sind. Viele Flüchtlinge suchten sich, nur in Tücher gehüllt, durch den tiefen Schnee vorwärtszuschleppen. Frauen und Kinder haben schwer geklitten, obgleich Truppen, Polizei und Jugendvereinigungen Hervorragendes leisteten, um ihre Leiden zu lindern. Die Bemühungen, Vorräte herbeizuschaffen, werden durch die Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs behindert. Straßen und Fußwege weisen überall breite Risse auf. Zeitungsberichte erstatten haben von Flugzeugen aus ganze Gruppen rauchender Ruinen erblickt, die früher Dörfer waren.

Ein Berichterstatter, der die kleine Küstenstadt Amino an Bord eines Zerstörers erreichte, berichtet, daß die Flüchtlinge erzählten, daß alle Häuser in Amino beim ersten Stoß einstürzten. Unmittelbar darauf brachen an 20 oder 30 Stellen gleichzeitig Brände aus. Binnen kurzem war die ganze Stadt mit ihren 600 Häusern in Flammen gehüllt. Zahllose Personen hatten keine Zeit mehr, sich zu retten, sie wurden unter den Trümmern der zusammenstürzenden Häuser begraben und verbrannten.

Nach Mitteilung des Provinz-Gouverneurs in Anso sind im Tansu-Distrikt bei dem Erdbeben 2275 Personen getötet und 3441 verletzt worden.

Der japanische Innenminister teilte mit, die letzten amtlichen Berichte zeigten, daß 1685 Personen getötet und 4548 Häuser zerstört wurden, jedoch nicht einschließlich der Bezirke von Misaru und Mineyama (die am meisten gelitten haben) und von denen infolge der Zerstörung der Verbindungen noch keine Einzelheiten vorliegen.

U. London, 9. März.

Meldungen aus Kuba besagen, daß dort die Bevölkerung durch ständige Erderschütterungen in Aufregung gehalten wird. In Santiago de Chile wurde in der vergangenen Nacht die 15. Erderschütterung innerhalb von drei Tagen verzeichnet.

## Grubenunglück im Ruhrgebiet.

Das Oberbergamt in Dortmund teilt mit: Bei der Ausmahlung eines ausgeschlossenen Flözortteils auf der Zeche Hannover MIV wurde Mittwoch vormittag ein Gesteinshäuser durch Steinfall getötet. Außerdem sind noch drei weitere Bergleute schwer und fünf leicht verletzt worden. Lebensgefahr besteht jedoch bei keinem der Verletzten.

## Drei Schüler-Selbstmorde.

W.B. Bielefeld, 9. März.

Ein 14 Jahre alter Schüler aus Gellershagen bei Bielefeld hat sich erhängt. Es wird angenommen, daß die Beerdigung eines Schulfreundes, der sich vor einigen Tagen ebenfalls erhängt hatte, ihn zu der Tat bestimmt hat. Aus einem ähnlichen Grunde hat sich ein 15 Jahre alter Schüler aus Bielefeld erhängt.

## Explosionkatastrophen.

W.B. Mannheim, 9. März.

In Hiltensheim (Amt Bruchsal) brachte der Gesangsverein "Eintracht" einem nach Amerika auswandernden Mitglied zum Abschied ein Ständchen. Einige junge Mädchen benutzten die Gelegenheit, um aus zwei mit Sprengstoff gefüllten Mörkern Schüsse abzugeben. Dabei explodierte ein Mörser und tötete den 45jährigen Fräulein Jungkind und dem 24jährigen Fräulein Gensmantel ein Bein ab. Fräulein Jungkind schwab in Lebensgefahr. Die Täter wurden festgenommen.

U. Paris, 9. März.

Im Hafen von Cherbourg explodierte gestern beim Verladen eine Kiste mit Explosivstoffen, zwei Arbeiter wurden getötet, einer lebensgefährlich und drei andere leichter verletzt.

U. Kigs, 9. März.

Nach Meldungen aus Moskau ist in Werchne Winsk in Sibirien ein Munitionslager in die Luft gesprengt worden. Sechs Soldaten wurden getötet und vier verwundet.

## Wohnungselend im Waldenburger Revier.

Eine neue Statistik über das Wohnungselend in Preußen gibt ein erschütterndes Bild vom Wohnungselend im Waldenburger Revier. Danach leben in den Industriebetrieben bis zu 60 Prozent der Bevölkerung in Wohnungen, die nur aus einem Raum bestehen. In den Gemeinden Ober-Dörzau und Fellschammer beträgt diese Ziffer 50 Prozent. 1834 Wohnungen gelten wegen Feuchtigkeit oder Baufälligkeit als unbewohnbar. Bei 1300 Haushaltungen hat jede vierte Familie eine unzureichende oder gar keine Wohnung. Wie katastrophal und beipiellos die Wohnverhältnisse sind, beweist folgender Fall, der vom Magistrat Waldenburg neben vielen andern ähnlichen sehr mitgeteilt wird. In Stube und Küche wohnen ein altes Ehepaar, zwei junge Ehepaare, die Kinderzuzuwachs erwarten, und noch zwei Erwachsene verschiedenen Geschlechts und der Brautgam der Tochter.

## Frauenhaar als Spinnstoff.

Der Forschungsreisende Michael Terry berichtet in seinem soeben erschienenen Buch über seine Reise in Nordaustralien, daß er dort bei den Kisten eines Eingeborenenflamms die Technik der Herstellung von Garn aus Frauenhaar noch in Anwendung getroffen hat. Nicht nur die Ehefrau, sondern auch die Schwiegermutter ist verpflichtet, stets einen ausreichenden Vorrat von Haaren auf dem Kopfe zu haben. Sind die Haare genügend lang geworden, so werden sie abgehoren und versponnen. Was neu nachwächst, darf nicht geschnitten werden, bevor der Ehemann es nicht als neuen Rohstoff braucht.

## Rundfunkprogramm

Freitag, den 11. März. Wirtschaft. 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Welt- und Baumwollpreise. 12.50 und 1.30 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen. 2.45 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Baumwolle, Landwirtschaft, Berliner Del. No. 1. 3.25 Uhr: Berliner Devisen amtlich, Berliner Produktienbörsen amtlich. 4 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Wiederholung von 2.45 und 3.25 Uhr und die laufenden Produktienbörsen, Berliner Butter, Berliner Metalle amtlich, Berliner Schot. 4.08 Uhr: Fortsetzung für Baumwolle und Landwirtschaft. 5.15 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen bzw. Verkehrsunf. 6 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Letzte Notierungen Unterhaltung und Belehrung. 10.05 Uhr: Verkehrsunf., Wetterdienst und Schnebericht. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11-12 Uhr: Übertragung der Wahnwitz auf dem Augustusplatz in Leipzig, ausgeführt vom 3. Batl. 11. (Sächs.) Inf.-Reg. in Leipzig, Leitung: Obermusikmeister Bier. 12 Uhr: Wetterdienst und Voraussage. Anschließend Mittagsspaß auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Neuer Zeitgeist. 1-2 Uhr: Sondersongert für die Leipziger Groß-Messe auf der Hupfeld-Phonola. Dazwischen 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3.30 bis 4 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Prof. Dr. Amiel und Oberlehrer Westermann: Einheitskurzschrift für Fortgeschrittene. 4.50 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdener Rundfunkkapelle. Dirigent: Gustav Agente. 6.05-6.30 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 6.50-6.55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Studental Freiespiel und Lektor Mann: Englisch für Fortgeschrittene. 7-7.30 Uhr: Direktor Boh: „Das Ergebnis der Leipziger Messe.“ 7.30-8 Uhr: Vortragreihe: „Faust.“ 8. Vortrag Prof. Dr. Wittkowski: „Die Gestalten des Faustdramas.“ 8 Uhr: Wettervorausage, Schneebericht und Zeitangabe. 8.15 Uhr: Phantastische Geschichten. Mitwirkende: Hans Jense-Witt (Registralonen) u. a. bas Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Hilmar Weber. 10 Uhr: Pressedienst und Spätrund. 10.15-12 Uhr: Volkstimliches Orchesterkonzert. Operetten-Abend. Das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Hilmar Weber.

## Veranstaltungskalender

Donnerstag, den 10. März  
Sonderabendverband (allgemeine Mitgliederversammlung). Volksbau, 7/7 Uhr.  
Freitag, den 11. März  
Bund sozialistischer Freizeiter. Großschlocher, Lindengarten, 8 Uhr. Tabakarbeiter. Volkshaus, 7/6 Uhr.  
Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

## Beihlen jagt wieder Kommunisten.

### Die Massenverhaftungen in Ungarn.

Von einem Genossen aus Ungarn wird uns geschrieben: L. E. Mit Entzückung berichtete die Presse vor einigen Wochen, daß die ungarische Polizei 12 Panzerautos, mit Maschinengewehren ausgerüstet, zu dem ausgesprochenen Zwecke bestellt hat, damit die etwa 11 sich erhebbende ungarische Arbeiterkämpfe niederhalten zu können. Da aber eine solche Erhebung für jeden, der die Verhältnisse in Ungarn kennt, fälschlich vorkommen muß, konnte man als sicher annehmen, daß diese Instrumente zu anderen Zwecken bestellt worden sind. Der Ministerpräsident Beihlen will aber seine Maßnahmen immer handgreiflich belegen, und zu diesem Zwecke hat er jederzeit einige Verhaftungen, Attentate oder Kommunistenpöbele zur Hand. Zur Zeit des Frankfurterprozesses fand er plötzlich, daß der ehemalige Volkskommissar Kátofi in Ungarn kommunistische Propaganda betreibt, und ließ Hunderte von Arbeitern verhaften und vorurteilen. Er glaubte damit den Fälscherprozess in den Hintergrund rücken zu können.

Diesmal macht Beihlen erst den Kommunistenprozess und will später nachher die große Frage der ungarischen Politik, nämlich die Königfrage, lösen. Nach Mitteilungen der ungarischen Zeitungen weiß die ungarische Polizei seit Wochen, daß der ehemalige Volkskommissar Joltán Szántó in Budapest ist und unter dem Namen Joseph Csiliag die illegale kommunistische Propaganda leitet. Die Polizei hat ihn aber nicht verhaftet, sondern beobachtet fleißig, mit wem Szántó verkehrt, und durch ihre ausgeübte Spitzelorganisation ist es gelungen, etwa 30 Arbeiter zu ermitteln, die mit Szántó in ständiger Verbindung standen. Es ist aber sicher anzunehmen, daß mit den bisherigen fleißig achtzig Verhaftungen die Reihe längst nicht geschlossen ist, und wahrscheinlich werden wieder Hunderte von Arbeitern in das Gefängnis kommen.

Die Polizei ging sehr vorsichtig vor. Zuerst verhaftete sie die Führer der ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, Stephan Bági und Genossen, da sie wieder geheime Verbindungen zwischen der USA und den Kommunisten entdeckt hat. Den ganzen Tag dauerten die Verhaftungen an und am nächsten Morgen wurde endlich auch Szántó an der Grenze verhaftet. Szántó gab an, seit Anfang Januar in Ungarn gearbeitet zu haben, und in eleganter Kleidung meldete er sich als Hörer der Handelsakademie an. Er war viel vorsichtiger als seinerzeit Mátyás Kátofi, und zeigte sich nur am Abend in den Straßen. Alle Vorsicht war aber umsonst, und das hätten auch die Auftragsgeber in Moskau wissen müssen. Die ungarische Arbeiterpartei, besonders die illegal arbeitende kommunistische, ist so sehr von Spionen durchsetzt, daß selbst ein Unternehmen nur mit einem Risiko enden kann. Die 3. Internationale hat nun das zweitemal den großen Fehler begangen, wegen einer ganz abenteuerlichen Geschichte Hunderte von Arbeitern den Henkergerichten Hothas zu übergeben. Das ist ein Verbrechen. Es ist um so mehr ein Verbrechen, weil damit nur erreicht wird, daß die ungarische Sozialistische Arbeiterpartei endgültig verboten werden wird und damit auch diese Tausende, die dort wirken, die große Armee der Indifferenten vergrößert werden.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus behauptete der Honvedminister Graf Csaky bei der Verhandlung der Vorlage über die Waffenausschaffung, die für den Polizeidienst zugelassenen 12 Panzerautos hätten nicht die Bestimmung, gegen ungarische Arbeitermassen verwendet zu werden, wie dies ein sozialdemokratischer Redner gesagt habe. Sie sollten unter allen Umständen die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung gegenüber sichern, die sie mit Gewalt umstoßen möchten. Die Regierung besitze Energie und Kraft genug, um solchen Bestrebungen vorzubeugen. Darin habe der sozialdemokratische Redner allerdings recht gehabt, daß nicht die Waffen wichtig seien, sondern, von wem sie gehalten werden. Er könne jedermann beruhigen, daß diejenigen, die heute hinter den Waffen ständen, sich von keinerlei Bestrebungsmenschen erschüttern lassen und, wenn sich die Notwendigkeit ergeben sollte, die Waffen auch gebrauchen würden. Hierauf wurde die Vorlage angenommen.

Die Auswanderung aus Litauen. Laut Mitteilungen der litauischen Presse wandern in letzter Zeit aus Litauen täglich etwa 50 Personen aus, d. h. ungefähr zwei Drittel des Bevölkerungszuwachses.

## Volkshaus Leipzig

Spezialgericht: Kouta: Paprikaklops mit Kartoffelmus 80 J. Morgen: Lammkeule mit Schinkenknödeln 1.25

Knackwurst 1/4 Pfd. 35  
Polnische 1/4 Pfd. 35  
Speck geräuchert 1 Pfd. 1.15

Butter, Käse etc.

Schweizerkäse, saltig 1/2 Pfd. 70  
Brieckäse 1/4 Pfd. 30  
Camembert, vollkornig 85  
Margarine 1 Pfd. 34  
Schweineschmalz 1 Pfd. 78  
Kunserol, feinst Kokosfett 1 Pfd. 57  
Rindertalg 1 Pfd. 60  
Frische Eier 10 Stück 1.00

Allerfeinst. Molkerel-Butter 1.05  
1/2 Pfd. nur

## Kolonialwaren

Vollreis 1 Pfd. 26  
Tafelreis 1 Pfd. 30  
Paribohnen 1 Pfd. 20  
Erbsen, geschält, halbe 1 Pfd. 36  
Linsen 1 Pfd. 29  
Graupen 1 Pfd. 28  
Kaiser-Auszugsmehl 5-Pfd.-Beutel 1.60  
Nudeln, Hartgrieß 1 Pfd. 32  
Eierschnittnudeln 1 Pfd. 48  
Bruch-Makkaroni 1 Pfd. 42  
Makkaroni 1 Pfd. 50  
Mischobst 1 Pfd. 80

Perl-Kaffee 1.40  
gebr. rein l. Geschm. 1/2 Pfd.

Kakao Bendsorp 1 Pfd. 85

Pa. Mettwurst 35  
1/4 Pfund nur

Diese Woche wiederum 2 große Schlager

Pa. Rauchfleisch 1.15  
mager Pfund nur

Einige Beispiele unserer Lebensmittel-Abteilung im 3. Stock

# KAUF IM HAUS BRÜHL

Pflaumenmus 87  
In Zucker eingekocht 2-Pfd.-Elmer  
Erdbeeren 1.50  
2-Pfd.-Dose  
Erdbeer-Apfel-Marmel. 1.15  
2-Pfd.-Elmer  
Aprikos.-Apfel-Marmel. 1.10  
2-Pfd.-Elmer

## Frisch-Fleisch

Prima Schwein  
Bauch 1 Pfd. 98  
Keule 1 Pfd. 1.10  
Kamm 1 Pfd. 1.20  
Rücken 1 Pfd. 1.30

Prima Kalb  
Pfefferfleisch 1 Pfd. 1.20  
Brust 1 Pfd. 1.30  
Keule 1 Pfd. 1.40  
Rücken 1 Pfd. 1.50

Prima Rind  
Kochfleisch 1 Pfd. 1.20  
Kamm oder Hohe Rippe 1 Pfd. 1.30  
Gulasch 1 Pfd. 1.40  
Schmorfleisch 1 Pfd. 1.60

Prima Hammel  
Bauch 1 Pfd. 1.20  
Rippe 1 Pfd. 1.20  
Rücken 1 Pfd. 1.30  
Keule 1 Pfd. 1.40

Gehacktes gemischt leicht gewürzt 1 Pfd. 70  
Schweinsknochen 1 Pfd. 50

Gefrier-Fleisch  
Kochfleisch 1 Pfd. 58  
Kamm oder Hohe Rippe 1 Pfd. 70  
Gulasch 1 Pfd. 85  
Schmorfleisch 1 Pfd. 1.00

Gefrier-Hammel  
Kochfleisch 1 Pfd. 80  
Bratfleisch 1 Pfd. 90  
Pa. Suppenhühner 1 Pfd. 1.20



Weniger Kanäle - mehr Arbeitslose.

Kanalschmerzen und Schwerindustrie.

Es war ein Merkmal jeder Zeitepoche, daß allgemeine Kulturfragen nur gelöst wurden nach dem Bedürfnis der jeweils herrschenden Schicht.

Das älteste unentwickelte Projekt ist der Mittelkanal. Er sollte alle in der Nordwestrichtung fließenden schiffbaren Ströme Deutschlands quer miteinander verbinden.

Gegen den Kanalbau lehnten sich die ostelbischen Landjunker, vereint in der konservativen Partei, mit aller Kraft an. Sie fürchteten das Eindringen billigen Getreides aus dem Auslande.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen, verordnen, unter Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt: § 1. Fällt weg. § 2. Fällt weg.

Nur zum Hohne hatte die konservative Landtagsmehrheit die § 6 und 8 streichen lassen; sie enthielten nur die sinnlos gewordenen Ausführungsbestimmungen.

Wie weiter ist der Mittelkanal auch bis heute noch nicht. Nur das Stück von Hannover bis Peine ist als Kolonisationsarbeit in den letzten Jahren dazugebaut worden.

Da sind zunächst die alten Feinde jedes Verkehrsfortschritts: die Großagrarier. Trotz des reichlichen Jollshuhes fürchten sie jedes neue Einfalltor für fremdes Getreide.

Die Krankenpfleger, Gehilfen und andere Personen, die für die Bedienung der Kranken bestimmt sind, Sie dürfen nicht gefangen genommen werden, sondern müssen auf die gleiche Art zurückgeschickt werden.

Table with 3 columns: Year (1913, 1925), Coal type (Steinkohlenzufuhr, davon aus Oberschlesien, aus England, aus Westfalen, aus Niederschlesien, aus Sachsen), and Quantity (4 538 000, 3 924 000, etc.).

Berlin verbraucht große Mengen Braunkohlenbriketts als Hausbrand (1925: 2 302 000 Tonnen). Diese kommen zumeist aus der Niederlausitz, und zwar auf dem Schienenwege.

Der Reichsbahnpräsident Dormmüller ist ebenfalls auf die Schiffahrtskanäle nicht gut zu sprechen. Er wird in seiner Gegnerschaft unterstützt von Dr. Giese, Professor an der Technischen Hochschule in Berlin.

Es gibt nur noch ein Kanalsprojekt, das die Ruhrindustriellen mit Eifer vertreten: den Hanfkanal. Er soll das Ruhrgebiet verbinden mit den Kanalfäden Bremen, Hamburg und Lübeck.

Frachtfähigkeit für die Tonne ab Gelsenkirchen bzw. zurück würden betragen für

Table with 4 columns: Freight type (Kohle, Eisen, Getreide), Route (Bremen, Kanal, Hamburg), and Rate (6.10 Mt., 3.66 Mt., 8.30 Mt., etc.).

Da nach sachmännischen Gutachten jährlich etwa 12 Millionen Tonnen Güter auf dem Hanfkanal zu befördern wären, müßte er der Schwerindustrie und dem Großhandel an Frachtersparnis gewaltige Gewinne einbringen.

Gleichwohl findet der Reichsbahnpräsident mit seiner Ablehnung aller Kanalspläne auch bei der westdeutschen Schwerindustrie Anhang. Er weist hin auf die hohen Baukosten, die drei- bis viermal höher seien, als für den Bau einer zweigleisigen Eisenbahn.

Das sind die Kanalschmerzen unserer Kohlen- und Eisenerze: Sie sollen einen kleinen gegenwärtigen Vorteil aufgeben gegen einen größeren künftigen Vorteil.

Konturs bei Leutke.

Die Pianofortefabrik G. Leutke u. Co. in Leipzig hat Konturs angemeldet. Die Firma ist zur Umwandlung des Konturfalles dadurch gezwungen, daß der ehemalige Vorstand der Gesellschaft als Vertreter zweier Gläubigerfirmen dem vom Gläubigerausschuß vorgeschlagenen Zahlungsausschuß nicht zustimmte.

Am 10. März begeht Frau Ida Warschau geb. Böble, Abteilungsleiterin bei der Fa. S. Sobes, Neumarkt 3, ihr 25. jähriges Jubiläum.

Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk.

Von Jaroslav Hasek

Copyright by Adolf Snyek, Prag 1926.

(Schluß.)

Ich denk, daß eher nach Serbien. Das wern wir sehen, bis wir in Pest sind. Wenn man uns nach rechts fahren wird, so schaut draus Serbien heraus und nach links Rußland.

Und Schwejk schloß tatsächlich beim Telefonieren ein, nachdem er vergessen hatte, den Hörer anzuhängen, so daß ihn niemand in seinem Schummer auf dem Tisch hörte und der Telephonist in der Regimentskanzlei schimpfte, weil er die 11. Marschkompagnie mit einem neuen Telephonogramm nicht erklingen konnte.

Oberleutnant Lulajsch sah einsteilen noch im Offizierskassino mit Militärarzt Schanzler, der, rüchlings auf einem Stuhle sitzend, in regelmäßigen Intervallen mit einem Queue auf den Boden schlug und dabei nacheinander folgende Sätze hervorbrachte:

Der Sarajewische Sultan Salaf-Eddin hat zum erstenmal die Neutralität des Sanitätskorps anerkannt.

Man soll die Bewunderten bei beiden Parteien pflegen.

Man soll ihnen die Medallionen und die Plüze gegen Ersatz der Kosten durch die andere Partei bezahlen.

Es soll erlaubt sein, ihnen Verze und deren Gehilfen mit Waffen von Generalen zu schenken.

Gefangene Bewunderte sollen auch unter dem Schutz und der Garantie von Generalen zurückgeschickt oder ausgetauscht werden.

Die Kranken auf beiden Seiten sollen nicht gefangen genommen und erschlagen, sondern ohne Gefahr in die Spitäler geschafft werden und es soll ihnen eine Woche belassen werden, die ebenso wie die Kranken mit den Wägen der Generale zurückzuführen soll.

Das gilt auch für Feldgeistliche, Aerzte, Chirurgen, Apotheker und

Krankenpfleger, Gehilfen und andere Personen, die für die Bedienung der Kranken bestimmt sind. Sie dürfen nicht gefangen genommen werden, sondern müssen auf die gleiche Art zurückgeschickt werden.

Doktor Schanzler hatte dabei bereits zwei Queues zerbrochen und war noch immer nicht fertig mit seinen sonderbaren Erörterungen der Bewundertenfürsorge im Kriege, in die er unablässig etwas von irgendwelchen Generalplänen einwarf.

Oberleutnant Lulajsch trant den schwarzen Kaffee aus und ging nach Hause, wo er den bärtigen Riesen Baloun antraf, der damit beschäftigt war, in einem Topfen auf dem Spiritusofen Oberleutnant Lulajschs Solami zu braten.

Ich erlaube mir, flötete Baloun, erlaube mir, melde gehoramt.

Lulajsch blickte ihn an. In diesem Augenblick erschien ihm Baloun wie ein großes Kind, ein naives Geschöpf, und Oberleutnant Lulajsch tat es plötzlich leid, daß er ihn seines großen Hungers halber hatte anbinden lassen.



Ich erlaube mir, flötete Baloun, erlaube mir, melde gehoramt. Lulajsch blickte ihn an. In diesem Augenblick erschien ihm Baloun wie ein großes Kind, ein naives Geschöpf, und Oberleutnant Lulajsch tat es plötzlich leid, daß er ihn seines großen Hungers halber hatte anbinden lassen.

„Koch dir nur, Baloun,“ sagte er, den Säbel abknöpfend, „morgen laß ich dir noch eine Portion Brot zukommen.“

Oberleutnant Lulajsch setzte sich an den Tisch und war so melancholisch gestimmt, daß er anging, seiner Tante einen sentimental Brief zu schreiben.

Die Tante! Soeben habe ich den Befehl erhalten, mich mit meiner Markskompagnie zur Abfahrt an die Front bereit zu halten. Es kann sein, daß dieses Schreiben das letzte ist, das Du von mir erhältst, denn es wird überall hart gestempelt und unsere Verluste sind groß.

Deshalb fällt es mir schwer, diesen Brief mit den Worten zu schließen: „Auf Wiedersehen!“ Es wäre passender, Dir ein letztes Liebeswörtchen zu schicken.

Das weitere werde ich erst früh zu Ende schreiben,“ dachte Oberleutnant Lulajsch und ging zu Bett.

Als Baloun sah, daß der Oberleutnant fest eingeschlafen war, fing er abermals an in der Wohnung zu wirtschaften und zu schmiffeln, wie Schaben in der Nacht. Er öffnete den Koffer des Oberleutnants und biß eine Tafel Schokolade an, erschrak aber, als der Oberleutnant im Schlaf zusammenschlug. Er legte schnell die angebißene Schokolade in den Koffer und verteilte sich still.

Dann schaute er leise nach, was der Oberleutnant geschlafen hatte.

Er las es und war gerührt, insbesondere durch das „Lebte Liebeswörtchen!“

Er legte sich auf seinen Strohsack bei der Tür und dachte an das Heim und an die Schlafmesser.

Er konnte sich nicht von der Vorstellung befreien, daß er eine Preismurmel durchstoße, damit er die Luft aus ihr herausbekomme, weil sie sonst beim Kochen plagen könne.

Und bei der Erinnerung daran, wie beim Nachbarn einmal eine ganze Speckwürst geplagt und zerlegt war, schlief er zufrieden ein.

Im Traum, daß er irgendeinen Schelmel von einem Metzger eingeladen hatte und daß diesem beim Füllen der Leberwürste die Leberwürstbäume plagten. Dann wieder, daß der Metzger vergessen hatte, Blutwürste zu machen, daß das Weißfleisch verloren gegangen war und nicht genug Speise für die Leberwürste vorhanden waren. Dann träumte ihm etwas vom Feldgericht, denn man hatte ihn erwischt, als er aus der Feldküche ein Stück Fleisch gegessen hatte. Zum Schluß sah er sich selbst, wie er an einer Linde in der Nähe des Militärkassinos in Bruch an der Leitha hing.

Die Wunderkräfte der Milch



sind durch die neuen Forschungen der Wissenschaft in besseres Licht gerückt und die Lehre von den lebenswichtigen Aufbaustoffen — Vitamine genannt — erregt berechtigtes Aufsehen. Ohne Säumen sollte der Genuß von Milch, der als Jungbrunnen unserer Volkernahrung anzusehen ist, gefördert werden.

Verlangen Sie Dr. Oetker's Puddingpulver nur in Originalpackungen (niemals lose) mit der Schutzmarke „Oetker's Heilkopf“.

Dr. A. Oetker, Bielefeld. Kaufmann erhältlich, wenn vergriffen, gegen Einsendung von Marken von Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Lebensvorkaufspreise: Backpulver „Backin“ 1 Stück 10 Pfg., 3 Stück 25 Pfg., Puddingpulver Vanille-Mandel 10 Pfg., Vanillin-Zucker 5 Pfg., Vanillin-Öl 5 Pfg., Galla-Schokoladen-Puddingpulver 15 Pfg., Schokoladenspezial mit gebackten Mandeln 25 Pfg., Custard 25 Pfg., 35 Pfg.



Knaben.

Von G. G. G.

Vier Knaben spielen auf einer Wiese. Sie hießen Aldo, Heinz, Albert und Erich. Aldo hatte rotes Haar. Heinz schielte und war kumpelhaft. Albert hatte einen zu großen Kopf und zu hohe Stirn. Erich war zart wie ein Mädchen. Alle vier waren nahezu gleichaltrig; zwölf bis dreizehn Jahre; und besuchten gemeinsam die Quinta des Gymnasiums.

„Und der Mensch?“ fragte Albert, den Heinzens Doktrin tief beeindruckte. „Auch der Mensch. Nühren wir uns nicht von Tierfleisch?“ „Das ist wahr!“ rief Albert, als ob Heinz Amerika entdeckt hätte.

Europäisches Kunstgewerbe 1927.

In neuem Großmuseum (Hospitalstraße).

Diese groß und umfassend gedachte Schau europäischer Kunstgewerbearbeit hat ihren Hauptvorzug darin; daß sie diszipliniert, übersichtlich und klar gegliedert ist. Die Gefahr übertriebener Materialanhäufung, die fast alle internationalen Ausstellungen zu unübersichtlicher Wildnis macht, ist hier glücklich vermieden.

haus in Dessau nachdrücklicher mit seinen Leistungen gezeigt werden müßte, weil dort vorbildlich und konsequent, ohne jede Konzession gestaltet wird.

Kleine Chronik.

Das „Moskauer Theater der Gewerkschaften“ brachte die Uraufführung eines Stückes „Abel“ von Nikolai Schapowalenko heraus. Das manches Interessante bot. Im Mittelpunkt der ganz auf Chargen und Massen gestellten Handlung steht der Zusammenbruch der Pariser Kommune von 1871.

Filmchau.

Ein Film, den man sehen muß: Zwan der Schredlich. Es ist der erste Großfilm der Russen im historischen Kostüm. Wenn die Hersteller deutscher historischer Filme nicht beständig einer Weltanschauung (der monarchistischen) wären, sondern große Künstler, dann müßten sie angesichts dieses russischen Vorwurfs ins Mäuseloch kriechen.

Eingelaufene Schriften.

H. Gumprecht: Große Staatslehre. — Oskar Spann: Die Staatsformen der Welt. — J. G. G. G.: Die Liebe der Jeanne d'Arc. — J. G. G. G.: Die Liebe der Jeanne d'Arc. — J. G. G. G.: Die Liebe der Jeanne d'Arc.